

## K O N F E R E N Z - M A P P E

Die dem Vorbereitungsausschuß für die Bundeskonferenz vorliegenden Einschätzungen, Meinungen und Anträge der BI's sind nach der neugefassten Tagesordnung gegliedert, die Euch mit der nochmaligen Einladung zugesandt wurde.

Entsprechend formulierte Anträge an die Bundeskonferenz wurden von uns in euren Papieren belassen aber schwarz umrandet und mit fortlaufenden Nummern versehen, damit ein leichteres Arbeiten möglich wird.

Die Originale Eurer Einsendungen, die von uns nochmals druckreif getippt werden mussten, liegen dem Vorbereitungsausschuß vor.

Hannover, den 7. Mai 1977

Vorbereitungsausschuß für die Bundeskonferenz

BI Hannover  
Kornstr. 28 - 30  
3000 Hannover 1

, den 7. Mai 1977

An alle  
Bürgerinitiativen  
gegen Atomanlagen

Betr.: B U N D E S K O N F E R E N Z

#### Einleitung

Auf Einladung der BI Hameln, BI Hamburg und BI Hannover findet am 14. 5. / 15. 5. 1977 in der TU Hannover der 1. Bundeskongress der AKW-Gegner der gesamten BRD statt.

Der Vorbereitungsausschuß der genannten BI's schlägt für den Kongress folgende Tagesordnung vor:

TOP 1 : Bilanz der bisherigen Arbeit

- Bericht der Demo-Leitung von Brokdorf 19. 2.
- Stellungnahme der BI's zur bisherigen Arbeit

TOP 2 : Konsequenzen daraus:

- Entschliebung zur Grundlage unserer Arbeit

TOP 3 : Weitere Arbeit:

- Stand des Atomprogramms (Referat BI Hannover)
- Vorbereitung der Arbeit / Gewerkschaftsarbeit
- Neue Großaktionen (Brokdorf, Kalkar)
- Struktur der Bewegung - Zeitung - Bundeskongreß
- Stand der AKW-Prozesse (Referat BI Hamburg)



Zum geregelten Ablauf des Bundeskongresses wird folgender Zeitplan vorgesehen:

Samstag 14. 5.: 11.00 Uhr Demonstration, Treffpunkt Kröpcke

Zug zur TU Hannover

anschließend Mittagessen in der TU

13.00 Uhr Beginn des Bundeskongreß im  
Audi-Max der TU

18.00 Uhr Essen

21.30 Uhr Schluß des ersten Tages des Kongreß

Sonntag 15. 5.: 09.00 Uhr Beginn des zweiten Konferenztages

13.00 Uhr Mittag

18.00 Uhr Schluß der Konferenz

18.30 Uhr Pressekonferenz

Dem Kongreß ist diese Kongreßmappe zugrunde gelegt. Sollten evtl. noch Eingaben oder Vorschläge von einzelnen BI's vorgesehen sein, so sind diese bis zum Freitag dem 13. 5. zu erledigen.

Wir bitten dafür druckfähige Vorlagen zu erstellen, um sie noch nachträglich in die Kongreßmappe einbringen zu können. Direkte Anträge können auf der Konferenz nicht mehr berücksichtigt werden.

Jede anwesende BI erhält eine Stimmkarte, die am Anmeldestand am Hauptgebäude der TU ab 9.00 Uhr ausgegeben wird.

Zur Deckung der entstandenen Kosten wird die Stimmkarte nur gegen Bezahlung der erhaltenen Kongreßmappe ausgegeben.

Voraussichtlich bewegen sich die Kosten zwischen DM 6,-- und DM 15,--, die in der BI gesammelt werden sollten.

Für die Diskussionsleitung sind bislang 2 Vertreter der BI Hameln, Hamburg und Hannover vorgesehen. Weitere Diskussionsleiter werden auf dem Kongreß gewählt.

Für Schlafgelegenheiten sorgt die BI Hannover. Wir gehen davon aus, daß von den Delegierten Schlafsäcke und Luftmatratzen mitgebracht werden. Die Unterbringung erfolgt z.T. in Wohnungen und z. T. in Zelten.

Für Essen sorgt ebenfalls die BI Hannover. Es gibt täglich 2 warme Mahlzeiten für DM 2,-- aus der Gulaschkanone.

Im Rahmenprogramm ist eine Veranstaltung vom Anti-Repressions-Arbeitskreis-Hannover und der ASTA der TU Hannover vorgesehen. Zu dieser Veranstaltung sind Walter Mossmann (bekannt durch den KKW-Nein-Rag) sowie Schmetterlinge und Oktober aufgeboten. (Näheres siehe bitte eingelegtes Flugblatt)

Wir bitten die BI's auch andere ihnen bekannte BI's zu diesem Bundeskongreß einzuladen.

Informationen und Rückfragen können im Anti-Atom-Informationszentrum Kornstr. 28 - 30, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511 / 71 50 32 abgefordert werden.

Für die Pressearbeit für den Bundeskongreß ist die BI Hameln verantwortlich, zu erreichen unter Tel.: 05151 / 1 55 77.

Mit solidarischen Grüßen

i.A. BI Hannover



VORBEREITUNGS AUSSCHUSS für die  
BUNDESKONFERENZ am 14./15. Mai 77

Hannover 8. Mai 77

Liebe Freunde!

Wie Euch aus der Einladung zur Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen ersichtlich wird, ist die bisher vorgeschlagene Tagesordnung geändert worden. Dies geschah auf dem 2. Treffen der einladenden BI aus der Überlegung, die Erfahrungen aus dem Kampf gegen das Atomprogramm von vorne herein in den Mittelpunkt zu stellen. Dies entspricht auch dem Wunsch vieler BIs, die uns entsprechende Tagesordnungänderungen vorschlugen.

Das bisher nicht bundesweit die Einladungen verschickt wurden, liegt daran, daß Hopfmüller von der BUU der Meinung war, daß die ihm zur Verfügung stehende Adressenliste nicht vollständige wäre. Dadurch wurde natürlich die Einladung zur Bundeskonferenz nur begrenzt weitergegeben. Wir haben diesen Fehler mit der erneuten Einladung und Zusendung der Konferenzmappe korrigiert und über 600 Initiativen im Bundesgebiet angeschrieben. Zusätzlich wurde die Presse und einzelne Redakteure die positiv über unseren Kampf berichtet haben angeschrieben. Dennoch bitten wir Euch auch selber in der verbleibenden Woche dafür zu sorgen, daß alle Initiativen von der Einladung und dem Ablauf der Konferenz erfahren.

Wir hoffen damit, daß die Bundeskonferenz erfolgreich durchgeführt werden kann und auch den Namen verdient.

Zu Eurer Information: Es sind auch ausländische Atomkraftwerksgegner zu dieser Konferenz eingeladen. So z.B.: Schweiz, Niederlande, Belgien Österreich etc.. Wenn ihr Kontakte zu ausländischen Freunden habt, so macht sie bitte auf die Konferenz aufmerksam und ladet sie ein.

Wir wünschen einen erfolgreichen Ablauf der Bundeskonferenz.

VORBEREITUNGS AUSSCHUSS für die  
BUNDESKONFERENZ-HANNOVER. 8. Mai 77





ERMITTLUNGSAUSSCHÜSSE DER BÜRGERINITIATIVEN GEGEN ATOMANLAGEN  
BREMEN - HAMBURG - HAMELN - HANNOVER - KASSEL

---

An alle Bürgerinitiativen und Ermittlungsausschüsse

In Norddeutschland ist in den letzten Monaten die große - über einzelne Aktionen hinausgehende - Bedeutung von Ermittlungsausschüssen deutlich geworden - gerade auch an den Stellen, wo sie über ihre ursprüngliche Aufgabe der Prozeßvorbereitung und -hilfe hinausgegangen sind.

In den bisher arbeitenden EAs haben sich in etwa folgende Tätigkeitsbereiche herausgeschält:

- Ermittlungen während und nach Aktionen
- Sammlung entlastenden Prozeßmaterials, Arbeit mit den Verhafteten
- Organisation der materiellen Unterstützung für verfolgte AKW-Gegner
- Sammlung und Veröffentlichung (Flugblätter, Alternativpresse, Wortbeiträge auf Veranstaltungen, Pressekonferenzen) von Material zu Übergriffen der Polizei und zur Kriminalisierung von AKW-Gegnern allgemein
- juristisches Vorgehen gegen Polizeiübergriffe

Ziel dieser Arbeit ist zum einen der nachträgliche Schutz einzelner verfolgter AKW-Gegner, zum anderen der vorbeugende Schutz weiterer Aktionen durch Gegeninformation und Mobilisierung gegen die Kriminalisierung, die nicht auf der Ebene des Kampfes um demokratische Rechte stehen bleiben darf, sondern immer unsere Argumente im Kampf gegen AKWs in den Vordergrund stellen muß, als Hauptgrund für die Kriminalisierungsversuche.

Bei dieser Ausrichtung der Arbeit halten wir es für erforderlich, daß Ermittlungsausschüsse nicht nur zu großen Demonstrationen gebildet werden, sondern ~~xxx~~ daß sich alle BIs mit dieser Arbeit befassen. Wir wollen deshalb anläßlich des Bundeskongresses parallel ein Treffen durchführen, zu dem möglichst viele BIs - soweit sie keine Ermittlungsausschüsse haben - einen Vertreter schicken sollten.

Zur Vorbereitung dieses Treffens werden wir uns bereits am

14.5., 9.00 Uhr in der TU Hannover

(in einem Nebenraum des Audimax) treffen und dann später - soweit erforderlich - parallel zum Bundeskongress tagen. Als Grundlage des Treffens werden einzelne Ermittlungsausschüsse Referate zu den Komplexen

- Medienzensur und Pressedelikte
- Rechtsanwälte (incl. Verschärfung der StPC)
- Polizeigesetz und Demonstrationsrecht
- Verletzte (Sani-Ausschuß HH)

vorbereiten. Es wäre gut, wenn als weitere Diskussionsgrundlage aus einzelnen BIs Positionspapiere zum Kampf gegen die Kriminalisierung der AKW-Bewegung vorliegen würden.

Gleichzeitig wollen wir dies Treffen benutzen, um bei der Vorbereitung einer umfassenden Broschüre der Ermittlungsausschüsse weiterzukommen. Diese Broschüre soll nach unserer Vorstellung die Hintergründe und die grundsätzliche Linie der laufenden Kriminalisierungskampagne herausarbeiten und dabei vor allem die unterschiedlichen Erfahrungen aus der ganzen BRD verarbeiten. Sie soll also wesentlich hinausgehen über eine Aneinanderreihung von Berichten über Polizeiübergriffe, die in der letzten Zeit in verschiedenen Broschüren zu Genüge verbreitet worden sind.

Thematisch soll sich die Broschüre mit folgenden Punkten befassen:

- "offizielle" Kriminalisierung (durch Regierungserklärungen u.ä.) und deren direkte Auswirkungen
- Strafprozesse, Behandlung von Verhafteten, Rechtsanwälten etc.



- Polizeieinsätze, Auflösung von Demonstrationen, MEK, BGS
- Gesetzesverschärfungen (Planung und Anwendung)
- Polizeiaufrüstung und -verstärkung
- Behandlung von Verletzten, Behinderung von Sani-Trupps, Verhalten des Roten Kreuzes und der Krankenkassen
- Pressedelikte (Verfahren gegen Flugblatt- und Zeitungsverantwortliche, Behinderung von Flugblattverteilern und Büchertischen)
- Medienzensur und Pressegleichschaltung
- Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse
- Observation von AKW-Gegnern, Haussuchungen, Autokontrollen, Psychoterror

Zu diesen Komplexen sollte möglichst jede BI schriftliches (oder Foto-) Material aus ihrem Bereich mitbringen, um die bisherige Konzentration auf Brokdorf/Grohnde aufzulockern und um vor allem unterschiedliche Erfahrungen auswerten zu können (beispielsweise die Verhandlungserfolge der Wyhler im Gegensatz zu Brokdorf/Grohnde).

Weiter wollen wir auf dem Treffen auch mit der konkreten Ermittlungsarbeit zu Brokdorf und Grohnde weiterkommen. So liegen verwertbare Berichte von diesen Demonstrationen bisher fast nur aus unseren Städten vor, außerdem gibt es nach wie vor eine Dunkelziffer von Verhafteten, die aufgeheitelt werden muß.

Wir werden zum Treffen schließlich zwei Spendenaufrufe vorlegen, einen zur breiten Verteilung, Veröffentlichung in der Alternativpresse und z.B. zum Abdruck auf der Rückseite von Flugblättern, und einen weiteren "auf gutem Papier", der an bestimmte liberale o.ä. Menschen (Ärzte, Dozenten, Architekten, Rechtsanwälte etc.) verschickt werden soll.

Zur Zeit gibt es 4 Rechtshilfekonten der Ermittlungsausschüsse:

- Hamburg: Vereins- und Westbank (BLZ 20030000) 11/18413 (Anderkonto Piontek)
- Hameln: Dresdener Bank 4362548 (Kennwort Rechtshilfe)
- Hannover: Stadtparkasse Hannover (BLZ 25050180) 26780127 (Goetz Buchholz)
- Kassel: Raiffeisenbank Kurhessen, Kassel (BLZ 52069315) 6739466 (Doris Brocke)

So, nochmal zusammengefaßt:

- Treffen am Samstag um 9 Uhr TU Hannover
- mitbringen, soweit vorhanden:
  - + Positionspapiere als Diskussionsgrundlage
  - + Material für die Broschüre
  - + Zeugenberichte und weitere Angaben zu Brokdorf und Grohnde
  - + eigene Veröffentlichungen, Referate o.ä. zur Kriminalisierung
- Das Treffen wird zusammen mit den Sanitätsausschüssen stattfinden - auch dazu entsprechendes Erfahrungsmaterial mitbringen.

Da wir sicher nicht alle Adressen haben bzw. kleinere BIS vielleicht nicht nach Hannover kommen, spricht bitte mit den euch bekannten BIS aus eurem Bereich, gebt diesen Brief weiter, damit wir für das Treffen und die weitere Arbeit eine möglichst breite Erfahrungsgrundlage bekommen.

Das wars - bis Samstag in Hannover (und nicht anderswo!)

i.A. Ermittlungsausschuß Hannover

c/o Atom-Info-Zentrum, Kornstrasse 28 - 30, 3000 Hannover

Goetz

## VORSCHLÄGE ZUR ÄNDERUNG DER TAGESORDNUNG

---

Daniel Bricka  
Boite Postale 26  
71800 La Clayette

La Clayette, den 1. Mai 77

Antrag I

Liebe Freunde,

ich werden höchst wahrscheinlich an der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen am 14. - 15. Mai in Hannover teilnehmen und möchte mich hierfür anmelden.

Ich habe nicht vor, einen Beitrag zu den Diskussionen zu bringen, vielmehr komme ich dorthin als Beobachter.  
Jedoch wäre es mir möglich, einen kurzen Referat über den Stand der französischen Initiativen gegen Atomanlagen zu halten und Informationen über die Aktionen dieses Sommers (Haguenau: nukleare Abschlußpakete Pluton, Malville und der Schnelle Brüter Superphenix, usw.) zu geben.  
Allerdings scheint mir das außerhalb des Rahmens der Tagesordnung zu sein, und ich würde es nur tun wenn das Bedürfnis danach besteht.

Ich hätte außerdem Interesse an Kontakten mit möglichst vielen Bürgerinitiativen.

Es wäre gut, meiner Meinung nach, daß auch wenn eine effektive internationale Koordination etwas utopisch erscheint, zumindest der Informationsfluß zwischen Atomkraftwerksgegener keine Grenzen kennt.

Die "kleine" Zeitung Combat-Nou-Violent (Auflage ca. 4.000) wird bald mit einer größeren ökologischen Zeitung fusionieren. Für die deutsche Anti-AKW-Bewegung wäre unsere zukünftige Auflage (ca. 25.000) eine Möglichkeit über die Grenzen zu informieren. Wir wären dazu bereit.  
Wie steht es in Deutschland?

Nähere Einzelheiten über eine mögliche zukünftige Zusammenarbeit könnten wir in Hannover besprechen!

Mit freundlichen Grüßen

D. Bricka

P.S. Da ich niemanden in Hannover kenne, wäre ich froh, wenn für mich ein Schlafplatz dort besorgt werden könnte. Jedoch sollte es unseren (etwas schwachen) Finanzen angemessen sein.

Danken!



Antrag zu TOP 3

Antrag II

Gruppe Mathe / Physik TU Hannover :

Die Selbstverständnisdiskussion sollte nicht durchgeführt werden.  
Die Bewegung ist zu heterogen zusammengesetzt, um auf einem Bundeskongress ein einheitliches Selbstverständnis festzulegen, ohne eine Spaltung zu provozieren.

Abs. BI Eckernförde  
per Adresse: Hermann Langhorst  
2330 Eckernförde, Prinzenstr. 15  
Ruf: 04351 / 82 26 5

An Atom Info Zentrum UJZ  
3000 Hannover 1  
Kornstr. 30

Antrag III

Vorschlag zur Tagesordnung der Bundeskonferenz

Die Bürgerinitiative Eckernförde bittet um Aufnahme folgenden Tagesordnungspunktes zur Bundeskonferenz:

Aufstellung von Kandidaten zur Landtagswahl in Niedersachsen.

Die BI Eckernförde wird zur Bundeskonferenz Delegierte entsenden, die diesen Antrag begründen und erläutern werden.

Wir bitten um rechtzeitige Einladung.

Mit freundlichem Gruß : BI Eckernförde

im Auftrag H. Langhorst

Initiative  
gegen Kernenergie

2970 Emden

Emden, den 4. 5. 77

Antrag IV

Antrag an die Bundeskonferenz der BI's gegen Atomanlagen  
zur Änderung der Tagesordnung

Die Emdener Bürgerinitiative stellt den Antrag, die Tagesordnung  
wie folgt zu ändern:

Punkt 2 : Stand der Anti-AKW-Bewegung an die erste Stelle der  
Tagesordnung zu setzen.

Punkt 1 : Stand des Atomprogramms an die zweite Stelle zu  
setzen.

BI Emden

i.A. Birgit Hathmann



Antrag zur Tagesordnung der Hamburger Unorganisierten  
(Montags - Plenum)

Antrag V

Vorschlag für die Tagesordnung der Bundeskonferenz am 14./15. 5. 77  
=====

1) Bilanz

Einschätzung 19. 2. Brokdorf

Einschätzung 19. 3. Grohnde

Einschätzung der Situation jetzt

2) Was hat die AKW-Bewegung bisher erreicht?

3) Wie wird die offizielle Regierungspolitik in Zukunft aussehen?

Einschätzung

Prognose

4) Wo sind die Gefahren in unseren eigenen Reihen?

Reaktionen auf Spaltungsmanöver / Abgrenzungen

Machtpolitik

5) Nächste Aufgaben

6) Wie durchführen und organisieren?

Kommunikation verbessern

Infrastruktur verbessern

Gleichzeitig Treffen der Ermittlungsausschüsse  
der Sani-Ausschüsse

Am Sonnabend Darstellend dieser Themen von den verschiedenen  
Fraktionen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung

anschl. Diskussion

Sonntag Aktionseinheiten

Demo gegen Kriminalisierung

An das  
Atom-Info-Zentrum  
Kornstr. 28 - 30

605 Offenbach/Main  
29. April 1977

3000 Hannover 1

## Antrag VI

Liebe Freunde,

wir, die Mitglieder der Stadtteilgruppe Offenbach der BI Frankfurt haben auf unserem Treffen am 27. 4. 77 die Einladung zur Bundeskonferenz der BI's am 14./15. 5. 77 diskutiert.

Diese Einladung hat unser Delegierter auf der Konferenz in Moers erhalten. Wir stehen der Bundeskonferenz nicht ablehnend gegenüber, möchten jedoch erst einige bei uns aufgetauchte Fragen geklärt haben:

- 1) Warum wurden nur einzelne BI's informiert, z.B. in unserer Region und dies auch mehr zufällig.  
Die Adressen der BI's in dieser Region sind bekannt, sie sind in der Darmstädter Zeitung akut zu entnehmen. Selbst diese Zeitung wurde nicht angeschrieben. Soll hier eine Vorauswahl getroffen werden???
- 2) Der Punkt 3 der Tagesordnung ist uns unklar und erscheint uns auch falsch zu sein. Wir meinen über den Passus "Selbsternannte Repräsentanten" der BI's. Dieser Passus dürfte sich wahrscheinlich gegen Wüstenhagen richten. Wir finden dies nicht richtig, da Wüstenhagens Position von einer Reihe von BI's vertreten wird, die man somit von diesem Treffen mit diesem Passus ausschließt. Welche Rolle Wüstenhagen spielt, ob sie positiv oder negativ ist, müßte erst auf dieser Konferenz diskutiert werden. Dieser Passus in der TO ist jedoch wertend und bedeutet bereits ein Vor-Urteil.

Bitte beantwortet diese Fragen möglichst rasch, damit wir noch einen Beschluß zur Teilnahme fassen können. Schickt uns möglichst weiteres Vorbereitungsmaterial und zwar an folgende Adresse:

E. Naumann  
605 Offenbach / Main  
Andrestr. 32

Mit solidarischen Grüßen  
Im Auftrag der Stadtteilgruppe Offenbach  
der BI's Frankfurt  
E. Naumann



# Auftrag VII

Einladung für ein Treffen aller Sanitärergruppen, entsprechender Initiativen und interessierter Bürgerinitiativen während des Bundeskongresses der Bürgerinitiativen gegen AKWs am 14./15. Mai 1977 in Hannover.

---

Nachdem bereits mehrfach Treffen einzelner Gruppen stattgefunden haben, die vor allem während der großen Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde den medizinischen Schutz der AKW-Gegner organisiert haben, schlagen wir ein bundesweites Treffen aller an dieser Arbeit Interessierten Gruppen und Einzelpersonen vor, das in Hannover begleitend zum Bundeskongreß stattfinden soll.

Es ist unser Ziel:

- Erfahrungen der bisherigen Arbeit der San-Gruppen auszutauschen und zu verallgemeinern;
- Initiativen für neue San-Gruppen in Orten, wo es bisher keine gibt, ins Leben zu rufen;
- Über die Ziele und Arbeitsweisen der San-Gruppen zu beraten.

Es sollen Schritte eingeleitet werden, möglichst überall Kontakte und Gruppen für ein zukünftiges bundesweites Netz solcher Solidaritätseinrichtungen wie der San-Gruppen oder der Ermittlungsausschüsse aufzubauen (die Ermittlungsausschüsse führen zugleich ebenfalls eine Konferenz durch, an der sich ebenfalls möglichst viele Gruppen und Einzelpersonen beteiligen sollten).

Deshalb sollten alle San-Gruppen Vertreter nach Hannover schicken; Bürgerinitiativen, wo es noch keine entsprechenden Gruppen gibt, sollten selbst Vertreter entsenden und interessierte Freunde einladen!

Ort: Hannover, Technische Universität (Raum bitte im Info-Zentrum erfragen)

Zeit: Beginn 14. 5. um 9 Uhr bis ca. 12 Uhr, Fortsetzung im Rahmen der Bundeskonferenz

Sanitärergruppe Hamburg in der BUU  
Hamburg, den 5. Mai 1977

Kontakt: Steffi Dahmen, Hamburg (Tel: 040/ 41 86 59)

KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO !

Initiativgruppe  
gegen Kernenergie

2970 Emden

Emden, den 4. 5. 77

Antrag an die Bundeskonferenz (14./15. Mai)

Die Bürgerinitiative Emden fordert, daß auf der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen am 14./15. Mai in Hannover Rechenschaftslegung der damaligen Demonstrationsleitung über dem 19. 2. Brokdorf erfolgt.

2 Es lagen viele Beschlüsse vor, daß der Platz besetzt werden  
müßte. Am 19. 2. ist dies nicht geschehen.

Wir möchten gerne die Gründe wissen.

Wir haben an die BUU einen Brief geschrieben mit Fragen. Wir haben bisher keine Antwort bekommen.

Wir fordern außerdem noch Rechenschaftslegung der Demonstrationsleitung zu den Geschehnissen in Grohnde am 19. 3. 77.

BI Emden

i.A. Birgit Hathmann



## Auflistung der Anträge an die Bundeskonferenz

Die Anträge der BI's sind in der Konferenz-Mappe jeweils mit Nummern versehen und zur besseren Übersicht schwarz umrandet.

Antragsteller	Inhalt
1) Anti-AKW-Gruppe Essen	Großveranstaltung in Kalkar
2) Umweltschutzgruppe LAER	Zentrale Info-Stelle
3) BI Lübeck	Regional- und Landeskongressen
4) SAG	Großveranstaltung
5) Gewerkschafter aus hannoverschen BI's	Arbeit in Gewerkschaften
6) BI Pforzheim	Grundsätze von BI-Aktionen
7) AK Umwelt Coesfeld	"Keine Atomanlagen in Westdeutschland", gemeinsame Plattform.
8) Arbeiter gegen Atom (Hannover)	Unterschriftensammlung zum Heinz-Brandt-Ausschluß
→ 9) <b>BBA, UK-BUM</b>	Protesterklärung gegen Berufsverbot von Prof. Dr. Jens Scheer
10) BI Dortmund	Koordinierungsbüro, Herausgabe einer Zeitung
11) BI Dortmund	Resolution gegen politische Unterdrückung der AKW-Gegner
12) Mitglieder des Ermittlungsausschusses der BI Hannover	Solidaritätsresolution
13) KBW	Antrag zu den nächsten Aufgaben
14) Frieder Stichler	Resolution für Heinz Brandt
15) BI Oststadt/List (Hannover)	Antrag zur weiteren Arbeit
16) BUU Landeskongress	Zur Einheit der AKW-Gegner
17) BUU Landeskongress	Bundesweite Aktion im Sommer
18) BUU Landeskongress	Regional- und Landeskongressen
19) Stadtteilgruppe Eimsbüttel-Osterstraße in der BUU (KB)	Herausgabe einer Zeitung
20) SAG	Antrag zur weiteren Arbeit, Delegiertenkongress
21) Arbeiter gegen Atom (Hannover)	Aufstellung von Kandidaten zur Landtags- bzw. Kommunalwahl
22) KPD	Verabschiedung von Forderungen als Grundlagen der Anti-AKW-Bewegung

Erweiternder Antrag zum Tagesordnungspunkt 4 - nächste zentrale Aktionen

①

Wir, die Anti AKW-Gruppe Essen, schlagen bezüglich des oben genannten Punktes eine Großveranstaltung am Schnellen Brüter bei Kalkar, im September diesen Jahres vor.

Unserer Meinung nach ist eine Kundgebung deshalb vor allem in Kalkar wichtig, da es sich bei dem Schnellen Brüter um eine besonders gefährliche Form von Kraftwerk handelt.

Daß ein AKW nicht nur durch seine technischen Unzulänglichkeiten ~~und~~ gefährlich ist, sondern auch zusätzlich durch tektonische Veränderungen die Umwelt besonders bedroht wird, zeigt sich gerade am Schnellen Brüter Kalkar, dessen Fertigstellung für 1981 geplant ist. "Das Gebiet um Kalkar liegt am Rande einer Erbebengebietes, und zwar einer der stärksten Deutschlands mit einer Erdbebengefahr bis Stärke 8" (H. Strohm "Friedlich in die Katastrophe")

Der Schnelle Brüter Kalkar wird in internationaler Zusammenarbeit holländischer, belgischer und deutscher Firmen (zusammengefasst in Inter-Atom) gebaut. Holländer zahlten bis Januar '77(?) 3% ihrer Stromrechnungen an einen Fond, dessen Aufgabe es war den Bau des Schnellen Brütters zu subventionieren. Nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo (Frankreich und Belgien) werden Schnelle Brüter gebaut oder geplant. Weiterhin läuft seit dem 30. Oktober 73 gegen den Schnellen Brüter Kalkar ein Einspruchsverfahren, bei dem sich erstaunlicher Weise nur holl. Wissenschaftler bereithalten ein Gutachten zur Gefährlichkeit des Schnellen Brütens den Klägern zu erstellen. Bereits auf dem letzten Treffen der nordrheinwestfälischen BI's am 23.4.77 in Moers wurde von holl. Delegierten eine Großkundgebung am Schnellen Brüter Kalkar angeregt.

Auf grund der genannten Tatsachen fordern wir eine internationale Großkundgebung gegen den Schnellen Brüter!!!!

Anti-AKW Initiative Essen



## Arbeitspapier der AKW-Gruppe Essen

Die Gruppe sprach sich gegen die Erstellung eines festen Programms aus. Die Inhalte des Arbeitspapiers sind durch ausführliche Diskussion entstanden und stehen jederzeit zur weiteren Diskussion zur Verfügung.

Die Gruppe besteht seit Ende 1976 und traf sich zuerst an der GH Essen. Der Treffpunkt wurde dann ins Spanische Zentrum verlegt, da wir nicht nur Studenten ansprechen wollten. Zur Zeit besteht unsere Gruppe aus 15 Mitgliedern.

### Zum Verhältnis von Theoriebildung und Öffentlichkeitsarbeit

Theoretische Grundkenntnisse wurden im Anfangsstadium durch Referate vermittelt. Weitergehend sollte jedes Mitglied aktuelle Informationen sammeln und die Sachkenntnisse erweitern. Die Öffentlichkeitsarbeit soll parallel dazu laufen, da wir der Meinung sind, durch die Diskussion mit der Bevölkerung neue Anregungen und eine bessere Einschätzung über die Diskussionsebene zu erhalten. Durch unsere Öffentlichkeitsarbeit soll eine Gegeninformation zu den Falschmeldungen der Presse, Betreibern der AKW etc. und den Kriminalisierungstendenzen der AKW-Gegner darstellen.

### Zum politischen Verständnis der AKW-Bewegung

Unsere Gruppe sieht die AKW-Bewegung nicht isoliert vom politischen Geschehen und den wirtschaftlichen Verflechtungen in der BRD. Das Kernenergieprogramm der Bundesregierung zeigt beispielhaft die Interessenverstrickung zwischen Staat und Großindustrie im Gegensatz zum Interesse der Bevölkerung auf. Dieses politische Verständnis soll in der Öffentlichkeitsarbeit nicht indoktrinierend angewandt werden.

### Zur Frage der Militanz

Zu dieser Frage ist in unserer Gruppe kein eindeutiger Standpunkt klar geworden. Festgehalten wurde, daß Militanz nicht prinzipiell auszuschließen ist. Jedoch sollte der Aufwand und der Zeitpunkt im Verhältnis zum zu erreichenden Ziel stehen.

### Personelle Frage

Ein besonderes Problem stellt in unserer Gruppe die Fluktuation der aktiven Mitarbeiter dar. Außerdem ist es schwierig, neue Mitglieder zu gewinnen.

### Bisherige Arbeit

Drei Info-Stände in der Stadtmitte

Zwei Info-Stände in Stadtteilen

Info-Stand auf SHB-Pressefest

Drei Wandzeitungen zur Gegendarstellung der 3. Brokdorf Demonstration

Mobilisation nach Brokdorf III, Grohnde, Kalkar

Veranstaltung im Jugendzentrum Voerde

Artikel in der 1. Mai Zeitung

Beteiligung an der 1. Mai Demonstration

Versuch die bestehenden BI's in Essen zu vereinheitlichen

### Weitere Arbeit

Größere Veranstaltung in Essen

Öffentlichkeitsarbeit in den Stadtteilen

Beteiligung an NRW und bundesweiten Treffen

Teilnahme an Aktionen außerhalb Essen (z.B. Zeltlager Kalkar)



Baer, den 4.5.1977

Umweltschutzgruppe Laer  
- gegen Atomkraftwerke -  
am Bach 2  
4401 Laer

betr: bundeskonferenz der bürgerinitiativen gegen atomanlagen  
in Hannover am 14/15.5 .1977

liebe akwgegner!

hiermit schicken wir euch einige gedanken und vorschläge, die wir gesammelt und untereinander diskutiert haben. wir hätten gerne das ein oder andere noch ausführlicher besprochen, wollten andererseits aber den termin einhalten.

nachdem in grohnde der besetzungsversuch gelaufen war, stellten sich uns einige fragen, die wir für wichtig halten, und die für den weiteren kampf beantwortet werden müssen.

1. sind platzbesetzungen noch sinnvoll, wenn - die besetzer von weit anreisen, und nur kurz bleiben können - die bevölkerung sich wenig beteiligt - die polizei platz hat für weiträumige manöver - die kommunikation zwischen nord - und südblock nicht klappte und von daher die koordination auch nicht?
2. welche alternativen bieten sich an?
3. wie sieht unsere struktur aus? wie ist die trennung zwischen militanten und pazifisten aufzuheben?
4. wie können wir das verhältnis bewegung - bürger verbessern?

wir meinen, daß wir uns hüten müssen in ein klassisches feldschlacht denken hineinzugeraten, weil die betreiber auf dieser ebene uns haushoch überlegen sind. hinzu kommt, daß wir zu sehr die polizisten sehen, und die eigentlich verantwortlichen uns aus dem blickwinkel geraten. weiter wird die junge bewegung sehr stark unter druck gesetzt. die atomlobby bedient sich dabei wissenschaftlich ausgearbeiteter anti-aufruhrstrategien.

ganz grob unternahmen sie folgendes: gleichschaltung von regierung und atomlobby - gleichschaltung der medien - infiltration der bürgerinitiativen, registrierung, diffamierung, kriminalisierung, spaltung in friedliche und radikale, in arbeitshabende und arbeitslose etc.

diese maßnahmen führten auf unserer seite zu schlechten reaktionen, wie blinder wut, resignation, verwirrung, und angst, beschimpfungen, distanzierungen, unsolidarisches verhalten.



um diesen innerbetrieblichen schrott abzubauen, sind wir der meinung, daß jeder von uns sich hin und wieder selbstkritisch fragen sollte, wie es mit seiner motivation bestellt ist.

wie sehr er/sie sich durch das atomprogramm existenziell bedroht fühlt, und wie es mit der wechselwirkung gefühl/erkenntnis ---- praxis aussieht?

über diese elementaren dinge müssen wir uns untereinander austauschen, weil sie die grundlage für gemeinsames handeln, vertrauen, selbstsicherheit sind.

zu den verkehrsformen auf allen ebenen liegt noch vieles im argen. auf grund der mitgebrachten und erworbenen sehr unterschiedlichen auffassungen, wie der kampf den nun zu führen sei, so wie der von beiderseite her ergriffenen maßnahmen, entstanden dogmatische verhärtungen. diese führten zu dummen führungsansprüchen, besserwisserei, und gefährlichen abgrenzungen. die notwendige diskussion über struktur der bewegung, neue widerstandsformen, interne kommunikation, so wie schutz- und hilfsmaßnahmen werden dadurch stark belastet.

wir fragten uns, ob die einheit aller akwgegner herstellbar ist, ob diese einheit unabdingbar ist, um daß atomprogramm zu verhindern. wir konnten diese frage nicht beantworten.

wir müssen jedoch mindestens versuchen alle bi's einer region zu treffen, auf denen erfahrungen und gedanken ausgetauscht werden können zusammenzukriegen. und wir müssen uns um ein klima bemühen das gespräche ermöglicht.

wir fordern solidarität unabhängig von der anschaung. wir wünschen, daß die distanzierungen und diffamierungen aufhören. wir haben dasselbe ziel.

wir halten es für schwierig aktionsformen zu finden, wo sowohl militante und pazifisten mitmachen können. wir halten alle aktionsformen die gegen das atomprogramm gerichtet sind für gerechtfertigt.

auf grund des organisatorischen nebeneinanders, stellen wir die frage, ob nicht ein einheitlicher verband günstig wäre? vielleicht sollten wir uns dem BBU anschließen.

#### vorschläge für aktionsformen

bei massenaktionen soll bitte in zukunft darauf geachtet werden, das die informationen rechtzeitig reinkommen und die bi's zeit haben die vorschläge gründlich zu diskutieren, damit nicht wie wir es in grohnde hatten der sinn der aktion vor den prügelnden polizisten erst problematisiert werden mußte. zum vertrauensleutesystem fällt uns keine alternative ein, es ist aber verdammt schwerfällig.



wir schlagen für die zukunft vor aktionsformen zu entwickeln, die sowohl von vielen ~~wxi~~ wie auch von wenigen gemacht werden können. wir stellen uns da einmal kulturelle sachen vor, wie filme, theater, musik, öffentliches bemalen von betreibereinrichtungen aber möglicherweise auch boykottmaßnahmen etc.

vielleicht wäre es auch sinnvoll sich der lagerung von atomwaffen und den leuten, aktionären firmenchefs, aufsichtsräten, all denjenigen, die am atom verdienen anzunehmen und sich stärker wie bisher um diese zu kümmern.

der schwerpunkt unserer arbeit muß in der nächsten zeit bei der gewinnung der bevölkerung liegen. gerade hier haben wir noch starke konkrete schwierigkeiten, mit ~~den~~ den leuten in kontakt zu treten. etwas besser ist es mit der gewerkschaft.

wir würden es gut finden wenn es für die infoarbeit ein nachschlagwerk oder handbuch herauskäme, wo wir uns und andere schnell und gründlich informieren könnten (siehe antrag)

wir danken dem leser für die geduld mit der er diese zeilen las, und verbleiben mit freundlichen grüßen.

umweltschutzgruppe laer - gegen atomkraftwerke

antrag:

2

betr: einrichtung einer zentralen infostelle und herausgabe von materialien die leichtverständlich und gründlich über alle bereiche der kernenergie und des umweltschutzes informieren.

begründung: es fehlen uns leichtverständliche informationen und argumentationshilfen, zu allen bereichen der kernenergie. besonders für neulinge ist es sehr schwer sich einzuarbeiten. es gibt zwar haufenweise literatur, aber diese ist entweder schwerverständlich, oder nicht informativ genug. um diesem mißstand abzuhelpen möge der bundeskongreß beschließen.

1. es wird eine zentrale informationstelle eingerichtet die alle informationen zur kernenergie und umweltschutz sammelt. meldungen , arbeiten , musik , film foto , theater.
2. die infostelle veröffentlicht regelmäßig alles anfallende material. denkbar wäre ein vierteljährlicher turnus.
3. die materialien sollen leichtverständlich, gut zusammengefaßt und gründlich sein. vielleicht sollten didaktische kenntnisse hinzugezogen werden.
4. als form wäre ein ringbuch mit alfabetischer struktur und die materialien in vierblattform mit durchgehender nummerierung. z. b. info zur arbeitsplatzsicherung durch kernenergie nr. 3
5. die planung und finanzierung könnte durch vorabo's erleichtert werden.
6. zur realisierung wären kontakte mit verlagen, die zu diesem thema schon veröffentlichen, und der bbu nützlich.
7. der bundeskongreß möge eine arbeitsgruppe einrichten, die sich mit diesem problem und antrag auseinandersetzt.



Bürgerinitiative  
gegen Atomkraftwerke Lübeck

Petr.: Bundeskonferenz am 14./15. Mai

Zur Vorbereitung der Bundeskonferenz schickt die BIGAL auch in der Anlage eine Resolution. Weitere Resolutionen oder Anträge werden wir gegebenenfalls noch einreichen. Schickt die Konferenzunterlagen bitte an folgende Adresse:

Hans-Peter Janssen  
Karavellenstraße 1  
24 Lübeck 1

Mit freundlicher Grüßen

*Hans Peter Janssen*

Die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke/Lübeck schlägt vor, daß die BK beauftragt wird im übrigen Bundesgebiet die Bildung von regional- und Landeskonferenzen anzuregen und soweit wie möglich durchzuführen, um die Arbeit gegen KWs bundesweit zu effektivieren. Auf diese Weise würde weiterhin verhindert, daß Leute wie Wüstenhagen sich als Repräsentanten der Anti-KW-Bewegung ausgeben, unbekannte Initiativen Falschmeldungen verbreiten oder wieder solche Verwirrung entsteht, wie anlässlich der getrennten Aktionen in Brokdorf und Itzehoe. 3

Zusatz: Diese Resolution wurde auf der Plenumsitzung der BIGAL am 14.04.77 einstimmig angenommen. Sie wurde auch auf der Ostseeküstenkonferenz am 15.04.77 einstimmig angenommen. Auf der Landeskonzferenz in Kiel am 15.04.77 wurde Sie ebenfalls einstimmig angenommen.

Die SAG stellt für die Bundeskonferenz folgenden Antrag:

(4)

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Die Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke in der BRD führen Ende Juli eine politische Großveranstaltung unter der Parole "Wir sind radikal gegen AKW's" durch.

Ziel dieser Veranstaltung ist es,

- a) die radikalen Gegner des Atomprogramms der Bundesregierung politisch zusammenzufassen und deren Größe gegenüber der Öffentlichkeit zu manifestieren
- b) der Kriminalisierungstaktik der Regierung als ein Instrument der Spaltung in "Verbrecher" und "friedliebende" AkW-Gegner entgegenzutreten
- c) der nationalistischen und imperialistischen Propaganda bestoshener Gewerkschaftsbürokraten durch das Auftreten von oppositionellen Gewerkschaftern und Arbeitern entgegenzutreten und den Kampf gegen die Atomkraftwerke in die Gewerkschaften zu tragen
- d) für einen weiteren nationalen Besetzungsversuch zu mobilisieren.

Begründung:

Die Anti-AKW-Bewegung steht gegenwärtig vor dem Problem, einer drohenden Spaltung entgegenzuwirken, sich als kämpferische und radikale Bewegung weiter zu verbreitern und nennenswerte Teile der Arbeiterschaft gegen das imperialistische Atomprogramm zu gewinnen.

Die Regierung versucht, die radikalen Gegner des Atomprogramms in "friedliche" und "terroristische" Bürgerinitiativen zu spalten. Sie bedient sich dabei einmal der Einschüchterung der Bewegung durch den massiven Einsatz ihres gesamten staatlichen Terrorapparates, um diejenigen radikalen Atomgegner von der Bewegung abzuspalten, die aus den verschiedensten Gründen nicht bereit oder nicht dazu in der Lage sind, sich an Aktionen wie in Grohnde oder Brokdorf 2 aktiv zu beteiligen. Weiter dient diese Taktik dazu, Stimmen in der Bewegung laut werden zu lassen, die sagen, es sei ohnehin "militärisch" unmöglich, Bauplätze zu besetzen, und daraus schließen, auch Besetzungsversuche seien daher sinnlos. Es ist sicherlich eine Illusion zu glauben, daß beim gegenwärtigen Stand der Bewegung Besetzungen erfolgreich gegen den staatlichen Gewaltapparat möglich sind oder daß Besetzungsversuche allein das Atomprogramm zu Fall bringen könnten. Man muß den politischen Stellenwert solcher Besetzungsversuche richtig einschätzen. Sie sind ein Mittel, der Öffentlichkeit die radikale Gegnerschaft gegen das Atomprogramm zu verdeutlichen und ihren kämpferischen Charakter zu betonen. Besetzungen, genauso wie ernsthafte Besetzungsversuche, die nicht ihr Ziel erreichen, sind politische Mittel zur Organisierung und Verstärkung der Bewegung auf der Linie des praktischen Widerstands. Voraussetzung für einen weiteren nationalen Besetzungsversuch ist allerdings die politische Rückendeckung auch desjenigen Teils der Bewegung, der persönlich nicht zu solchen Risiken bereit ist. Diese politische Rückendeckung herzustellen, ist eins der Ziele der Großveranstaltung.



Ein weiterer Versuch der Regierung auf dieser Linie der Spaltung sind die Hunderte von laufenden Ermittlungsverfahren gegen radikale AKW-Gegner. Damit soll einmal erreicht werden, daß AKW-Gegner eingeschüchtert werden und nicht noch mehr an Besetzungsversuchen aktiv oder passiv teilnehmen, und zum anderen soll der Eindruck erweckt werden, daß die ~~AKW~~ Anti-AKW-Bewegung von "Verbrechern und Terroristen" gelenkt wird, um damit die radikale Anti-AKW-Bewegung von der Bevölkerung zu isolieren und auf ihren "harten Kern" zusammenschrumpfen zu lassen, bzw. den kompromißbereiten Teilen der Bewegung die politische Führung zuzuspielen, um die Bewegung von innen lähmen zu können. Die Großveranstaltung soll daher manifestieren, daß 50 000 oder mehr AKW-Gegner hinter den "Terroristen und Verbrechern" stehen und sich mit den Verfolgten der Bewegung solidarisieren.

Die ernsthafteste Gefahr für die Bewegung geht aber gegenwärtig von der Gewerkschaftsbürokratie aus, die sich wie die gesamte DGB-Führung voll hinter das Atomprogramm der Regierung stellt. Sie benutzt dabei die Angst der deutschen Arbeiterschaft vor der Arbeitslosigkeit und spielt die Sorge der Arbeiter um ihre Arbeitsplätze gegen die Sorge der Arbeiter um den Frieden und gesundheitliche Sicherheit aus. Diese Gewerkschaftsführer, mit den Unternehmern und der Regierung über Mitbestimmung und Vorstands- und Aufsichtsratsposten verfilzt und von ihnen bestochen, benutzen dabei das gesamte Arsenal nationalistischer und imperialistischer Propaganda. Daß sie mit dieser Propaganda bei Teilen der Arbeiterschaft Resonanz finden, liegt an der Tatsache, daß das Atomprogramm durch den Export von Atomwaffenfabriken tatsächlich in der deutschen Atomindustrie Arbeitsplätze schafft. Dennoch hat die deutsche Arbeiterschaft ein unmittelbares Interesse daran, gegen den Export von Atomwaffenfabriken zu kämpfen. Denn die faschistischen Länder wie der Iran, Südafrika oder Brasilien, in die die BRD ihre Atomtechnologie vorwiegend exportiert, sind Länder, in denen die Unternehmer aus der BRD zu den größten Investoren zählen, die über Industrieanlagen und eine nennenswerte Arbeiterklasse verfügen. Sie dienen den Unternehmern der BRD als Billiglohnländer, weil deren herrschende Klasse ihre Arbeiterklasse mit brutaler Gewalt unterdrückt und ausbeutet. Ein Vertreter der Firma Rosenthal dazu: "Bei der Firma Rosenthal in Bayern verdient ein Arbeiter in 2 Stunden das, was mancher Bantu in einer Woche verdient. Für uns ist das eine sehr große Einsparung. Auf diese Weise kommen wir zu sehr interessanten Preisen."

Mit dem Export sollen die herrschenden Klassen dieser Länder befähigt werden, ihre Schlüsselrolle als Handlanger und Polizei der Imperialisten bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Völker der "Dritten Welt" auszubauen und zu stabilisieren. Befreiungsbewegungen und nationale Unabhängigkeitsbestrebungen sollen mit Atomwaffenfabriken eingeschüchtert werden. Dies ist das Interesse der deutschen Unternehmer und der Regierung am Atom"energie"programm. Die Stabilisierung solcher Regimes führt zu weiterem Kapitalexport in diese Billiglohnländer und zu höherer Arbeitslosigkeit hier. Die Arbeiter in Westdeutschland, die sich gegen das Atomprogramm wehren, kämpfen gleichzeitig gegen eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Die Atombewegung muß diesen Sachverhalt in der Arbeiterschaft propagieren und eine ernsthafte Opposition innerhalb der Gewerkschaften und Betriebe gegen die verräterische Führung der Gewerkschaften aufbauen. Gelingt dies nicht oder wird dies nicht in Angriff genommen, so wird die Anti-AKW-Bewegung eine Niederlage erleiden. Die Großveranstaltung soll dazu dienen, den Widerstand in den Gewerkschaften und Betrieben zu organisieren, indem oppositionelle Gewerkschafter

- a) die Kollegen in der Atombewegung auf die Bedeutung dieser Aufgabe hinweisen
- b) über praktische Kampfschritte in den Gewerkschaften und Betrieben beraten.

Weg mit dem imperialistischen Atomprogramm  
Kein Export von Atombombenfabriken  
Arbeiter gegen Atom



ARBEITSGRUPPE VON GEWERKSCHAFTERN AUS DEN HANNOVERSCHEN  
BÜRGERINITIATIVEN

Kontaktadresse: D.Klein, Bödckerstr. 86, 3 Han.

RESOLUTIONSANTRAG ZUM TOP:  
"ARBEIT IN DEN GEWERKSCHAFTEN"

⑤

Die Bundesregierung hat ihr Energieprogramm im ersten Anlauf nicht durchsetzen können. Jetzt versucht sie eine neue Masche. Sie sagt: Kernenergie muß sein, aber wir wollen erstmal kurztreten. Sie versucht Zeit herauszuschinden, um die Gewerkschaften auf ihre Seite zu ziehen und die Arbeiterbewegung vom Kampf gegen das Energieprogramm abzuhalten.

Die Arbeiter und Angestellten jedoch können auf den Kampf gegen das Energieprogramm nicht verzichten, weil es für sie verstärkte Arbeits-  
hetze, Lohnsenkung und Entlassung durch Rationalisierung bedeutet. In einer Reihe von Gewerkschaftskörperschaften sind schon Beschlüsse gegen das Energieprogramm gefaßt worden.

Deshalb stellen wir den Antrag, Daß die Mitglieder der Bürgerinitiativen ihre Arbeit in den Gewerkschaften verstärken, und daß die Bürgerinitiativen sich verstärkt an die Gewerkschaften wenden mit dem Ziel, den Zusammenschluß der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen das Kernenergieprogramm voranzubringen.

Das ist die wesentliche Voraussetzung für Erfolge im Kampf gegen das Energieprogramm. Wenn nicht die Mehrheit der Arbeiter und der Gewerkschaftsmitglieder gegen das Kernenergieprogramm Widerstand leistet, wird es nicht zu Fall zu bringen sein.

Wir wenden uns gegen jeden Versuch von Gewerkschaftsführungen, den Zusammenschluß gegen das Energieprogramm durch Gewerkschaftsausschlüsse zu unterbinden.



6

### Grundlagen

"Mitglied der Bürgerinitiative können alle AKW-Gegner werden - unabhängig von ihrer politischen Orientierung und unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellung zu den Formen des Protests gegen AKWs."

(Aus der Gründungsplattform vom 17.3.77)

Diese Grundsätze sollten unserer Meinung nach auch bei gemeinsamen Aktionen von BIs verwirklicht werden.

### Regionale Koordination und demokratische Strukturen

In allen Regionen sollte versucht werden, demokratische regionale Strukturen von Bürgerinitiativen - etwa nach dem Vorbild der BUU - aufzubauen. Dazu wollen wir in unserer Region auch konkrete Schritte unternehmen. Für völlig falsch halten wir das Vorgehen der 'Gewaltfreien Bürgerinitiative Stuttgart', die in einem Aufruf zu einer "landesweiten Demonstration" am 14.5. in Stuttgart ihre inhaltlichen Vorstellungen (u.a. explizit "Gewaltfreiheit") der gesamten Bewegung in Ba/Wü praktisch diktierte. Zukünftig müssen solche zentralen Aktionen von allen BIs gemeinsam inhaltlich und organisatorisch vorbereitet und demokratisch beschlossen werden.

Wir schlagen vor, daß sich die BIs aus dem Raum Ba/Wü und Pfalz ~~sich~~ auf der Bundeskonferenz schon mal treffen, um einen ersten Kontakt zu knüpfen und Adressen, Material etc. auszutauschen.

RESOLUTION DES ARBEITSKREIS UMWELT COESFELD  
AN DIE BUNDESKONFERENZ DER BÜRGERINITIATIVEN GEGEN ATOMANLAGEN AM 14./

15. MAI IN HANNOVER :

DIE VEREINHEITLICHUNG DER BEWEGUNG GEGEN ATOMANLAGEN IST NOTWENDIG !

Um den Kampf gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung erfolgreich führen zu können, halten wir die Vereinheitlichung der Bewegung für unablässig.

Als Beispiel erläutern wir im folgenden den Stand (und unsere weiteren Vorstellungen) auf dem Weg zu einer einheitlichen Organisation der BI (im) WESTMÜNSTERLAND:

Wir in Coesfeld wollen den Kampf organisieren, in dem wir einen möglichst großen Teil der örtlichen Bevölkerung für unser Ziel "KEINE ATOMANLAGEN IM WESTMÜNSTERLAND UND AUCH NICHT ANDERSWO" gewinnen. Und zwar deshalb einen möglichst großen Teil der örtlichen Bevölkerung, weil wir überzeugt sind, daß eine Atomanlage letztendlich nicht von einigen Aktivisten oder nur durch Großkundgebungen verhindert werden kann, sondern nur durch die örtliche Bevölkerung — insbesondere der Arbeiter und Bauern, Schüler und Studenten des westlichen Münsterlandes.

In der Anfangsphase des Kampfes der Bevölkerung des westlichen Münsterlandes haben sich nun 5 Initiativen gegründet, und zwar in Coesfeld, Ahaus, Gronau, Laer und Münster. Einige dieser Gruppen treffen sich schon jetzt monatlich zu einem Plenum, wo alle regionalen Veranstaltungen, von all diesen Gruppen gemeinsam getragenen Aktionen sowie Informationsstände besprochen und organisiert werden können. Zwischen diesen Plena werden jeweils "Abgesandte" ausgetauscht, die den Informationsfluß zwischen den Gruppen garantieren sollen. Unser Ziel ist, von allen Gruppen gemeinsam getragene Veranstaltungsreihen auch in den Dörfern und Städten durchzuführen, in denen noch keine Initiative besteht, um auch dort die Bevölkerung zu mobilisieren.

Wir meinen, daß die Arbeit innerhalb der Initiativen und zwischen ihnen eine klare inhaltliche Plattform als Grundlage braucht, und darüberhinaus die ideologische Auseinandersetzung innerhalb dieser Kreise und zwischen ihnen unbedingt geführt werden muß, was ja auch zu einer Weiterentwicklung der oft schmalen Plattform führt. Hierbei gehen wir davon aus, daß die Massenbewegung nur siegen kann, wenn sie einen hohen Grad an inhaltlicher und organisatorischer Einheit erreicht. Soll also die angestrebte BI WESTMÜNSTERLAND diese Qualität aufweisen, so muß schon jetzt in den Initiativen, die wir als Keimzellen der BI verstehen, die Einheit weitgehend hergestellt werden.



Einen ersten großen Erfolg auf diesem Weg stellt unserer Meinung nach eine gemeinsame Arbeitsgrundlage (Positionspapier) dar, die von drei der bestehenden Initiativen erarbeitet, beschlossen und publiziert worden ist (1 Exemplar liegt bei).

Diese Vorstellungen übertragen auf die gesamte Bewegung in Westdeutschland heißt für uns, daß auf dieser Bundeskonferenz eine gemeinsame Plattform ausgearbeitet wird — auf der Grundlage der einheitlichen Forderung

KEINE ATOMANLAGEN IN WESTDEUTSCHLAND .

7

---

Liebe Freunde des Vorbereitungsausschusses ,


versucht doch bitte das beiliegende Positionspapier (Arbeitsgrundlage) der Initiativen Coesfeld, Ahaus und Gronau mit in die Konferenzmappe zu bringen, da es unsere Resolution zweifelsohne konkretisiert und erläutert.

Der AKU Coesfeld wird einen Delegierten und einen Begleiter nach Hannover entsenden.

Mit solidarischem Gruß

ARBEITSKREIS UMWELT COESFELD

i.A. Jürgen Fischer



Arbeiter gegen Atom

M. Piotrowski, Gretchenstr.25, 3000 Hannover Tel 311826

8

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Die Bürgerinitiativen wenden sich gegen das Gewerkschaftsausschlußverfahren der IGM gegen den Kollegen Heinz Brandt.

Um den breiten Protest der Kollegen gegen diese Maßnahme der IGM-Führung zu dokumentieren, unterstützen die Bürgerinitiativen aktiv die nachfolgend abgedruckte Unterschriftensammlung.

Die Unterschriften werden zentral gesammelt und in einer geeigneten Aktion der Gewerkschaftsführung überreicht.

Die Unterschriftenlisten sind bei der obigen Adresse erhältlich.

ARBEITER GEGEN ATOM Kontakt: M. Piotrowski, Gretchenstr.25, 3000 Hannover, Tel.: 31 18 26

## Kein Ausschlussverfahren gegen den Kollegen Heinz Brandt!



Kollege Heinz Brandt ist aktiver Gewerkschafter. Er wurde von den Nazis als Kommunist verfolgt und in Zuchthäuser und Konzentrationslager gesteckt. 1958 brach er mit der SED und verließ die DDR. Vor seiner Pensionierung arbeitete er als Redakteur der Gewerkschaftszeitung "Metall".

Heinz Brandt hat auf der Kundgebung gegen Atomenergie am 19.2. in Itzehoe eine Rede gehalten. Aufgrund dieser Rede wurde ein Ausschlußantrag gegen ihn gestellt. Heinz Brandt hat in seiner Rede jene führenden Funktionäre der Gewerkschaften in scharfen Worten kritisiert, die durch Aufsichtsrats- und Vorstandsposten mit der Kraftwerks- und Atomindustrie "verfilzt" sind und die die "süßen Worte" vom Energiemangel und von der Sicherung der Arbeitsplätze durch Atomkraftwerke wiederholen.

Demgegenüber warnte er: "Noch nie in der Geschichte war die Menschheit technisch in der Lage, sich selbst zu vernichten. Heute aber reichen ihre Zerstörungskräfte dafür aus - und zwar gleich zweifach: durch Umweltvergiftung und durch Atomkrieg. Und die Atomwerke machen beides zugleich möglich - den atomaren Umwelttod durch ihren strahlenden Betrieb, ihren strahlenden Müll, die strahlende Ablage und Entsorgung, außerdem durch Pannen, Unfälle, gar als Sabotage und Erpressungsobjekte, - den atomaren Kriegstod aber ermöglichen sie als Atombombenziel und als verdeckte, potentielle Atombombenproduzenten."

Das sind Befürchtungen, die viele Gewerkschafter teilen. Noch mehr Kollegen sind - wie andere Bevölkerungsschichten auch - wegen der Atompläne der Regierung zutiefst beunruhigt und verunsichert. Ein Ausschluß von Heinz Brandt, ja schon die Ausschlußdrohung allein, ist ein schweres Hindernis für die Fortführung der längst nicht abgeschlossenen Diskussion über diese schwerwiegende politische Frage.

Wir fordern deshalb alle Gewerkschafter auf - auch diejenigen, die sich nicht sicher sind, ob Kollege Heinz Brandt mit seiner Rede den Nagel auf den Kopf getroffen hat - folgende Protestformel zu unterschreiben:

Mit meiner Unterschrift protestiere ich im Interesse der notwendigen Fortführung der Diskussion über Atomenergie in den Gewerkschaften gegen den Antrag auf Ausschluß des Kollegen Heinz Brandt aus der IG Metall.

Ich bin damit einverstanden, daß meine Unterschrift an den Vorstand der IG Metall, an die Redaktion der Zeitung "Metall" und an den Vorstand des DGB weitergeleitet wird.

Name	Anschrift	Gewerkschaft	Funktion	Unterschrift



Resolutionsvorschlag an die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen  
am 14./15. Mai 1977 in Hannover

**KEIN BERUFSVERBOT GEGEN PROF. JENS SCHEER (UNIVERSITÄT BREMEN)**

Der Bremer Senat will gegen Prof. Jens Scheer, der als einer der Begründer der wissenschaftlichen Kritik an Atomanlagen in der BRD gilt in Kürze das seit langem geplante Berufsverbot durchsetzen: die Staatsanwaltschaft hat soeben die Disziplinaranklage fertiggestellt, so daß in aller nächster Zeit mit dem Beginn des Hauptverfahrens gerechnet werden muß. Es ist klar, welche Auswirkungen die Verhängung des entgeltigen Berufsverbot auf viele andere AKW-Gegner haben kann. Wir schlagen deswegen vor, daß der Bundeskongreß die nachstehende Protesterklärung verabschiedet und verbreitet und praktische Schritte gegen dieses geplante Berufsverbot beschließt. Wir verstehen diesen Vorschlag als Teil der Maßnahmen gegen Strafverfahren, Berufsverbote, politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse gegen AKW-Gegner.

**" PROTESTERKLÄRUNG:**

Wir fordern die Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen einen der bekanntesten Gegner der Atomkraftwerke, Prof. Dr. Jens Scheer; er muß uneingeschränkt seine Lehrtätigkeit ausüben können. Jens Scheer muß Hochschullehrer bleiben. Wir verurteilen den Versuch, mit diesem Wissenschaftler die gesamte Bewegung gegen Atomkraftwerke treffen zu wollen. Wir protestieren aufs Schärfste gegen dieses geplante Berufsverbot. "

Diese Protesterklärung ist bisher ua. bereits verabschiedet worden von:

Vollversammlung der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke (BBA)  
Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU), Landeskonferenz in Kiel, 16. 4. 1977

Der Ermittlungsausschuß der BBA sollte gebeten werden, die weiteren Maßnahmen gegen dieses Berufsverbot zu koordinieren.

Beschlußvorlage für Zusammenarbeit der Bürgerinitiativen  
vorgeschlagen von der Bürgerinitiative Umweltschutz Dortmund

---

Die Bundeskonferenz richtet ein Koordinierungsbüro ein, 10  
das den BI's als Presse- und Informationszentrum dient  
und für die Anti-AKW-Bewegung eine Zeitung herausgibt.

Das Koordinierungsbüro wird auf der Bundeskonferenz aus  
der Reihe der BI gewählt.

*Handwritten signature*



Bürgerinitiative-Umweltschutz-Dortmund

Kontakt-Adr. Große Heimstraße 62

-Bücherstube-

4600 Dortmund 1, d. 05.05.1977

An das

Atom-Info-Zentrum

-Bundeskonferenz-

Kornstraße 28-10

3000 Hannover 1

Betr.: Anträge zur Bundeskonferenz.

Liebe Freunde,

in der Anlage übersenden wir Euch 2 Anträge, die dort noch behandelt werden müssen.

Bitte schickt uns möglichst bald die vervielfältigten Anträge zu der Bundeskonferenz.

Gleichzeitig teilen wir mit, daß wir 8-10 Schlafstellen benötigen.

Mit freundlichen Grüßen

*Ar. B-SL*

Die Bundeskonferenz verurteilt entschieden alle Versuche der politischen Unterdrückung gegen Gegner der Atomkraftwerke.

1. Wir fordern die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen die Anti-AKW-Bewegung!

Besonders im Zusammenhang mit den Massendemonstrationen vor Brokdorf und Grohnde, aber auch anderswo, sind AKW-Gegner Zielscheibe von Polizeiaktionen geworden.

Tausende wurden kontrolliert, ihre Wohnungen und Fahrzeuge wurden durchsucht, sie selbst teilweise entwürdigenden Leibesvisitationen unterworfen. Verletzten wurde ausreichende medizinische Behandlung verweigert, Verhaftete wurden geschlagen, durften keinen Kontakt zu Angehörigen und Rechtsanwälten aufnehmen, bekamen über Stunden hinweg nichts zu Essen.

Die Staatsanwaltschaften ermitteln jetzt nicht etwa gegen die Täter in Uniform, die diese rechtswidrigen Handlungen begangen haben, sondern haben Ermittlungsverfahren gegen die rechtswidrig Festgenommenen mit so absurden Anklagen eingeleitet, wie der des versuchten Totschlages.

Gegen die Kriminalisierung unseres berechtigten Widerstandes gegen AKW haben wir stets erklärt:

Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie, die gegen den erklärten Willen und die Lebensinteressen des Volkes AKW bauen wollen. Jeder Mensch, der erkannt hat, welche ungeheure Gefahr die Atomanlagen für unser Leben und das unserer Nachkommen darstellen, hat das legitime Recht und die Pflicht, den Bau solcher Anlagen auch praktisch zu verhindern, z-B. durch eine Bauplatzbesetzung - denn: wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

2. Wir fordern die Einstellung aller Gewerkschaftsausschlussverfahren gegen AKW-Gegner!

Die Gewerkschaften sollen die wirtschaftlichen und sonstigen Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Die Anfang April einstimmig vom DGB-Vorstand verabschiedeten Thesen und viele Reden am 1. Mai 1977, die AKW ausdrücklich forderb und begrüßen, stehen in krassem Gegensatz hierzu-.



Wir stehen hinter den Ausführungen des Kollegen Heinz Brandt in seiner Rede am 19. Februar:

= "Gerade als Gewerkschafter möchte ich Euch vor (dem Atomfilz) warnen."

11

Unter Atomfilz verstehe ich den reich bezahlten Gewerkschaftsbürokraten, der im Konzernaufsichtsrat und Konzernvorstand mit den Mängeln der Atomindustrie gemeinsame Sache macht, der mit der Atomlobby unter einer Decke steckt, der mit ihr widerrechtlich verfilzt ist - zu unser aller Schaden. Er kommt den Lohnabhängigen mit süßen Worten. Er ist es, der überall die Lüge verbreitet, den Schwachsinn, daß dies fehlgeleitete Wachstum den Arbeitsplatz sichert, daß ohne diese hochgepöpelte Energieform die Lichter ausgingen. Wir wollen uns von diesen Atomfilzen, diesen Arbeiterverführern nicht den Verstand oder gar das Lebenslicht ausblasen lassen. Wenn solch ein Atomfilz den Mund öffnet, so fragt ihn, was er im Jahre einnimmt, und ob ihm sein 300.000,-- DM-Jahreseinkommen flöten geht, wenn er euch - statt Flausen zu machen - die Wahrheit sagt. ■

Gegen den geplanten Gewerkschaftsausschluss gegen einen aktiven Gewerkschafter und AKW-Gegner solidarisieren wir und mit Heinz Brandt und erklären, dass die Anti-AKW-Bewegung und besonders ihre aktiven Gewerkschafter diesen Akt der politischen Unterdrückung durch die DGB-Führung nicht hinnehmen werden.

3. Während durch Lehrplan-Vorschriften der XX Unterricht an den Schulen auf ein "kritisches Ja zur Kernenergie" ausgerichtet werden soll, versuchen die verschiedenen staatlichen Dienstherren Berufsverbote gegen aktive AKW-Gegner zu verhängen.

So ist der Bremer Physiker Prof. Jens Scheer vom Dienst suspendiert und kann nur durch die Solidarität von Kollegen und Studenten seiner Tätigkeit nachgehen; der Hamburger Lehrer Dr. Fritz Storim ist gleichfalls vom Berufsverbot bedroht und schon verurteilt, zu keinerlei Aktionen in Brokdorf mehr aufzurufen. Diese Betroffenen stehen für viele andere.

Wir wenden uns gegen diese massiven Einschüchterungsversuche und fordern: Keine Berufsverbote gegen AKW-Gegner!

4. In zunehmendem Masse wird unsere Versammlungsfreiheit bedroht.

Verschiedene Demonstrationen der AKW-Gegner sind staatlich verboten worden.

Gleichzeitig berät der Bundestag ein Gesetz zur erneuten Verschärfung des Demonstrationsrechts.

✱ Unsere Meinung hierzu ist unverändert und wir haben sie am 19. 2. vor Brokdorf bewiesen. Wir lassen uns das demokratische Recht, uns an jedem beliebigen öffentlichen Ort zu versammeln, nicht nehmen.  
Keine Einschränkung des Demonstrationsrechts!

Mit der Propagierung eines Verbots des KBW hat der ns MP Albrecht ~~xxxx~~ht erneut versucht, die Anti-AKW-Bewegung zu spalten und zu Distanzierungen zu veranlassen.

Wir erstrecken dagegen unsere Solidarität mit allen verfolgten AKW-Gegnern auf den entschlossenen Widerstand gegen diese Verbotspläne. Die AKW-Gegner sind nicht Anhänger einer Organisation, sondern als überparteilicher Zusammenschluss Teil einer anwachsenden Volksbewegung, die parteiisch ist für ein Ziel: die Verhinderung von Atomkraftwerken, Atommülldeponien und Wiederaufbereitungsanlagen.

Wir selbst und nicht Regierungen, Polizei oder Gerichte werden entscheiden, wen wir als AKW-Gegner zu uns rechnen.

Schluss mit den Unterdrückungsmassnahmen gegen AKW-Gegner !  
Solidarität mit allen verfolgten AKW-Gegnern!  
Gegen den Abbau der demokratischen Rechte des Volkes!



Diese Resolution wird von den Mitgliedern des Ermittlungsausschuß der BI Hannover dem Bundeskongreß zur Annahme empfohlen:

BESCHLUSS DER LANDESKONFERENZ DER BUU VOM 3. 4. 77

12.

Solidaritätsresolution

Die Bundeskonferenz erklärt ihre Solidarität mit denjenigen, die wegen ihrer Aktivitäten gegen die geplanten Atomkraftwerke in Brokdorf und Grohnde mit Ermittlungs-, Straf- und Berufsverbotsverfahren verfolgt werden. In dieser Reihe stehen Verfahren gegen Flugblattverteiler, Plakatkleber, Berichterstatter usw.

Gegen Heinz Brandt (IG Metall) läuft ein Gewerkschaftsausschlußverfahren; gegen den Atomphysiker Prof. Jens Scheer versucht der Bremer Senat das Berufsverbot durchzusetzen. Dr. Fritz Storim, Physiklehrer in Hamburg, wird mit Strafprozessen und Berufsverbotsdrohungen verfolgt.

Wir werden es nicht zulassen, daß einzelne AKW-Gegner, die auf der Grundlage unserer Beschlüsse gehandelt haben, hinter denen eine große Zahl von BI's steht, herausgegriffen und kriminalisiert, in einem Fall sogar als Totschläger hingestellt, werden.

Wir sehen dies als einen Angriff auf die gesamte Anti-AKW-Bewegung, denn betroffen sind von diesen Maßnahmen nicht nur diejenigen, die jetzt zufällig herausgegriffen werden, sondern wir alle, die gegen den Bau von Atomanlagen auftreten und uns das Mittel der praktischen Verhinderung nicht aus der Hand nehmen lassen.

Die Bundeskonferenz fordert deshalb alle Initiativen auf, die Verfolgten öffentlich durch Resolutionen, materielle Hilfe und besonders durch öffentliche Aktionen an den Verhandlungstagen gegen AKW-Gegner in und um die Gerichte zu unterstützen.

Die Bundeskonferenz vom 14./15. 5. 1977 weist alle Versuche der Landesregierungen zurück, die Bewegung in "Kriminelle" und "Gemäßigte" zu spalten. Sie wendet sich in diesem Zusammenhang gegen jeden Versuch, kommunistische Organisationen zu verbieten, die sich am Kampf gegen AKWs und das gesamte Atomenergieprogramm beteiligen. Wenn solche Organisationen unseren Kampf unterstützen dann werden wir mit ihnen zusammenarbeiten.

In diesem Sinne lehnt die Bundeskonferenz jeden Versuch ab, der Anti-AKW-Bewegung Abgrenzungsbeschlüsse und Radikalenerlasse aufzuzwingen.

Die Bundeskonferenz verurteilt auch die Angriffe Albrechts gegen den KBW. Weder sich die Bürgerinitiativen vom KBW "unterwandert", noch mit ihm identisch. Seine augenblickliche Isolierung soll ausgenutzt werden, um reibungslos die Kriminalisierung aller AKW-Gegner vorzubereiten. In diesem Fall gehört auch ihm unsere Solidarität.

Der Kampf gegen das mörderische Atomprogramm wird nur dann erfolgreich sein, wenn er sich zugleich richtet gegen die Einschüchterungs- und Verfolgungsmaßnahmen seitens der staatlichen Organe der Polizei und Justiz. Wir werden uns nicht an den Anblick von MGs gewöhnen, sondern unser Recht auf Widerstand verteidigen.

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!  
Wir fordern - die sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!  
- die sofortige Aufhebung der Haftbefehle!

Kein AKW in Brokdorf, Grohnde und auch nicht anderswo,  
Keine Wiederaufbereitungsanlage!



Ausgehend von den Erfahrungen am 1. Mai,

- daß es den Kapitalisten, der Regierung und dem Vorstand des DGB nicht gelungen ist, die Arbeiter für das Energieprogramm zu gewinnen;
- daß stattdessen die Einheit der Arbeiterbewegung und der anderen Teile des Volkes gegen das Energieprogramm Fortschritte gemacht hat;
- daß ohne die Einheit der Arbeiter und Bauern und Volksmassen das Energieprogramm nicht zu Fall gebracht werden kann;
- daß ohne die Klärung der strittigen Fragen, wie der Einschätzung der Demonstration am 19.2., der Alternativen Energien, der Technik und der Kampfformen, keine Fortschritte im Zusammenschluß gemacht werden können;

beschließt die BI Kiel "Kein KKW an der Eckernförder Bucht und anderswo":

1. daß die Mitglieder der BI die Aufgaben anpacken, in den Gewerkschaften und Betrieben die Erfahrungen des 1. Mai zu nutzen, um Fortschritte im Zusammenschluß der Lohnabhängigen gegen das Energieprogramm zu machen, insbesondere den Beschluß des DGB Vorstandes anzugreifen, mit dem Ziel, ihn zu Fall zu bringen, und dazu insbesondere die Gewerkschaftstage der IG Metall und der IG Druck und Papier vorzubereiten;
2. daß sich die BI ein besseres Verständnis davon verschafft, welche Triebkräfte die Bauern bewegen, entschieden gegen das Energieprogramm zu kämpfen, und dazu Seminare und Veranstaltungen durchzuführen;
3. daß die BI in der Vorbereitung der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein die Auseinandersetzung aufnimmt mit den im Bundestag vertretenen Parteien, sie zu Podiumsdiskussionen auffordert, und sie in der öffentlichen Auseinandersetzung stellt;
4. daß die Demonstrationsleitung vom 19.2. vor der Bundeskonferenz Rechenschaft ablegt. Falls die Mitglieder der Demonstrationsleitung keine Rechenschaft ablegen, soll ihnen in Zukunft im Rahmen der Anti-Kernkraftsbewegung keine zentralen Aufgaben mehr übertragen werden.
5. daß über den Stand der Klärung dieser Fragen und eingeleiteten Tätigkeiten binnen eines Monats eine Beratung eingeleitet wird, um einen erneuten Angriff auf die Baustelle Brokdorf festzulegen;
6. daß die Aktionen der örtlichen Initiativen gegen die Rückführung der Baumaschinen von der Kieler BI unterstützt werden.

Ausgehend von dieser Bestimmung der Lage und der Aufgaben weisen wir die Vorhabe der Bundeskonferenz zurück:

- eine zentrale Zeitung herauszugeben, in der jeder über alles und gar nichts schreiben kann, weil das nicht der Einheit der Bewegung dient, sondern ihrer weiteren Zersplitterung;
- ein Zentrales Komitee zu wählen und einzurichten, weil die Grundlagen der Organisation nicht geklärt sind, die Einrichtung eines ZK das Ziel hat, eine bundesweite Partei gegen Umweltzerstörung aufzubauen, was nicht Zweck der Organisation in der BI ist;
- eine zentrale Demonstration in Bonn durchzuführen, weil diese Demonstration dem Problem ausweicht, die Einheit der Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten in der betroffenen Region herzustellen, um die Baustelle Brokdorf anzugreifen.



# INITIATIVE GEGEN DIE VERTEUFELUNG INNERGEWERKSCHAFTLICHER KRITIK- FOR DIE EINSTELLUNG DES UNTERSUCHUNGSVERFAHRENS GEGEN HEINZ BRANDT

Gegen den früheren Metall-Redakteur und jetzigen Rentner, Heinz Brandt hat die Ortsverwaltung Berlin die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens zur Feststellung gewerkschaftschädigenden Verhaltens gemäß § 11, Ziffer 2 und 3 der IG-Metall-Satzung gefordert. Die IGM-Vorstand hat mittlerweile laut Pressemitteilung diesem Antrag zugestimmt. Als Grund wird die Rede Heinz Brandt gegen den 'Atomfilz', die Zusammenarbeit von gewerkschaftlichen Funktionsträgern mit den Konzernleitungen der Atomindustrie, wandte. Desweiteren wird seine öffentliche Solidarisierung mit der alten Berliner GEW und Parteinahme gegen deren Ausschluß aus dem Bundesvorstand, der Gewerkschaft und dem DGB angeführt.

Mit dieser Entscheidung des IGM-Vorstandes ist eine weitere Stufe der Eskalation der Übergriffe auf das Recht auf innergewerkschaftlicher Diskussion und Kritik erreicht. Diese Untersuchung wurde nicht aufgrund der Zugehörigkeit zu einer sogenannten 'gegengerischen Organisation' eingeleitet, sondern alleine aufgrund der Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch Heinz Brandt.

Bei unserer Solidarisierung geht es nicht um eine Unterstützung von einer der gemachten Aussagen, sondern vielmehr um die Unterstützung des Rechts auf solidarische Kritik in den Gewerkschaften. Es geht uns darum, gerade anhand dieses Beispiels aufzuzeigen, daß über die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB und der Einzelgewerkschaften ein Klima der Erdrosselung der innergewerkschaftlichen Demokratie in diesem Ausmaße möglich ist. Wie alle die freie innergewerkschaftliche Diskussion in Frage stellenden Beschlüsse und Maßnahmen, so tragen auch die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit dazu bei, über die eigentlich angepeilten Zielgruppen hinaus jegliche Kritik und engagierte Meinungsäußerung zu treffen. Aus diesem Grunde treten wir für die sofortige Einstellung des Untersuchungsverfahrens gegen Heinz Brandt ein.

## Unterzeichner:

Dieter Bräg (Betriebsratsvorsitzender, IGM), Neuss; Herbert Lehr, Betriebsratsvors. (IGM) Dietzenbach; W. Hülsberg, ÖTV-Vertrauensmann, Mitglied des Bundesvorstandes der SDJ-die Falken, Düsseldorf; Norbert Cobabus, Personalratsvors. (ÖTV), Frankfurt; Thomas Thieme, 2. Vors. der GEW Berlin; Hans-Jürgen Schulz, Betriebsrat (HBV) Hamburg; Ulla Widmer-Rockstock, 3. Vors. der GEW Berlin; Helmut Horst, Mitglied des Vorst. der GEW Berlin; Heidi Engert, Betriebsrätin (HBV), Dietzenbach; Wolfgang Bayer, Vertrauensmann (DPG); Frankfurt; Prof. Joachim Hirsch (ÖTV)

Prof. Eberhard Schmidt (GEW/IGM), Osnabrück; Prof. Ossép K. Flechtheim, Berlin; Alexander Schubart, Vertrauensmitglied der Hauptabteilung Gemeinden der ÖTV, SPD, Frankfurt.

Unterschriften zurück an:  
Frieder Stichler (V.i.s.d.P.)  
Geraustr. 50  
6000 Frankfurt 71

Spendenkonto:  
Frankfurter Volksbank  
Kto.-Nr. 77/730559  
Stichwort:  
Solidarität



B I OSTSTADT-LIST , HANNOVER

Kontaktadresse: Kurt Stieglitz, Hammersteinstr. 12, 3 Hannover

15

Resolutionsantrag zum Top: Weitere Arbeit.

Wir schätzen die zentralen Aktionen so ein, daß der Erfolg im Kampf gegen das Atomprogramm keine Frage ausschließlich der militärischen Stärke, sondern der politischen Wirksamkeit ist. Wenn andere Aktionen als Platzbesetzungen dem Atomenergieprogramm tatsächlich gefährlich werden, wird der Staat mit der gleichen Gewalt gegen sie vorgehen. Deshalb steht die Politik zwischen den zentralen Aktionen <sup>für</sup> uns gleichrangig neben zentralen Aktionen wie z.B. Besetzungen. Der Kampf über Gerichte und Planungsinstitutionen bietet die Möglichkeit, Verzögerungen und Verteuerungen zu schaffen, auch wenn wir meinen, daß diese Ebene nicht die entscheidende ist. Es muß allen AKW-Gegnern die Möglichkeit offengelassen werden, ihre Erfahrungen mit staatlichen Planungsinstanzen und Gerichten zu machen. Wir schlagen eine politische Strategie vor, deren drei verschiedene Teilaspekte miteinander verbunden werden müßten:

- I: In den nächsten 2-3 Monaten konzentriert sich die Bewegung auf Untersuchung der Problemkreise  
-Kernenergie/Arbeitsplätze und  
-Energielücke und führt eine entsprechende Aufklärungskampagne durch. Den Schwerpunkt von Aufklärungsaktionen und Veranstaltungsreihen bildet dabei die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, was jedoch nicht als Beschränkung zu verstehen ist, sondern mit Tätigkeit in anderen gesellschaftlichen Bereichen (Schulen, Altenheimen, Krankenhäusern ....) verbunden wird. Diese Aufgaben sollten nicht als Spezialistensache (Gewerkschaftergruppe) mißverstanden werden, sondern fordern von jedem BI-Mitglied eine Erweiterung seiner Argumentationsfähigkeit und bieten jedem bestimmte politische Wirkungsmöglichkeiten. Die Aufklärungskampagne wird um so erfolgreicher sein, je besser sie sich auf gewerkschaftliche Organe stützen kann. Um die Wirkung dieser Kampagne zu vergrößern, ist erforderlich, sich darauf auch zu konzentrieren und in dieser Zeit keine zentrale Aktion anzusetzen. Die Aufgaben, die diese Kampagne angehen soll, müßten Bestandteil der regelmäßigen Arbeit aller Bürgerinitiativen werden.
- II: In einem zweiten Schritt kommt es darauf an, Argumentation und Öffentlichkeitsarbeit mit dezentralen Aktionen zu verbinden. Dem Schwerpunkt der Aufklärungskampagne entspricht, daß diese Aktionen sich auf KKW-Hersteller und Betreiber und andere zentrale Punkte der Atomindustrie einschließlich Entsorgung konzentrieren. Diese Aktionen sollen nicht nur protestierenden Charakter haben, sondern nach Möglichkeit die Betreiber materiell treffen. So ist z.B. denkbar, auf dem BHF- Hannover-Linden einen Atommülltransport ein wenig aufzuhalten und zu verzieren. Solche Aktionen haben außerdem die politische Funktion, mit den Kräften in der Arbeiterbewegung, zu denen inzwischen Kontakte da sind, gemeinsame Aktionen zu machen nach Maßgabe dessen, wozu diese selbst in- zwischen bereit sind. (Bsp.: Preussenelektra-Fälschungsflugblatt in Han.) Wo in der gesamten Industrie Streiks o.ä. gegen Entlassung wegen Rationalisierung stattfinden oder gegen Entlassung wegen Produktionsverlagerung ins Ausland, ist es nötig, den Arbeitslosigkeitsaspekt des Kernenergieprogramms bekanntzumachen und für die Übernahme unserer Forderungen zu werben. In diesen Zusammenhang gehört die bundesweite Anti-KKW-Woche.



III: Erst jetzt ist es sinnvoll, eine neue zentrale Aktion zu planen. Daß diese Aktion "richtiges Mittel zur richtigen Zeit" wird, kann dadurch erreicht werden, daß sie z.B. als Reaktion auf einen allgemein empörenden Akt der Betreiber und des Staates angesetzt wird (z.B. Aufhebung des Baustopps in Brokdorf.) Noch besser wäre, wenn wir selbst den entscheidenden Beitrag dazu leisten, eine solche besondere politische Situation zu schaffen.

In Abhängigkeit v on den neuen Kräften, die die Bewegung inzwischen dazugewinnen konnte, sollte diese Aktion an mehreren KKW-Standorten gleichzeitig stattfinden, wodurch der Polizei- und Gewaltapparat vor eine neue Situation gestellt würde, die die Herrschenden ausdrücklich fürchten. Ob das möglich wird, ist eine Frage der politischen Vorarbeit.



16.

Nach den Massenkundgebungen in den letzten Wochen und Monaten in der Wilster Marsch, in Itzehoe und in Grohnde gegen den Bau der lebensbedrohenden Atomkraftwerke können wir feststellen, daß die Anti-AKW-Bewegung an Breite und Entschlossenheit zugenommen hat.

Auf den Erfahrungen aus diesen Aktionen bauend sollten wir die Grundlagen für unseren weiteren gemeinsamen Kampf gegen das menschenfeindliche Atomprogramm diskutieren.

Der 19.2. hat gezeigt, daß die große Mehrheit der BIs und der AKW-Gegner im Bundesgebiet und innerhalb der BUU am entschiedenen Kampf festhält. Trotz Verbot und Diffamierungs- und Spaltungskampagnen versammelten sich mehr als 35.000 Menschen in der Wilster Marsch und führten eine geschlossene Demonstration durch.

Auch die Mehrheit der Teilnehmer in Itzehoe bekundete ihre Solidarität mit der Demonstration in Brokdorf. Wir begrüßen es besonders, daß sich viele Menschen in Itzehoe gegen die Diffamierungen der Brokdorf-Demonstranten als „Chaoten“ durch Bundes- und Landesregierung, SPD- und DKP-Vorstände gewandt haben. Mehr als 3.000 Menschen machten sich noch von Itzehoe aus auf zur Teilnahme an der Demonstration in der Wilster Marsch.

Wir meinen, daß die Grundlage der Einheit in unserer entschiedenen Gegnerschaft gegen alle Atomanlagen besteht, und daß AKW-Befürworter wie SPD- und DKP-Vorstände in unserer Bewegung nichts zu suchen haben, sei es, daß sie AKWs in der BRD oder in der DDR rechtfertigen. Die Bürgerinitiativen haben nach jahrelangem Kampf gegen Atomanlagen erklärt: Jeder Mensch, der erkannt hat, welche ungeheure Gefahr die Atomanlagen für unser Leben und das unserer Nachkommen darstellen, hat das legitime Recht und die Pflicht, den Bau solcher Anlagen auch praktisch zu verhindern, z.B. durch eine Bauplatzbesetzung. An diesem Recht müssen wir weiterhin festhalten und uns darauf vorbereiten.

Die Frage der Kampfformen darf nicht zur Trennungslinie gemacht werden. Denn wir wollen die Einheit mit allen AKW-Gegnern, auch über verschiedene Vorstellungen über die Formen des Widerstandes hinweg. Entschiedene Absage muß jedoch allen erteilt werden, die heimlich oder offen auf die Seite der AKW-Befürworter übergegangen sind. Die Bürgerinitiativen haben sich gegen jegliche Atomanlagen gewandt und jeden Versuch durch scheinhafte „Volksbefragungen“ oder „Mitbestimmung“ Atomanlagen zu rechtfertigen, abgelehnt! Durch solche Verfahren, wie auch durch Gerichtsentscheide werden Atomanlagen gesicherer,

wenngleich wir auch Prozesse gegen AKWs unbedingt als Unterstützung unseres Kampfes führen sollen. Der Widerstand soll nur in Gerichtssäle und Verhandlungskommissionen abgelenkt und gespalten werden. Deshalb haben die Bürgerinitiativen Forderungen wie: „Kein AKW gegen den Willen der Bevölkerung“ und „Kein Bau vor Gerichtsentscheid“ abgelehnt und ihre Forderungen eindeutig formuliert:

*Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!  
Keine Atommülldeponien und Wiederaufbereitungsanlagen!*  
Die Bürgerinitiativen haben erklärt, daß sie sich mit einer zeitweiligen Unterbrechung oder einem „Moratorium“ des Atomprogramms nicht zufrieden geben werden, sondern die vollständige Aufhebung des Atomprogramms fordern, d.h. die Einstellung aller Pläne, der Bautätigkeit für AKWs, die Stilllegung aller bereits im Betrieb befindlichen und die Rückführung des Baugeländes in ihren vorherigen Zustand. Deshalb hat die Bundeskongferenz die Losung: „Stopp dem Energieprogramm“ abgelehnt, da damit einige Parteien wie SPD und DKP eine nur zeitweilige Unterbrechung anstreben und mit großer Mehrheit die Forderung angenommen: *Weg mit dem Atomprogramm!*

Gegen alle Versuche, die AKW-Gegner in „friedliche“ und „Chaoten“ zu spalten, haben die Bürgerinitiativen immer erklärt, daß jeder Mensch, gleich welcher Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, in den BIs mitarbeiten kann, wenn er nur ernsthaft den Kampf gegen die Atomanlagen führen will, die Arbeit praktisch unterstützt und sich den Beschlüssen der BIs unterordnet. An diesem Prinzip müssen die Bürgerinitiativen festhalten und jegliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse zurückweisen.

Eine weitere gemeinsame Aufgabe für alle AKW-Gegner stellt sich durch das Verbot der Demonstration in Brokdorf am 19.2. und die verstärkten Verfolgungsmaßnahmen gegen einzelne, denen z.T. mit hohen Strafen gedroht wird. Hier geht es um einen grundsätzlichen Angriff auf den aktiven Widerstand. Es wurde hier von Regierungen und Gerichten abgesegnet, daß in Zukunft jede Demonstration, jeder direkte Widerstand am Ort der geplanten oder in Bau befindlichen AKWs verboten werden und alle entschiedenen AKW-Gegner kriminalisiert werden können. Die Erklärung des Nordrhein-westfälischen Ministers Farthmann, daß er sich Atomanlagen wie Wiederaufbereitungsanlagen nur innerhalb eines militärischen Sperrbezirks vorstellen kann, zeigt die drohende Gefahr eines Polizeistaates. Dagegen müssen alle AKW-Gegner ihre demokratischen Freiheiten verteidigen und feste Solidarität mit allen Verfolgten üben. Wir müssen zeigen, daß wir unser Recht auf Widerstand und Protest in Brokdorf und anderswo am Bauplatz nicht nehmen lassen.

17.

Die LK der BUU hält es für notwendig, noch in diesem Sommer (Juni, Juli, August) eine bundesweite Aktion aller AKW-Gegner durchzuführen, um der Gefahr der Zersplitterung unserer Bewegung zu begegnen und einen neuen Höhepunkt zu setzen.

Dies steht keineswegs im Widerspruch zur notwendigen Verbreiterung und Vertiefung der Bewegung, sondern muß ihr dienen.

Unsere bisherige Erfahrung hat bewiesen, daß wir gerade dadurch so viele Menschen gewinnen konnten, daß wir am entschiedenen und praktischen Kampf gegen die Atomanlagen festgehalten haben, und uns nicht auf verbalen Protest beschränkt und nicht auf Gerichtsbeschlüsse vertraut haben. Wir haben auch bewiesen, daß wir immer besser lernen, diese Aktionen zu organisieren, den Schutz vor Übergriffen der Polizei zu gewährleisten und die Verfolgten zu unterstützen.

Man sollte möglichst bald einen Ort und Termin einer neuen Großkundgebung festlegen, um zu verhindern, daß mit Falschmeldungen und Spaltungsmanövern von unseren Gegnern besonders auch von Wüstenhagen (BBU) oder ähnlichen Leuten Verwirrung gestiftet werden kann.

Wir fordern die BIs auf, möglichst schnell konkrete Vorschläge zu beschließen. Die LK hält es für nötig, daß auf dem Bundeskongress eindeutige Beschlüsse gefaßt werden. Vor dem BK sollten die Vertreter der BIs zusammentreten, um möglichst gemeinsame Vorschläge der LK der BUU dem Bundeskongress zu unterbreiten.

18.

Die LK schlägt vor, daß die BK beauftragt wird, im übrigen Bundesgebiet die Bildung von Regional- und Landeskongressen anzuregen und soweit wie möglich durchzuführen, um die Arbeit gegen AKWs bundesweit zu effektivieren.

Auf diese Weise würde weiterhin vermieden, daß Leute wie Wüstenhagen sich als Repräsentanten der Anti-AKW-Bewegung ausgeben, unbekannte Initiativen Falschmeldungen verbreiten oder wieder solche Verwirrung entsteht, wie anlässlich der getrennten Aktionen in Brokdorf und Itzehoe.



Stadteilgruppe Eimsbüttel-Osterstraße in der BVU

Liebe Freunde

Wir haben die Einladung für den Bundeskongreß erhalten und werden uns daran beteiligen.  
Wir wissen noch nicht, mit wievielen Leuten wir kommen werden und wo wir schlafen, usw. Wir werden euch noch einmal schreiben und wahrscheinlich auch einige Anträge stellen.  
Hier erst einmal unsere Adresse:

Michael Holznagel  
Durchschnitt 11 1. Stock  
2 Hamburg 13

mit solidarischen Grüßen

Stadteilgruppe Eimsbüttel-Osterstraße i. d. BVU

A n t r a g :

19

Die Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen im ganzen Bundesgebiet geben (vorerst vierwöchentlich) eine Zeitung heraus. Dazu schicken sie Berichte und Artikel, Fotos, usw. und verkaufen die die Zeitung.  
Die Zeitung soll unserem gemeinsamen Ziel dienen, der Beseitigung des Atomprogramms und der damit zusammenhängenden Gefahren.  
Die Zeitung ist offen für alle AKW-Gegner, die dieses Ziel anstreben, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit oder Orientierung und unabhängig von ihren Vorstellungen über die jeweilige Form des Protests.  
Die Aufgaben der Zeitung sind:

- Offenlegung der Gefahren und Risiken der Atomenergie und andere wichtige Probleme des Umweltschutzes, Veröffentlichung von aktuellen Vorkommnissen und Störfällen an Atomanlagen
  - Bericht über den Widerstand und Protest in der Bundesrepublik und dem Ausland, v.a. Berichte aus erster Hand über beispielhafte Aktionen
  - Tatsachen zur Politik von Regierungen und Atomindustrie, deren Pläne, Taktik und Hintergründe
  - Berichte über die Verfolgung und Kriminalisierung von BI und einzelnen Mitgliedern, über Gleichschaltung und Zensur in den Massenmedien, über Entwicklung und Gefahren des "Atomstaats"
  - Diskussion und Auseinandersetzung zu den wichtigsten Fragen innerhalb der Bürgerinitiativen und der Öffentlichkeit (z.B. Bauplatzbesetzung, Gewalt gegen Sachen/Personen, Vor- und Nachteile von Gerichtsurteilen), wobei alle Positionen zu Wort kommen sollten.
- Der Bundeskongreß wählt eine Redaktion von 10 Leuten, die die vertretenen BI repräsentieren sollten und jeweils auch die verschiedenen Regionen und Orte.
- Die Redaktion ist dem Bundeskongreß verantwortlich und kann von diesem wieder abgewählt werden.
- Die Redaktion legt für jede Ausgabe der Zeitung die jeweiligen Leitartikel und Schwerpunkte fest.
- Sie organisiert den Druck und Vertrieb der Zeitung und verwaltet die Finanzen, die sie in jeder Ausgabe offenlegen muß.
- Der Bundeskongreß benennt einen Redaktionssort.



Zur Unterstützung der Redaktion und um die täglich anfallenden Arbeiten kontinuierlich zu erledigen, werden noch mehrere Leute gewählt, die am betreffenden Ort wohnen.

Vor jeder Ausgabe findet eine Schlußredaktionssitzung statt, auf der die Redakteure aus dem gesamten Bundesgebiet die endgültigen Entscheidungen über den Inhalt treffen.

Die Redaktion entscheidet dabei nach den oben genannten Kriterien und nach der Wichtigkeit des jeweiligen Beitrags.

20

#### Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Auf der Bundeskonferenz liegen Anträge zur Organisation der Bewegung und zu wichtigen Aktionen vor, die auf eine größere politische Einheit, bessere Organisation und Zentralisierung der Bewegung abzielen.

Beides, politische Einheit und bessere Organisation und Zentralisierung, hat zur Voraussetzung einen demokratischen Willensbildungsprozess in den Initiativen zu den anstehenden Fragen und die Wahl von Delegierten auf der Grundlage dieses politischen Willensbildungsprozesses.

Eine solche Vorbereitung hat zu dieser Bundeskonferenz nicht stattgefunden.

Mehrheitsentscheiden der Konferenz haben daher allenfalls den Charakter, die politischen Probleme und Strömungen der Bewegung deutlich zu machen und zu einer organisierteren und zentralisierteren Diskussion der anstehenden Probleme beizutragen.

Man sollte daher den Bürgerinitiativen und AKW-Gegnern die Zeit geben, die bisher vorliegenden und auf der Konferenz eingebrachten Initiativanträge, samt Protokoll dieser Konferenz zu diskutieren und auf der Grundlage dieser Diskussion Delegierte für eine neu einzuberufende Bundeskonferenz zu wählen.

Frankfurt, den 7.8.78



## A N T R A G

Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Die Anti-AKW-Bewegung stellt bei den Landtagswahlen bzw. Kommunalwahlen Kandidaten auf.  
Sie kandidieren als radikale Gegner des Atomprogramms der Bundesregierung unter den Parolen:

KEIN AKW IN BROKDORF, GROHNDE ODER ANDERSWO  
KEIN EXPORT VON ATOMWAFFENFABRIKEN  
WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM  
KAMPF DEM ATOMFILZ VON UNTERNEHMERN, REGIERUNG UND GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG  
EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN DIE ANGESCHULDIGTEN AKW-GEGER  
WO RECHT ZU UNRECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT

Das Ziel der Kandidatur ist, Wahlen und Parlamente zu Tribünen für den Kampf gegen das Atomprogramm zu nutzen.  
Spitzenkandidaten sind die von der Justiz verfolgten AKW-Gegner.

Begründung:

Die Anti-AKW-Bewegung muß damit rechnen, daß Teile der Bewegung zu den Wahlen kandidieren werden mit der Perspektive, durch Wahl- und Parlamentsentscheidungen das Atomprogramm der Regierung zu stoppen. Äußerungen dazu gibt es vom Weltbund und vom Wüstenhagenflügel.

Solche Kandidaturen führen unseres Erachtens dazu, die Anti-AKW-Bewegung vom praktischen Widerstand abzulenken und schließlich zu lähmen. Jede für die Unternehmer und ihrem Staat wichtige Frage ist bisher noch immer zugunsten ihrer Interessen entschieden worden, auch wenn es zeitweiligen Widerstand in den Parlamenten gegeben hat. Das war so bei der Wiederbewaffnung der BRD Ende der fünfziger Jahre und das gilt auch für das Atomprogramm. Dennoch kann - richtig verstanden - die Beteiligung an Wahlen ein ausgezeichnetes Mittel sein, die vorhandenen Illusionen über den Parlamentarismus zu zerstören und die Bewegung auf den wirklichen Kampffeldern, den Straßen, in den Fabriken, und an den Bauplätzen zu stärken und zu verbreitern.

Die Kandidatur der von der Justiz verfolgten AKW-Gegner läßt in der Agitation und Propaganda keinerlei Zweifel darüber aufkommen, daß die Wahlen und die Parlamente nur eine Tribüne zur Vorbereitung und Entwicklung der eigentlichen Kämpfe sind. Sie sind außerdem ein vorzügliches Mittel, sich mit diesen von Justiz und Polizei verfolgten AKW-Gegnern zu solidarisieren.

Hannover, den 7.5.77







Ich möchte noch etwas speziell zu den Hochschulen sagen.

An den Aktionen der letzten Zeit haben sich sehr viele Studenten beteiligt, im letzten Semester gehörten die Anti-AKW-Veranstaltungen der Mathe/Physik zu den bestbesuchten. Trotzdem ist es noch relativ still (stille) um dieses Thema an der Hochschule. Aktionen gegen offene Befürworter von AKW's, gegen Professoren, die Pro-Forschung betreiben oder Gutachten liefern, sind noch nicht die Regel sondern die Ausnahme.

Wir meinen das liegt an 2 Gründen. Erstens gibt es viele Studenten, die nur zu den großen Aktionen am Bauplatz mitgefahren sind und der Meinung sind, dort werde der Kampf entschieden; sie kommen aber dann leicht zu der falschen Konsequenz, auch nur dort würde es sich lohnen, Widerstand zu leisten, an der Uni könne man ohnehin nicht viel machen. Verstärkt wird dies noch durch die Ansicht, daß die einzig sinnvolle Mitarbeit in den BI's außerhalb der Uni liegt, da so endlich der Bezug zu der Bevölkerung hergestellt wird, von dem man sonst nur redet. Wir wollen uns in keiner Weise gegen die Arbeit von Studenten in Stadtteilgruppen aussprechen, im Gegenteil ~~verbreiten~~ sie durch ihre konkrete Arbeit dort erheblich die Front der AKW-Gegner. Wir meinen jedoch auch, daß wir an der Uni die Front des Kampfes gegen Atomanlagen dadurch verbreitern können, daß wir ein Klima herstellen, wo die Befürworter des Atomenergieprogramms keinen Tag in Ruhe leben können. Es geht nicht darum, Hochschule und Stadtteilarbeit gegeneinander auszuspielen, Studenten von der Stadtteilarbeit abzuhalten, sondern den Kampf in allen Bereichen und auf allen Ebenen zu beginnen.

Da gibt es an der Uni z.B. den Prof. H. Bammert, Lehrstuhlinhaber für Strömungsmaschine, der übrigens erst letztes nach Prüfung des Rechnungshofes wegen Wirtschaftens in die privaten Taschen auffiel, der für mehr als 3,8 Mill. DM für ein Entwicklungsprogramm für Hochtemperaturreaktoren mit Heliumturbine in Direktkreislauf forschet. Nach zugänglichen Quellen forschet und untersucht aus dem Topf des Bundesministeriums für Forschung und Technologie an dort TU Lehrstühle und Institute für knapp 10 Mill. DM für die Atomindustrie. Erwähnt seien vor allem noch das Institut für Kerntechnik (Prof. Stegemann) und Lehrstuhl und Institut für Verfahrenstechnik (Prof. Mayinger).

Was das bedeutet, welche Summe über die Drittmittelforschung oder über private Gutachterstätigkeit der Professoren gar nicht erst an die Öffentlichkeit dringt, kann man nur erahnen.

Wir meinen, daß wir darüber mal genauer diskutieren sollten, ob und wie wir z.B. während der Streiktage gerade diesen Prof. auf die Pelle rücken. Auch sollte der Asta, der in der letzten hz verkündet hat, daß er in Zukunft in Sachen Anti-AKW-Bewegung mehr tun will, sich da mal reinhängen.

Wir möchten zum Schluß alle AKW-Gegner an ~~den~~ den Hochschulen auffordern, ~~den~~ dafür zu sorgen, daß die Hochschulen feste Bestandteile der

Anti-AKW - Bewegung wach.







Solche Initiativen mit dem Ziel, mehr Menschen anzusprechen und in unsere Arbeit einzubeziehen, hat es auch schon in Hannover vielfältig gegeben. Viele BI's in den Stadtteilen verstärken ihre Informationsarbeit, neue BI's wie z.B. in Laatzen haben sich gegründet. Bei all dieser täglichen Kleinarbeit, die aber so wichtig ist, werden noch jede Menge Leute gebraucht. Daß man auch andere Formen der Agitation entwickeln kann, hat die BI Aternstr. am letzten Sonnabend auf einer Veranstaltung der Naturfreundejugend gezeigt. Sie haben ein Theaterstück aufgeführt, das die Anwesenden begeisterte. Auch eigene Musik ist eine sehr ansprechendes Mittel, die Atommusikanten in Hannover beweisen das bei jedem Auftritt. Der Ermittlungsausschuß der Hannoverschen BI's hat vor 2 Wochen eine Solidaritätsfete mit den verhafteten AKW-Gegner durchgeführt, die ein großer Erfolg wurde. Gerade von den Studenteninitiativen werden oft Veranstaltungen unterstützt, die von Jugendgruppen oder oft ländlichen Gruppen organisiert werden, dazu gibt es ausgearbeitete Vorträge. Von den Mathe/Physikern wird ein Projekt ~~unterstützt~~ einer Anti-Atomzeitung unterstützt, um noch intensivere Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Beispielhaft und nachahmenswert ist auch die weithin sichtbare Stellungnahme der Architekten an ihrem Gebäude am Königsworther Platz. Solche gut geeignete Gebäude gibt es der Uni noch viele, ich denke da z.B. an die Wunstorfer Str oder Silo.

#### ~~Einige Gruppen von gewerkschaftlichen Gruppen mit AKW-Gegnern~~

Die BI's in Hannover rufen alle AKW-Gegner auf, am 1. Mai unter der Parole "Auch im DGB, AKW nee!" zu demonstrieren. Eine Gruppe von gewerkschaftlich organisierten AKW-Gegnern fordern alle Gewerkschafter auf, in den Ausschüssen und gewerkschaftlichen Gremien über die Forderungen der AKW-Gegner zu diskutieren, und mit ihnen zusammen Transparente <sup>an</sup> zu fertigen und zum 1. Mai mitzubringen. Alle AKW-Gegner, die keine Möglichkeit haben, in einer Einzelgewerkschaft mitzumarschieren, werden von der Vollversammlung der hannoverschen BI's aufgefordert, im Anti-AKW-Block vom Goetheplatz, 9.00 h mitzumarschieren. Auch wenn die Gewerkschaftsführer zum großen Teil sich im Lager der AKW-Befürworter befinden, so glauben wir, daß wir der Demagogie "Kernenergie schafft Arbeitsplätze" gerade am 1. Mai massiv entgegentreten sollten.

Im Plenum der Hannoverschen BI's ist eine Anti-Atomwoche beschlossen worden, während der die Aktivitäten aller AKW-Gegner besonders intensiv und vielseitig laufen sollen. Das Ziel einer solchen Woche ist es, die Atomfrage ~~zu~~ sozusagen zum Stadtgespräch zu machen. Diese Woche soll möglichst bundesweit durchgeführt werden. Deshalb zunächst die Bundeskonferenz im Mai abgewartet werden.

~~Ankündigung~~<sup>bei</sup> das Redekonzept eines Beitrages zur Situation nach Grohnde, der auf einer Veranstaltung von Studenteninitiativen an der Technischen Universität am 29.4.77 gehalten worden ist. Die Veranstaltung ~~find~~ hatte den Sinn, Studenten, die selbst nicht mit in Grohnde gewesen sind und durch die Berichterstattung falsch informiert worden sind, die Aktion zu vermitteln. Ebenfalls sollten Studenten, die zwar bei den großen Aktionen <sup>gewesen</sup> dabei sind aber konkret nicht in einer Initiative mitarbeiten (schon gar nicht an der Uni), angeregt werden, selbst in der Bewegung aktiv zu werden. Die Veranstaltung wurde von ca 450 Menschen besucht und verlief recht erfolgreich.

Die Veranstaltung wurde vorbereitet von

Initiativgruppe gegen WAA Mathe/Physik

Fachschaftsrat Architektur

Atomgruppe Landespflege

Studenten im KB

KSV

zusätzlich haben zu der Veranstaltung aufgerufen:

Redaktionskollektiv der "Wühlmaus" (Fachschaftszeitung Biologie),

PH-Anti-Atom-Aktionsgruppe

Anti-AKW-Gruppe Fachhochschule für Sozialwesen

Sozialistische Gruppe Sozialarbeit (SGS) Wichernschule



Die großen Aktionen der letzten Monate in Brokdorf und Grohnde haben deutlich die Selbstständigkeit und politische Reife der Bewegung gegen Atom-  
anlagen gezeigt. Gegen schwerste Angriffe seitens des Staatsapparates haben wir selbst unsere Entscheidung, wann, wo und wie wir demonstrieren getroffen. Dabei war eine sehr wesentliche Erfahrung, daß wir die mit großer Mehrheit getroffenen Entscheidungen auch geschlossenen praktisch umsetzen konnten. Speziell für Hannover wurde die Situation auf dem Plenum der BI's nicht nur richtig eingeschätzt, sondern auch jeweils von einer gewählten Demoleitung - wenn auch noch mit zum Teil technischen Mängeln - in den Demonstrationsverlauf eingebracht. Die von diesen gemeinsamen Entscheidungen bedingte gute Organisation und Geschlossenheit des Hannover Blockes in Brokdorf sowie auch danach in Grohnde wurde von vielen anderen Orten als vorbildlich angesehen und für die nächste Aktion übernommen.

Die beiden Aktionen in Brokdorf und Grohnde haben auch gezeigt, daß wir in der Lage sind, das Kräfteverhältnis zwischen uns und den AKW-Befürwortern jeweils richtig einzuschätzen. Während in Brokdorf bei der ersten größeren Bullensperre halt gemacht wurde, weil wir uns nicht in die Gefahr des von Stoltenberg und Presse breit angekündigten Massakers begeben wollten, wurde eine solche kurz hinter Kirchhohnsen 2 km vom Bauplatz Grohnde entfernt gemeinsam weggeräumt.

Aufgrund unserer Überzeugung, daß nur unser aktiver Kampf Aussicht auf Erfolg hat und nicht das Hoffen auf Gerichtsurteile oder ein Moratorium der Bundesregierung, ebenso unsere Meinung, daß eine Platzbesetzung das bisher wirksamste Mittel unseres Kampfes ist, hat uns dazu bewogen, uns entsprechend gegen Angriffe der Bullen zu schützen und uns auszurüsten, um unsere Meinung auch praktisch umzusetzen. Gegen uns wird nach der Grohnder Demonstration breit in den ~~Massen~~ Massenmedien scharf geschossen, wir hätten uns planmäßig auf eine gewaltsame Konfrontation vorbereitet und deshalb seien wir Verbrecher, denen es nicht mehr um die Sache geht. Dazu muß man doch mal folgendes klarstellen; die Bundes- und Landesregierungen und Atomindustrie gehen planmäßig vor, gegen den Willen der Bevölkerung das mörderische Atomenergieprogramm durchzusetzen, sie setzen sich planmäßig über jeden Einwand mit zur Farce gewordenen sogenannten Erörterungsterminen hinweg, sie fahren das bisher größte Polizei- und Bundesgrenzschutzaufruf in der Geschichte der BRD auf - so geschehen in Brokdorf -, um planmäßig mit militärischen Mitteln und bewußter Inkaufnahme vieler Verletzter und sogar Toter jeden praktischen Widerstand zu zerschlagen. - Wir sind der Meinung, dieses Planen ist verbrecherisch und nicht unsere Vorbereitung, uns dagegen zu wehren.



## Stellungnahme der Bürgerinitiative DÖRVERDEN zu einigen wichtigen Fragen unseres Widerstandes gegen Atomanlagen

Die Bürgerinitiative Dörverden arbeitet seit Juni 76 an einem der geplanten Standorte (Lichtenmoor) gegen die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage (WAA). Wir begreifen unsere Arbeit als einen Beitrag dazu, das gesamte Atomenergieprogramm zu Fall zu bringen.

### RADIKALISIERUNG

Anhand des Beispiels Whyl hatten wir gelernt, daß allein der Rechtsweg und Öffentlichkeitsarbeit nicht ausreichen, sondern wir wollten durch passiven Widerstand unserem Standpunkt Nachdruck verleihen (Verhinderung von Landvermessungen, Probebohrungen). Mit dieser Einstellung gingen wir auch nach Brokdorf. Dort haben wir gesehen, welche Gewalt von der Gegenseite ausgeht. Unser Vertrauen in den Staat wurde total erschüttert. Wir haben gesehen, daß wir uns darauf vorbereiten und dagegen schützen müssen.

### ÜBERPARTEILICHKEIT

Eine zweite grundsätzliche Überlegung war die, überparteilich zu arbeiten, was jedoch von bestimmten Kräften genutzt wurde, einen Radikalen-  
e. laß (gegenüber Kommunisten) zu verhängen. Durch unsere Erfahrungen in Brokdorf, wo die Regierung versuchte, die Bewegung in 'friedliche Demonstranten' und 'Verbrecher' zu spalten, erkannten wir, daß solche Bemühungen zur Kriminalisierung der gesamten Bewegung genutzt werden. Jeder, der sich am Kampf gegen WAA und AKWs nicht im Rahmen des 'erlaubten' Widerstands bewegt, wird als 'Radikaler' und Feind 'unseres Rechtsstaates' diskriminiert. Für uns bedeutet Überparteilichkeit, Einheit von Menschen mit verschiedenen Weltanschauungen, die sich entschieden gegen das Atomprogramm wehren.

### POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG

Wir sehen inzwischen, wie nicht nur führende Leute in der Atombewegung kriminalisiert werden (Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, politische Entlassungen und Androhung von Gefängnis- und Geldstrafen), sondern praktisch jeder von uns dieser Gefahr ausgesetzt ist. Wir verteidigen die demokratischen Rechte und fühlen uns solidarisch mit jedem verfolgten AKW - Gegner.

### BAUPLATZBESETZUNG

Obwohl nicht im Gesetz verankert, nehmen wir uns das Recht auf Bauplatzbesetzung, meinen jedoch, daß wir uns nicht hinsichtlich der Frage der Gewalt oder der Form des Widerstandes aufgrund verschiedener Auffassungen unter den AKW - Gegnern trennen sollten. Wir sollten jedoch bei jeder AKTION fragen, ob sie der örtlichen Bevölkerung einsehlich ist.

### UNSERE FORDERUNGEN

Wir wenden uns gegen den Versuch, durch scheinhafte 'Volksbefragung' oder 'Mitbestimmung' Atomanlagen zu rechtfertigen. Durch solche Verfahren, wie auch durch Gerichtsentscheide, werden Atomanlagen nicht sicherer. Wir lehnen auch Forderungen, wie sie in Itzehoe von einigen Organisatoren vertreten wurden, wie 'Kein AKW gegen den Willen der Bevölkerung' oder 'Kein Baubeginn vor Gerichtsentscheid' ab und treten ein für die Formulierung: Keine WAA in Lichtenmoor, Gorleben und auch nicht anderswo!

Wir sind mit einer zeitweiligen Unterbrechung (Moratorium) des Atomprogramms nicht zufrieden, sondern fordern die vollständige Aufhebung des Atomprogramms, d.h.: die Einstellung aller Pläne, Bautätigkeiten für AKWs, die Stilllegung aller bereits im Bau befindlichen und die Rückführung des Baugeländes in den vorherigen Zustand.



## WEITERE ARBEIT

Einerseits beteiligen wir uns an allen zentralen Aktionen, andererseits haben wir die Aufgabe die Bevölkerung an den Standorten von Atomanlagen für den Widerstand zu gewinnen. Dabei stoßen wir auf ein zentrales Problem: Zwischen den BI und der Bevölkerung entsteht eine Diskrepanz aufgrund der durch die Erfahrungen bewirkten Radikalisierung. Wir BIs müssen unsere politischen Erfahrungen zusammenfassen und wir müssen überlegen, wie diese Erfahrungen der übrigen Bevölkerung einsichtbar zu machen sind.

Wir schlagen vor, um unsere Kräfte nicht zu zersplittern und um weiterhin eine wichtige politische Macht zu bleiben, in diesem Jahr zentrale Aktionen in Brokdorf und Grohnde durchzuführen aufgrund der Entfaltung der Arbeit der örtlichen INitiativen und aufgrund des Symbolcharakters dieser AKWs für das Atomprogramm. Weil die WAA ein wichtiges Kettenglied im Brennstoffkreislauf darstellt, meinen wir, daß der Widerstand auch dagegen verstärkt werden muß.

## ORGANISATIONSSTRUKTUREN

Entscheidungen über die Mobilisierung im regionalen oder BRD- Maßstab dürfen nur auf entsprechenden Landes- bzw. Bundeskonferenzen der BI fallen und dürfen sich nicht gerüchteweise durchsetzen, da dies uns verwirren und die Kräfte zersplittern würde. Selbsternannte 'Vorsitzende' haben kein Recht, sich als Vertreter der Bewegung aufzuspielen, wie Herr Wüstenhagen, der sich heuchlerisch 'Bundesvorsitzender der Bürgerinitiativen' nennt, jedoch von den relevanten BI nicht getragen wird und nicht auf einem Bundeskongreß gewählt wurde.

## BI DÖRVERDEN



# Vorschlag der KPD

## zur Fortführung des Kampfes

Für den weiteren Kampf gegen das mörderische Atomprogramm der Schmidt-Regierung wurde auf dem Plenum der Hamburger BUU-Gruppen von der KPD folgende Diskussionsgrundlage eingebracht:

### Die Grundlage für die feste und breite Einheit schaffen:

Die Drahtzieher und Initiatoren der Itzehoeer Demonstration haben – kaum hatten sie sich den demokratischen Beschlüssen der Landeskonzferenz der BUU entzogen und in unverschämter Manier einer Minderheit der BUU als „Mehrheit“ ausgegeben – auch gleich noch die seit langem beschlossenen und auf der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen vom 12. 2. bestätigten Forderungen der BUU verfälscht bzw. ganz gestrichen. So tauchten in den Aufrufen für Itzehoe u. a. plötzlich die Forderungen „Stop dem Atomprogramm“, „Kein AKW gegen den Willen der Bevölkerung“ und „Kein Baubeginn vor Gerichtsentscheid“, sowie die nach „Mitbestimmung“ und „gewerkschaftlich kontrollierten“ Atomkraftwerken etc. auf. Für all dies konnten Schmidt, Stoltenberg und die Atomindustrie nur dankbar sein. Denn all dies, eine zeitweilige Unterbrechung des Baus von Atomkraftwerken, die stärkere Einbeziehung der Gewerkschaftsführer, die bekanntermaßen zu den militantesten AKW-Befürwortern gehören und der bürgerlichen Klassenjustiz in das Atomprogramm, kann die Monopolbourgeoisie nicht nur verkraften, sondern dies sieht sie selbst als entscheidende Betrugsmittel an, um der Bevölkerung doch noch ihre mörderischen Pläne schmackhaft zu machen. Es ist klar, daß sich die Anti-AKW-Bewegung ihrerseits auf diese Parolen der AKW-Befürworter nicht stellen kann und niemals stellen wird.

Es hat sich gezeigt, daß ein großer Teil der Itzehoeer Demonstranten sich von den Veranstaltern und ihren Parolen veraten und betrogen fühlten, daß die Solidarität mit der Brokdorfer Demonstration sehr groß war. Es waren nicht die Parolen und Ziele der Drahtzieher und Organisatoren, die diese Menschen nach Itzehoe lockten, der Grund lag in ihrer Verunsicherung und Einschüchterung.

Deshalb sind die Bedingungen für eine weitere Einbeziehung dieser Menschen in die kämpferische Anti-AKW-Bewegung u. die restlose Entlarvung und Isolierung der wirklichen Spalter gut. Sie müssen von uns entschlossen genutzt werden. Die Trennungslinie verläuft nicht entlang der Formen des Widerstandes und der weiteren Perspektiven des Kampfes. Die entscheidende Trennungslinie verläuft zwischen AKW-Befürwortern (wie geschickt sie sich auch immer zu tarnen verstehen) und den wirklichen AKW-Gegnern, die entschlossen sind, das Atomprogramm mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu Fall zu bringen...

Die beschlossene neue Landeskonzferenz und Bundeskonferenz muß die Grundlage für eine noch festere und breitere Einheit aller ehrlichen AKW-Gegner legen. Dabei wird eine Kernfrage sein, inwieweit es gelingt, die bisher erfolgreich verteidigte Aktionseinheit von Kommunisten und Nichtkommunisten, zwischen Demokraten, Antifaschisten, Kommunisten und allen AKW-Gegnern zu verteidigen. Die Landeskonzferenz der BUU und die Bundeskonferenz muß die absolut richtigen Minimalforderungen der Anti-AKW-Bewegung bestätigen.

**Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo! Keine Wiederaufbereitungsanlagen und Atommülldeponien! Weg mit dem Atomprogramm der Bundesregierung! Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern von Polizei und Bundesgrenzschutz! Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren! Solidarität mit allen verfolgten AKW-Gegnern!**

Diese Konferenzen müssen erneut bestätigen, daß es eine Zusammenarbeit mit Kräften, die entweder dem Atomprogramm der Bundesregierung im Grundsatz zustimmen oder aber die Atomanlagen in der DDR und Sowjetunion verteidigen, nicht geben kann.

### Der weitere Kampf gegen das AKW Brokdorf

Der Kampf gegen das geplante AKW in Brokdorf darf und wird mit der erfolgreichen Demonstration der 35 000 am 19. 2. nicht zu Ende sein. Wir müssen aus dem bisherigen Kampf in der Wil-

ster Marsch und den ermutigenden Reaktionen, die es auf unsere Demonstration am 19. 2. unter den Bauern und Arbeitern in der Marsch gibt, die Konsequenzen ziehen, unsere Arbeit in der Umgebung des geplanten AKW verstärken und vertiefen. Die Wilster Marsch muß im wahrsten Sinne des Wortes zum Feindesland für die Stoltenberg-Regierung, für die Bundesregierung, für die Atomindustrie und Polizei werden. Das erfordert eine intensive und zähe Arbeit. Packen wie sie entschlossen an, dann wird den AKW-Planern der Atem abgeschnürt, dann wird auf die Dauer kein Transport zum Bauplatz durchkommen. Dann schaffen wir auch die grundlegenden Bedingungen für eine wirkliche und langfristige Besetzung des Bauplatzes...

### Der Kampf gegen das Atomprogramm u. die Schwerpunkte dieses Kampfes

Wir müssen das gesamte Atomprogramm der Schmidt-Regierung verhindern und nicht nur das eine oder andere Atomkraftwerk. Insofern ist es zu begrüßen, wenn an möglichst vielen Orten und tatsächlichen und geplanten Standorten der Atomanlagen der Widerstand aufbricht und radikaler wird. Auf der anderen Seite müssen wir aber der Gefahr ins Auge sehen, daß sich die Bewegung, deren Stärke bisher nicht nur in der Breite, sondern gerade auch in ihrer Einheitlichkeit und konzentrierten Stoßkraft bestand, zersplittert und aufreißt. Es liegt gerade im Interesse der Regierung und der Atomindustrie, gegenwärtig an möglichst vielen Punkten die Verwirklichung des Atomprogramms zu forcieren und auf diese Weise unsere Bewegung orientierungslos zu machen. In der DKP und anderen Kräften wie Wüstenhagen hat die Monopolbourgeoisie Verfechter dieser Zersplitterungsstrategie gefunden... Die Kunst unseres Kampfes muß aber gerade darin bestehen, uns nicht borniert auf einen AKW-Bauplatz zu fixieren, gleichzeitig aber dort unsere Kräfte planmäßig und mit langem Atem zu konzentrieren, wo die schwächsten Kettenglieder des Atomprogramms liegen, um es insgesamt aus den Angeln zu heben.



Diese Konzentrationspunkte sind unserer Auffassung nach nach wie vor Brokdorf und Wyhl, wo mit dem Gerichtsurteil vom 14. 3. die Möglichkeit wächst, daß der Baustop im Kaiserstuhl aufgehoben wird. Zusätzlich müssen wir ab jetzt den Kampf gegen das Herzstück des Atomprogramms, die geplante Atom-mülldeponie bzw. Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen verstärken... Grundsätzlich sind wir der Meinung, daß Entscheidungen über Mobilisierungen im regionalen oder BRD-Maßstab nur auf entsprechenden Landes- bzw. Bundeskonferenzen der Bürgerinitiativen fallen dürfen und sich nicht gerüchteweise durchsetzen können. Nachdrücklich müssen wir uns zusammenschließen, um dem selbsterannten „Sprechertum“ von Leuten wie Wüstenhagen, der mit seinem Phantomverband e. V. erwiesenermaßen von der Atomindustrie den Auftrag erhalten hat, sich innerhalb der Anti-AKW-Bewegung mit scheinradikalen Sprüchen und Blumen-Happenings einen Namen zu schaffen, aber sich nirgendwo grundsätzlich für die Beseitigung des Atomprogramms ausgesprochen hat, ein Ende bereiten. Die in dieser Bewegung geschaffenen demokratischen Organisationsstrukturen müssen unbedingt verteidigt und ausgebaut werden.

### **Arbeiter und Bauern müssen gemeinsam kämpfen!**

Die Zahl der Arbeiter, die in der Anti-AKW-Bewegung kämpfen, hat in den letzten Wochen und Monaten zugenommen: Immer weniger verfangen die demagogischen Lügen der Atomindustrie, daß die Atomenergie Arbeitsplätze sichern helfe...

Die Aufwiegelung der Arbeiterklasse gegen und ihre Abspaltung von der Anti-AKW-Bewegung ist das Kernstück der bürgerlichen Propaganda zur Durchsetzung ihrer Atomenergiepläne. Zunehmend werden die reaktionären Gewerkschaftsführer von Adolf Schmidt (IGBE) über Sperner, Kluncker und Loderer an die Front geschickt, um in der Arbeiterklasse die Hetze gegen die AKW-Gegner zu schüren. Gegen aktive AKW-Gegner wird mit Gewerkschaftsausschlüssen gedroht...

Treten wir dem reaktionären Treiben der Gewerkschaftsführer verstärkt entgegen! Bereiten wir ihnen schon jetzt für den 1. Mai einen heißen „Empfang“ vor! Schmieden wir die Einheit von Arbeitern, Bauern und AKW-Gegnern gegen das mörderische Atomprogramm!

### **Solidarität mit allen verfolgten AKW-Gegnern!**

Immer mehr AKW-Gegner haben erkannt, daß der Widerstand nicht mehr allein gegen die menschenfeindlichen Atomanlagen gerichtet werden kann, sondern nur dann erfolgreich ist, wenn er gleichzeitig gegen den Terror des bürgerlichen Staatsapparates, gegen die politische Unterdrückung, gegen die zunehmende faschistische Gefahr durchgesetzt wird. Berufsverbote wie für Jens Scheer und Fritz Störin sind keine Einzelfälle. Auch die Terror-Überfälle von MEK-Killern, wie der am 19. 2. in Wilster, häufen sich. Kein Einzelfall ist auch die unerhörte Bespitzelung des Atomwissenschaftlers Traube unter Umgehung selbst der bestehenden bürgerlichen Gesetze. So etwas entspricht der gewöhnlichen Praxis der Geheimdienste, wie sie der Staatsapparat seit Jahr und Tag gegen die Kommunisten und verschiedene Demokraten anwendet. Die Anti-AKW-Bewegung muß dem Kampf zur Verteidigung der demokratischen Rechte noch mehr Aufmerksamkeit schenken. Die aktive Solidarität mit allen verfolgten AKW-Gegnern ist die unbedingte Pflicht aller Bürgerinitiativen...

### **Das Atomprogramm der Schmidt-Regierung muß fallen!**

Antrag zur Verabschiedung einer Resolution zur Unterstützung des australischen Kampfes gegen die Kernenergie :

In der letzten Zeit ist auch in Australien der Widerstand gegen die Kernenergie laut geworden. Zwar gibt es in Australien keine Kernkraftwerke, aber der Uranerzabbau ist sehr weit verbreitet! Abgesehen davon, daß auch beim Uranerzabbau gefährliche Abfallprodukte freigesetzt werden und die Uranbergarbeiter in einem unzumutbaren Maße gefährdet sind, ist das australische Uran die Grundlage für die friedliche und militärische Nutzung der Kernenergie. Der australische Uranabbau und Export unterstützt somit den fokierten Ausbau der Kernenergie in der ganzen Welt, obwohl in der letzten Zeit immer deutlicher wird, daß viele Probleme der Kernenergie noch garnicht gelöst sind, z.B. das Problem des Atommülls.

Die australische Regierung muß sich ernsthaft fragen, ob sie das Leben und die Gesundheit der Weltbevölkerung hinter wirtschaftliche und politische Interessen stellen will.

Wir fordern die australische Regierung auf, den Abbau und den Export von australischem Uran solange zu stoppen, bis alle Probleme der Kernenergie vollständig gelöst sind und bis keine Gefährdung der jetzigen und zukünftigen Bevölkerung durch die Kernenergie mehr besteht.

Wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf der australischen Umweltschützer gegen die Kernenergie: Euer Kampf ist ~~auch~~ unser Kampf!!

Es wäre auch gut, wenn von den einzelnen BI's und Umweltschutzorganisationen hier in der BRD Resolutionen, Solidaritätsadressen, ..ect. nach Australien gehen würden, weil dadurch der Kampf unserer Freunde in Australien wesentlich unterstützt werden würde (Druck aus dem Ausland ..ect.!!). Bitte verabschiedet in Euren Gruppen ähnliche Resolutionen gegen den Abbau und Export von Uran in Australien, und schickt die Resolutionen noch im Mai an die unten genannte Kontaktadresse. Dort werden dann alle gesammelt und gemeinsam nach Australien geschickt.

BI UMKIRCH

Mario Schmidt

Mittelweg 41

7801 Umkirch



ANTRAG

X

BUU-Brunsbüttel  
i.V. Regina Nagel  
raiffeisenstr. 4  
2224 Großenrade

Großenrade, 5.5.77

Vorschlag für die Aufnahme weiterer Themen in die Tagesordnung der Bundeskonferenz:

- Aufarbeiten der Erfahrungen
  - a. Grobkundgebung/ Einschätzung/ wie stand es mit der ortsansässigen Bevölkerung?  
Wie sollte man die ortsansässige Bevölkerung gewinnen?
  - b. Wyhl-Urteil / revidiert durch Schweinfurt
  - c. Allgemeine Strategie der BIs  
Zeitung der Bis / Info-Dienst über Unfälle in AKWs  
Funktion der Bundeskonferenz: verbindliche Organisation oder bundesweiter Erfahrungsaustausch mit Empfehlungscharakter?

So, mehr können wir im Moment nicht dazu beitragen.

Regina

## RESOLUTION ZUR NUKLEAREN ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BRD UND SÜDAFRIKA

Seit 1965 arbeiten Firmen und Wissenschaftler der BRD in Sachen Kernenergie mit dem rassistischen Minderheitsregime Südafrikas zusammen. Beispiele:

- Die Gesellschaft für Kernforschung GfK, Karlsruhe, (bundes-eigen) bildete führende Atomwissenschaftler Südafrikas in dem deutschen Trenndüsenverfahren zur Urananreicherung aus.
- Die Firma Steinkohle Elektrizitäts AG Steag, Essen - Tochter der bundeseigenen Gesellschaft für Energiebeteiligung mbH und der zu 40% bundeseigenen Ruhrkohle AG - (besitzt das Recht auf alleinige weltweite wirtschaftliche Nutzung des Trenndüsenverfahrens) entwickelt mit der staatlichen Gesellschaft zur Urananreicherung UCOR der RSA die Urananreicherungsanlage in Pelindaba.
- Die Firma MAN soll dafür Kompressoren im Auftragswert von 460 Mio. DM liefern. Die Kompressoren werden mit dem NATO-Kodifizierungssystem versehen, mit dem militärische Objekte der NATO gekennzeichnet werden.
- Es gibt Geheimverhandlungen und wechselseitige Geheimbesuche von Regierungsmitgliedern und Militärs beider Länder ( z.B. Rall-Affäre).

Die Bundesregierung nimmt damit folgende Interessen wahr:

- Sie sichert sich Uranquellen zur Durchführung ihres Atomprogramms.
- Sie öffnet Märkte für die deutsche Atomindustrie.
- Sie versucht das rassistische Vorster-Regime als wirtschaftlichen und militärischen Brückenkopf im südlichen Afrika mit aller Gewalt am Leben zu halten.

Das Minderheitsregime wird mit der Anlage wirtschaftlich gestärkt durch den Verkauf angereicherten Urans. Vor allem aber wird es sich atomar aufrüsten, um seine angegriffene Herrschaft wieder zu festigen zu versuchen.

Diese Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA zeigt, wie rücksichtslos gegen die Interessen der Völker wirtschaftliche Vorteile durchgesetzt werden, zeigt, wie wichtig es ist, das Atomprogramm der Bundesregierung zu verhindern. Es richtet sich nicht nur gegen die eigene Bevölkerung durch Umweltschädigung, sondern bedroht auch den Kampf der afrikanischen Völker um Freiheit und Unabhängigkeit.

Darum verurteilen wir die nukleare Zusammenarbeit zwischen BRD und Südafrika und fordern:

WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM

SCHLUSS MIT DER UNTERSTÜTZUNG DES RASSISTISCHEN  
SIEDLER-REGIMES

Diese Resolution legt das Komitee Südliche Afrika Hannover vor.

c/o Michael Täschner  
Rheinstr. 26  
3000 Hannover 81



Im Spätsommer will die Bundesregierung, gegen den massiven Protest breiter Teile der Bevölkerung, ihr 4. Atomprogramm im Bundestag verabschieden lassen.

28

3c

Obwohl viele Fragen über die Gefährlichkeit von Atomanlagen noch nicht gelöst worden sind, obwohl immer mehr Wissenschaftler auf die Gefährlichkeit von Atomanlagen hinweisen, obwohl immer mehr Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen gegen den Bau von Atomanlagen protestieren, will die Bundesregierung Atomanlagen bauen lassen. Die Bundesregierung und die im Parlament anwesenden Parteien verweisen uns an die Gerichte, damit wir dort "Baustopps" erreichen können, die der Denkpause förderlich sind. Jedoch ein Baustop verhindert keine Atomanlagen, er zögert nur ihren Bau hinaus, zu dem Zweck, die Bewegung gegen AKW's zu zersetzen. Wir haben insbesondere durch die Urteile in Whyl (wo in der Urteilsbegründung auf kein Argument der BI's eingegangen wurde) und Grafenreheinfeld (wo trotz vorhergesehener Urteile - Whyl: fehlender Berstschutz; Brkdorf: ungelöste Entsorgung - die Genehmigung für den Weiterbau des AKW's erteilt wurde) erkannt, daß wir uns nicht mehr auf die Gerichte verlassen können, um Atomanlagen zu verhindern. Wir haben erkannt, daß wir Atomanlagen nur verhindern können, wenn wir selbst praktisch Hand anlegen. Deshalb beschließt der Bundeskongreß:

Im September finden im gesamten Bundesgebiet Aktionswochen statt, mit dem Ziel die Machenschaften der Bundesregierung beim Bau von Atomanlagen zu entlarven und hierbei besonders das neue Atomgesetz. Die Aktionswochen sollen mit einer Großkundgebung an einem der Brennpunkte der Anti-AKW-Bewegung abgeschlossen werden.

In der Mitte der Aktionswochen findet ein Bundeskongreß statt, der die endgültige Entscheidung über Ort und Art der Großaktion trifft.



ARBEITSKREIS BROKDORF

Zur Situation der Bürgerinitiativen um Brokdorf

Anfang April bestimmten wir, die BUU-Gruppen Brokdorf/Wewelsfleth, Krompe, Borsfleth und Wilster unsere Mitarbeit in der Marschenkonferenz, Landeskonferenz, neu. Wir begründen diesen Schritt damit, daß die Regionalkonferenz nicht mehr arbeitsfähig ist. Die Konferenzen sind ein totales Chaos, entstanden durch permanente Streitigkeiten unterschiedlichster politischer Gruppen. Wir aber wollen Atomkraftwerke verhindern und unsere Kraft nicht in politischem Hick-Hack vergeuden. Wir wollen durch praktische Mitarbeit und eine breite Mobilisierung dem atomaren Wahnsinn ein Ende machen, nicht aber über den "ehrlichsten" AKW-Gegner streiten. Die Regionalkonferenz sollte einmal der konstruktiven Koordination dienen und nicht zur Abstimmungsmaschinerie degradiert werden. Wir, die BUU - Arbeitskreis Brokdorf - stimmen auf den Konferenzen nicht mehr mit ab, wir nutzen diese Konferenzen, wenn möglich, als Gremium der Koordination der Vorhaben der einzelnen BUU-Gruppen.

Wir sehen die Kraft der Bewegung vor allem in diesen Vorort-Gruppen, der ländlichen Bevölkerung, denn Atomanlagen werden nur in ländlichen Räumen gebaut. Es hat sich bisher immer wieder gezeigt, daß der Widerstand dort am wirkungsvollsten ist, wo die Bevölkerung selbst aktiv wirkt. Das bedeutet nicht, daß wir einen Führungsanspruch erheben. Aber wer in der Frage gegen AKWs mehr als nur ein technisches Problem sieht und eine längerfristige Lösung der Problematik durch eine Verbesserung der Demokratie anstrebt, sollte Interesse daran haben, daß eine solche Bewegung von einer breiten Basis ausgeht. Das dauert etwas länger.

Machen wir uns nichts ver, im Kampf gegen das Atomprogramm sind wir noch eine Minderheit, auch in der Wilstermarsch. Dennoch werden wir unsere Rechte wahrnehmen. Es ist unsere Aufgabe, das ständig wachsende Interesse durch sachliche Informationen über Gefahren der Radioaktivität und den Atomstaat zu wecken. Die Erkenntnis, daß sich AKWs nur mit Hilfe der Ortsansässigen Verhindern lassen, bestimmt



unser derzeitiges Handeln. Nur mit der sachlichen Arbeit, nicht aber in parteipolitischen Auseinandersetzungen können wir unsere Mitbürger davon überzeugen, daß gerade ihr eigenes Handeln für alle folgenden Aktionen notwendig ist. Wir suchen nach wie vor die Zusammenarbeit mit allen AKW-Gegnern, auch denjenigen, die unser Ziel noch nicht voll unterstützen können, genau wie mit denjenigen, die weitergehende Vorstellungen verfolgen; solange unser Ziel: Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo! nicht verfälscht wird.

Auf der Marschenkonferenz am 18.3. 77 stimmte eine Mehrheit mit uns darin überein, vor Gerichtsentscheid oder Weiterbau zu keiner bundesweiten Demonstration in Brokdorf aufzurufen. Für den Fall des Weiterbaus des AKW Brokdorf ist uns eine erheblich größere Beteiligung durch die ansässige Bevölkerung gewiß, besonders wenn die Beteiligung der örtlichen Gruppen an den Vorbereitungen dieser Demonstration deutlich wird. Wir werden rechtzeitig die Vorbereitungen für eine solche neue Großkundgebung aufnehmen und auf einer Bundeskonferenz das Vorgehen mit Euch absprechen. Voraussetzung wird aber sein, daß sich die Beteiligten auf den Verzicht auf menschenverletzende Gewalt (Steinwürfe, Stahlkugelschleudern ...) einigen.

Nur durch die Verbindung der machtvollen politischen Demonstration mit der disziplinierten, aktiven Aktion am Bauplatz (bzw. an mehreren Bauplätzen gleichzeitig) werden wir siegen.



verantwortlich:

Emma-Regina Lüscho, Barbara Schnell Bahnhofstr. 116 2209 Krempe



Da wir wissen, daß wir ohne die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Angestellten den Kampf gegen den Bau von Atomanlagen nicht erfolgreich führen können,

- daß die Gewerkschaftsführung sich eindeutig für den Bau von Atom- anlagen ausgesprochen hat,
- daß die Bundesregierung und die Atomindustrie mit allen Mitteln versucht, die organisierte Arbeiterschaft von der Anti-AKW-Bewegung zu trennen und dabei die Gewerkschaftsführung benutzt,

ist es notwendig, unsere Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft zu intensivieren, um diesen Plan zurückzuschlagen. Dazu ist folgendes notwendig:

1. Herausgabe einer Broschürenliteratur, die sich speziell mit den Argumenten der Gewerkschaftsführung und der Atomlobby auseinandersetzt (siehe z.B. die Broschüre der Hamburger BI "Chemiekollegen" zu "Atomenergie und Arbeitsplätze").
2. Gemeinsame Veranstaltungen der BI's mit Gewerkschaftsgruppen, gewerkschaftlichen Jugendausschüssen, sowie Betriebsgruppen, zu Fragen des Kampfes gegen Atomanlagen.

Der Staat versucht durch das Herausgreifen Einzelner, die ganze Anti-AKW-Bewegung zu kriminalisieren. Gegenwärtig sind über 300 Strafverfahren gegen konsequente AKW-Gegner anhängig. Hier geht der Staat nach dem Motto vor "Einen schlagen und alle treffen".

Dies werden wir nicht hinnehmen, denn wir wissen, das Atomprogramm der Bundesregierung wird nur fallen, wenn wir die Kriminalisierungskampagne des Staates zurückschlagen. Deshalb ist folgendes Vorgehen notwendig:

1. Herausgabe einer zentralen Broschüre zur Frage der Kriminalisierung,
2. Durchführung einer Unterschriftensammlung unter der Losung: "EIN- STELLUNG ALLER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN AKW-GEGER",
3. Durchführung von zentralen Aktionen in den einzelnen Landeshauptstädten,
4. Durchführung einer Spendensammlung zur Unterstützung der von staatlicher Verfolgung Betroffenen und zur Führung der Prozesse.

Die Punkte 2 bis 4 sollen im Rahmen der bundesweiten Aktionswochen im September stattfinden.



Antrag 4 der Stadtteilgruppe Hoheluft/ BUU Hamburg

Die bisherige Prozeßführung war dadurch gekennzeichnet, daß es wesentlich gelang, nur dort "Baustop-Urteile" zu erzielen, wo es einen äußerst massiven Widerstand der Menschen gegen das AKW gegeben hat. Dabei wurde allerdings von den Gerichten in keinem Fall auf die Argumente der Kläger eingegangen, sondern es wurden Begründungen wie "fehlender Berstschutz" bzw. "fehlendes Konzept für die Endlagerung des Atommülls" gebracht. Ist ein Baustopp auf der einen Seite nur auf den massiven Widerstand breiter Teile der Bevölkerung zurückzuführen, so dient er auf der anderen Seite dazu, die Bewegung zu spalten und zu verunsichern, wie es exemplarisch am 19.2. in Brokdorf geschehen ist und am 19.3. in Grohnde versucht wurde.

Es ist bisher ein Mangel in der Anti-AKW-Bewegung, daß die Erkenntnis, daß wir uns nicht auf Gerichte verlassen können, sondern nur auf unsere eigene Kraft, nicht in aller Öffentlichkeit dargestellt wurde. Weiterhin wurden die Prozesse viel zu wenig in der Öffentlichkeit bekanntgemacht und dazu benutzt, den Charakter der Gerichte im Kampf gegen Atomanlagen klar zu machen. Dies führte dazu, daß die Vertreter der Atomindustrie weitestgehend ungestört ihre Mauseställe mit den Richtern durchführten könnten. Die Führung von Prozessen gegen den Bau von Atomanlagen kann nur dann wirklich erfolgreich sein, wenn sie dazu dient die Front gegen den Bau von Atomanlagen zu verbreitern. Um noch mehr Klarheit über den Charakter derartiger Prozesse zu verbreiten, ist es absolut notwendig, daß das vorliegende Material über die bisher gelaufenen Verfahren in einer Broschüre veröffentlicht wird, die den BI's für ihre Arbeit zur Verfügung steht. Das Ausarbeiten einer solchen Broschüre sollte einer Landeskonzferenz übertragen werden.

31

32

3e



Grundsätze der BI Leer

32

- gegen Kernkraftwerke
- gegen Wiederaufbereitungsanlagen
- gegen Atommüll-Lager

I. Die Bürgerinitiative Leer ist ein überparteilicher Zusammenschluß.  
Wir sind gegen - Kernkraftwerke (KKW)  
- Wiederaufbereitungsanlagen (WAA)  
- Atommüll-Lager

II. Die Bürgerinitiative fordert den sofortigen Bau-, Betriebs- und Planungsstop aller Kernenergieanlagen (KKW, WAA usw).

1. Jedes Plus an künstlicher Radioaktivität schadet dem Leben. Der Bau von Kernenergieanlagen bedeutet für die Bevölkerung die Zerstörung ihrer Gesundheit und ihrer Existenz. Die freiwerdende künstliche Radioaktivität reichert sich durch die Umwelt und die Nahrung im menschlichen Körper an.

Die Folgen sind

- Erbschäden - Mißbildungen und Fehlgeburten - Erhöhte Kindersterblichkeit - Krebs und andere Krankheiten.

Die Pflanzen, die Weiden, die Kühe und die Milch werden ebenfalls radioaktiv verseucht, sodaß in großem Umkreis um die Anlage keine Landwirtschaft mehr betrieben werden darf. Das bedeutet den Ruin vieler Bauern in diesem Gebiet.

2. Für das Energieprogramm und die Atomforschung wurden ca. 20 mio DM seit 1956 aus Steuergeldern bezahlt und aus den Strompreisen, die für die Großindustrie um 4 Pfennig betragen, für Tarifabnehmer, also die Bevölkerung, um 16 Pfennig. Die Erforschung anderer Energiequellen wurde während dessen vollkommen vernachlässigt.

Der Energiebedarf der Industrie steigt und wird für mehr Maschinen und Rationalisierung benutzt. Außerdem ist das Ziel, Atomkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen zu exportieren. Der Energieaufwand zur Erzeugung des Kernbrennstoffs ist zumindest genauso groß wie die in den Kernkraftwerken gewonnene elektrische Energie.

3. Ein Kernkraftwerk mit 1000 MW erzeugt pro Woche so viel Radioaktivität wie 20 Hiroshimabomben enthalten. 1 Gramm Plutonium reicht schon aus, um 100 000 Menschen an Krebs sterben zu lassen; eine WAA enthält mehrere Tonnen Plutonium.

Das Plutonium das beim Betrieb im Kernreaktor entsteht und in der WAA herausgelöst wird, kann zum Bau von Atomwaffen verwendet werden.

III. Erklärung

Die BI Leer hält das Kernenergieprogramm für unverantwortlich und fordert, daß die Forschungsgelder aus diesem Atomprogramm ausschließlich für die Entwicklung und den Aufbau menschen- und umweltfreundlicher Energiegewinnung verwendet werden. (Alternative Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser).

IV. Die BI Leer ist unabhängig von Geschäftsinteresses oder anderen Interessengruppen.

V. Mitglied der BI Leer ist, wer die Grundsätze anerkennt und bereit ist, aktiv mitzuarbeiten.



ANTRAG

XI

→ T.O. Versatz 3

Bürgerinitiative für den Schutz  
vor Atomenergiegefahren e.V., Celle

den 10.5.1977

Antrag der BI Celle zur Umstellung der Tagesordnung:

1. Zusammenfassung der bisherigen Punkte 1 und 2 zum Tagesordnungspunkt 1 (Stand des Atomprogramms, Stand der Anti-AKW-Bewegung)
2. Neuer Punkt 2 wird der bisherige Punkt 4 (Weitere Arbeit, Verbreiterung unserer Arbeit...Arbeit in den Gewerkschaften)
3. Der bisherige Punkt 3 verbleibt (Grundlagen unseres Widerstandes)

Begründung: Die Bundesregierung versucht derzeit durch gezielte Maßnahmen, die Gewerkschaften auf ihre Seite zu ziehen und damit

für die Interessen der Elektro-Großindustrie festzulegen. Der Schwerpunkt unserer Arbeit muß daher derzeit auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder gelegt werden.

Mit solidarischen Grüßen  
i.A. der BI Celle  
Rüdiger Hachtmann  
Beckstr. 10, 3100 Celle

Protokoll vom Plenum 17.4.77 zur Frage der Taktik (Zusammenfassung)

Zur Frage von Besetzungen von AKW-Geländen

A) welche Kriterien sind maßgebend, um einen Platz zu besetzen, nach den Erfahrungen in Brokdorf, Grohnde und Kalkar, und speziell der Taktik des KB?

Entscheidend ist, ob es die Bewegung vorwärts bringt oder ob wir uns isolieren von der breiten Bevölkerung, die wir gewinnen wollen. Von besonderer Bedeutung ist die Unterstützung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung, doch ist ihre aktive Beteiligung nicht das Ausschlaggebende, sondern ob wir uns isolieren.

B) Müssen die Kampfformen vorher festgelegt und veröffentlicht werden? In bestimmten Situationen ist es richtig, die Kampfformen vorher eindeutig festzulegen wie es am 19.2 in Brokdorf richtig gewesen wäre, d.h. auf den Versuch der Besetzung zu verzichten. Andere Situationen sind denkbar, wo man klar auf Besetzung orientiert (ob man es offen verkündet ist eine andere Frage). In anderen Fällen muß man die Entscheidung offen lassen und vor Ort entscheiden. Bauplatzbesetzung hat nicht ausschließlich zum Ziel, den Platz für längere Zeit zu halten, Ziel kann auch das Niederreißen von Bauten sein.

Besetzungen und notwendige Informationskampagnen kann man nicht im absoluten Gegensatz bringen. Einerseits ist es falsch, unter dem "Motto nicht hinter die erreichten Kampfformen zurückfallen" in Aktionismus zu verfallen, andererseits muß die Informationsarbeit auch die Besetzung als ein wichtiges Kampfmittel erklären.

C) Zur Frage örtlicher, regionaler und nationaler Aktivitäten.

Nationale Aktivitäten sind notwendig, das darf nicht zur Lahmlegung der örtlichen Arbeit führen. Zum anderen schließt die örtliche Arbeit die Propagierung und Mobilisierung für regionale und nationale Aktivitäten unbedingt mit ein.



Bürgerinitiative Umweltschutz an der Unterweser e.V.

An das  
Atom- Info - Zentrum  
Kornstr. 28~~8~~ -30  
3 Hannover

36

Nordenham, den 13.5.77

ANTRAG: Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Die vorgeschlagene Teilnahme an Landtagswahlen mit eigenen Kandidaten widerspricht dem überparteilichen Charakter unserer Bewegung und wird deshalb abgelehnt.

Stattdessen fordern wir alle Freunde auf, in ihren jeweiligen Parteien dafür zu wirken, daß nur solche Kandidaten nominiert werden, die der Verantwortung einer solchen Aufgabe gewachsen sind.

Gleichzeitig schlagen wir vor, die Kandidaten der Parteien öffentlich zu testen ("Wahlprüfsteine") und danach Wahlempfehlungen zu geben.

Jolf Bielefeld  
Oldenburger Str. 34  
289 Nordenham

eventuell die Mißtrauensbarriere überwinden, und auf dem (hoffentlich dadurch geweckten) Problembewußtsein könnten wir kurze Zeit später mit einem öffentlichen Diskussionsabend und Informationsmaterial aufbauen. Als weitere erfolgversprechende Formen sehen wir Leserbriefe und natürlich persönliche Gespräche an.

Zum Schluß noch einige Anregungen: Wir halten eine stärkere Zusammenarbeit der einzelnen regionalen Bürgerinitiativen für notwendig. Zu diesem Zweck könnte eine bundesweite Zeitung verbreitet werden. Außerdem sollte Informationsmaterial über mögliche Formen der Öffentlichkeitsarbeit und, zumindest im Ansatz, ein alternatives Energieprogramm entwickelt werden.

gez:

Hans-Heinrich Wege  
Woltringhausen 51  
3079 Uchte 4



# Antrag und Arbeitspapier für die Zusammenarbeit der Bürgerinitiativen mit der Arbeiterbewegung

- 1 -

Anfang Mai wird die erste Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomenergieanlagen stattfinden. Zur Diskussion wird vor allen Dingen eine Generaldebatte über den bisherigen Kampf und über die nächsten Kampfschritte der Bewegung stehen. Wir unterstützen diese Bemühungen, wobei es uns dabei nicht nur um eine einheitliche und demokratische Struktur der Bürgerinitiativen (BIs) geht, sondern vor allem um die zentralen politischen Inhalte in der weiteren Orientierung der BIs. Die Notwendigkeit einer breiten politischen Diskussion in den BIs um die weitere Orientierung des Kampfes ergibt sich für uns zwingend aus folgenden Erwägungen:

Die Demonstrationen, Aktionen und versuchten Bauplatzbesetzungen in Brokdorf und Grohnde haben in ein er breiten Öffentlichkeit die Debatte über das Atomprogramm der Bundesregierung in Gang gesetzt und Tausende von AKW-Gegnern organisiert. Sie haben zu einer breiten, spontanen Aktionseinheit zwischen linken Organisationen, ehemaligen Mitglieder derselben, „normalen“ Umweltschützern, „Gewaltlosen“ bis hin zu bürgerlich-liberalen bis reaktionären Politikern und Lokalmatadoren geführt. Die BIs, die selbst aus den unterschiedlichsten Motiven arbeiten und teilweise auch zu militanten Aktionen bereit waren, haben somit einen politischen Pol gebildet zu einer Zeit, da sich die Arbeiterbewegung erst langsam für den Kampf gegen die kapitalistische Krise vorbereitet. Die politische Heterogenität (Unterschiedlichkeit) der BIs, das Vorhandensein mehr oder minder unerschwerter politischer Differenzen wurde jedoch anlässlich der Spaltung der BIs über den Demonstrationssort am 19.2. deutlich. Diese vorübergehende organisatorische Spaltung an der Frage des Demonstrationssortes zeigt eindringlich, daß eine konsequente Auseinandersetzung über Ziele und Mittel des Kampfes bis dahin in den BIs nicht geführt worden waren!

Damit sich die Bewegung gegen AKWs in Zukunft nicht wieder an solchen, im Grunde genommen, zweitrangigen Fragen spaltet, wird es unumgänglich sein, die längst fällige Debatte und Auseinandersetzung in den BIs zu führen. Die Demonstration in Grohnde am 19.3. 77 hat in vielen Gruppen der BIs und politischen Organisationen die Einsicht gefördert, daß bundesweite Mobilisierungen kein Ersatz für eine längerfristige politische Orientierung der Bewegung gegen Atomkraftwerke sind. Von vielen ist jedoch bisher ein Problem entweder einfach übergangen, verharmlost, oder in seiner vollen Schärfe noch nicht gesehen worden: die demagogischen Versuche von SPD und Gewerkschaftsführung, die Arbeiterbewegung gegen die AKW-Gegner auszuspielen.

Angefangen hatte es mit einer Demonstration von Belegschaftsangehörigen der NWK (Kraftwerksgesellschaft, die das KKW Borkdorf baut) in Brokdorf selbst. Die nächsten Etappen waren dann eine größere Demonstration von Belegschaftsangehörigen der Kraftwerksindustrie in Mülheim (ca. 7.000) die Sammlung und Überreichung von ca. 35.000 Unterschriften aus Betrieben an Bundeskanzler Schmidt, deren Unterzeichner sich für einen weiteren Ausbau der AKWs einsetzen; die Aufnahme einer „breiten Diskussion“ in fast allen Gewerkschaftszeitungen (grundlegender Tenor: Für den Ausbau der Kernenergie, aber nicht so überhastet). Der vorläufige Höhepunkt dieser Kampagne dürfte jedoch eindeutig die angekündigte Einladung von Forschungsminister Matthöfer als Redner auf der zentralen 1. Mai-Kundgebung des DGB in Hamburg sein. Selbst von den Teilen der BIs, die durchaus schon erkannt hatten, daß die Befürwortung des Energieprogramms durch

die Gewerkschaften eine „offene Flanke“ der AKW-Gegner darstellt, kam an politischen Vorschlägen zur Überwindung dieses Dilemmas zumeist nur organisations-technische Vorstellungen zur „Verbreiterung“ der Bewegung (verstärkte Aufklärung in Betrieb, Gewerkschaft und Stadtteil über die Gefährlichkeit der AKWs, neue Aktionsformen). Zum eigentlichen Kernpunkt der Demagogie von Sozial- und Gewerkschaftsbürokraten, daß nämlich durch den Bau von AKW Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert werden würden, konnten bisher bestenfalls einige (z. T. bürgerliche) Statistiken herangezogen werden, die beweisen, daß dem nicht so ist. Eine politische Antwort, eine politische Perspektive, die den Arbeitern darüber hinaus einen Weg aufzeigen könnte, wie man dieser demagogischen Hetze entgegentritt, wie letztlich nur Arbeitsplätze gesichert werden können und wie heute der Kampf aufgenommen werden kann, ist in den BIs bisher nicht zur Sprache gekommen.

Dies wird unseres Erachtens auch nur möglich sein, wenn innerhalb der BIs sich zumindest ein Teil der AKW-Gegner mit einem klaren Programm bewaffnet, das sowohl dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis Rechnung trägt, als auch die objektiven Aufgaben und Kampfschritte formuliert, die notwendig sind, um die Verbindung von Arbeiterbewegung und AKW-Gegnern herzustellen, um zu verhindern, daß sich eines Tages die AKW-Gegner außer mit der

Polizei auch mit einem Teil der Arbeiterbewegung schlagen.

## 1. Der technische Fortschritt unter kapitalistischen Bedingungen führt nicht gradlinig und automatisch zu einer ökologischen Katastrophe!

In Teilen der BIs ist die Meinung weitverbreitet, daß der technische Fortschritt das „Übel unserer Zeit“ sei, daß Umweltzerstörung, menschenfeindliche Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der „Technik“ an sich begründet liegen. Nicht selten wird damit direkt oder indirekt die Vorstellung verbunden, man müsse wieder zu den „guten, alten Zeiten“ da es noch keine Maschinen und dergleichen gab, zurückfinden.

Diese Argumentation „vergift“, daß der „technische Fortschritt“ in der Geschichte der Menschheit immer an bestimmte gesellschaftliche Bedingungen gebunden war und ist! Im Kapitalismus, mit seinem Privateigentum an Produktionsmitteln und der Verfügungsgewalt einiger weniger hierüber und dem Zwang für die Mehrheit der Bevölkerung, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, sind der Entwicklung des „technischen Fortschrittes“ ganz bestimmte Grenzen gesetzt! „Technischer Fortschritt“ heißt im Kapitalismus immer bestmögliche Erwirtschaftung von Profit für die Unternehmer auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung!

Die kapitalistische Produktion ist dabei so organisiert, daß



A N T R A G

zur Bundeskonferenz der BI gegen Atomanlagen am 14/15.5.77 in HANNOVER.

Betr.: Tagesordnungspunkt 3 - Organisationsstrukturen  
und 4 - Verbreiterung unserer Bewegung

Für eine gute bundesweite Zusammenarbeit zwischen den BI's halte ich es für unerlässlich, daß sich die BI's untereinander besser kennenlernen. Dafür muß jeder als erstes Kenntnis von der Existenz anderer Gruppen haben. Bisher sieht es aber so aus, daß BBU oder auch die BUU einen riesigen Haufen von Adressen haben, die aber den einzelnen Gruppen gar nicht zu gute kommen. - Ein erster guter Ansatz war die Verbreitung der Anschriften vom letzten Bundeskonferenz. - In diese Richtung geht mein Antrag. -

34

- Zur besseren Orientierung auch jeder kleinen BI und zum Aufbau eines breiten Alarmsystems halte ich eine Zusammenstellung aller BI's (auch der unorganisierten) für dringend notwendig und möchte hiermit alle BI's auffordern, dieses Bemühen zu unterstützen. - 35

Als Anfang habe ich seit einigen Monaten Atomgruppen - Adressen zusammengestellt und jetzt 700 Adressen gedruckt und nach Postleitzahlen geordnet. Die Sammlung ist noch völlig unvollständig (bes. in Bezug auf die neuen BI's der letzten Monate) und soll deshalb im September 77 neu und vollständiger erscheinen.

Ich möchte vorschlagen, dieses Adreßbuch dann als Sonderausgabe der neuen bundesweiten Atomzeitung zu veröffentlichen.

Dieter Schaarschmidt - Collegium Humanum - 4973 Vlotho / Weser

P.s. zum Wochenende bringe ich einige Adreßbücher mit.



BI Dörverden

(35)

Als Alternative zu den Anträgen 2, 10, 19 treten wir ein für die Trennung von Zentraler Infostelle und bundesweiter Zeitung. Wir schlagen vor, die Redaktion von Standort wechseln zu lassen. Der Bundeskongreß legt hierzu einen Zeitplan fest, der vorsieht, wann welche BI für die Redaktion verantwortlich ist. 3d

Begründung durch einen Delegierten auf dem Bundeskonferenz.

Vorschlag zur Ergänzung zu Antrag 3

(36)

Der Bundeskongreß möge beschliessen, Herrn Wüstenhagen das Recht abzusprechen, im Namen aller BI's aufzutreten. 2

BI gegen Atomenergie Lüneburg  
c/o Volkmar Grund  
Heinser Weg 1  
3141 Melbeck, 11.5.77

Antrag zu: Bürgerinitiativen und Gewerkschaften  
h

36

57

Um im Kampf gegen das Atomprogramm unseren Protest auszuweiten, fordern wir alle gewerkschaftlich organisierten AKW-Gegner auf, die Diskussion über das Thema Atomenergie auf allen betrieblichen und gewerkschaftlichen Ebenen verstärkt zu führen, um eindeutige Stellungnahmen gegen AKW's zu bewirken. (Wie dies z.B. im Antrag zum Bundesjugendkongreß der IG Metall zum Ausdruck kommt.) Es gilt vor allen Dingen der vordergründigen Parole der AKW-Betreiber und -Befürworter: "Atomenergie schafft bzw. sichert Arbeitsplätze", entgegenzuwirken. Demgegenüber ist unsere begründete Argumentation, daß Atomenergie Arbeitsplätze wegrationalisiert, stärker ins Bewußtsein der abhängig Arbeitenden zu bringen. Weiter gilt es zu verdeutlichen, daß wir Arbeitsplätze "um jeden Preis" (hier in den Todesproduktionen AKW's) abzulehnen. Hierzu ist es erforderlich, daß von den BI's intensiver als bisher, zu diesem Themenkomplex Ausarbeitungen vorgenommen werden, um unsere Position zu untermauern. Weiter protestieren wir gegen den Versuch des DGB-Vorstandes, mit voreiligen Vorstandsbeschlüssen eine breite Auseinandersetzung über das Atomprogramm unter den Gewerkschaftsmitgliedern zu verhindern. Besonders scharf verurteilen wir alle Versuche, AKW-Gegner in den Gewerkschaften durch Ausschlussverfahren mundtot zu machen, wie dies besonders im Fall von Heinz Brandt bekanntgeworden ist.



38

## Vorschlag der M I G A (Münchner Initiative gegen Atomkraftwerke)

### Zur Verbreiterung der Anti-AKW-Bewegung

Aktionen, um die Herausgabe der Katastrophenschutzpläne  
35 zu erzwingen.

Zielsetzung: Aktionen, um die Herausgabe/Veröffentlichung der Katastrophenschutzpläne zu erzwingen, sollen ein Ansatzpunkt sein, um weiteste Bevölkerungskreise über die wahren Absichten des Atomenergieprogramms der Bundesregierung aufzuklären und die unmittelbare Gefährdung unserer Lebensgrundlagen sichtbar zu machen.

Begründung: Eine Hauptaufgabe unseres Kampfes gegen AKWs muß es sein, die Bewegung zu verbreitern, Für den erfolgreichen Kampf wird es entscheidend sein, daß wir in allernächster Zeit bei weitesten Bevölkerungskreisen Verständnis, Sympathie und neue Mitstreiter gewinnen. Das Thema AKWs kann sehr schnell in der öffentlichen Meinung an Aktualität verlieren - das einmal so brandaktuelle Thema Bildungsreform ist ein warnendes Beispiel - , es kommt darauf an, solange das Thema AKWs in der öffentlichen Meinung aktuell ist, neue Argumente, neue Fronten der Auseinandersetzung zu schaffen.

Es gibt drei Schwachstellen:

- 0 Die bereits in Betrieb befindlichen AKWs werden bereits als unvermeidbar hingenommen (erste Bresche, die Bevölkerung zu einer Risikobereitschaft zu überreden).
- 0 Die Bevölkerung in unmittelbarer Umgebung von AKWs ist oft (bayerische Erfahrungen: Ohu, Gundremmingen, Grafenrheinfeld) noch nicht ausreichend in den Kampf gegen AKWs einbezogen bzw. muß erst aktiviert werden.
- 0 Die Bevölkerung in den Städten (ohne AKWs vor den Toren) muß erst für den Kampf gegen AKWs und das Atomenergieprogramm der Bundesregierung gewonnen werden.

Die Aktionen setzen bei der skandalösen Tatsache an, daß die Regierenden, Politiker, Atomlobby, die die Sicherheit der Bürger als oberstes Gebot ausgeben, die Katastrophenschutzpläne vor den Betroffenen als geheime Verschlusssache verbergen. Dieser Umstand bietet die Ansprachemöglichkeit! Hier ist jedermann klar zu machen, welche Ungeheuerlichkeiten man der Bevölkerung zumutet.

Vorgehensweise: Die Aktionen sollten von besorgten Bürgern ausgehen!

Forderungen 0 Herausgabe/Veröffentlichung der Katastrophenschutzpläne  
0 Einübung des Katastrophenfalles entsprechend der vorbereiteten Pläne mit der betroffenen Bevölkerung.

Die Anti-AKW-Bewegung wird diese Forderungen unterstützen und selbst Aktionen durchführen, um aufzuzeigen, daß die Katastrophenschutzpläne geheim gehalten werden, weil sie der Bevölkerung Unzumutbares zumuten.



Wir wissen:

2

1. Trotz Verschleierung der Wahrheit von Staat und Kernindustrie sind die heutigen Kernkraftwerke unsicher, besonders das Problem der Wiederaufarbeitung und der Endlagerung radioaktiven Mülls ist ungeklärt.
2. Mensch und Natur werden zugrunde gerichtet
  - den Bauern wird durch radioaktive Verseuchung des Landes und damit der Tiere und landwirtschaftlichen Produkte die Existenzgrundlage entzogen.
  - die gesamte Bevölkerung ist durch Krebs und Schaden am Erbgut in höchstem Maße gefährdet.
3. Der Bau von Kernkraftwerken nützt bloß mächtigen Industriekonzernen und den Banken. Sie erhalten niedrige Stromtarife bzw. hohe Zinsen. Bezahlen soll es die Bevölkerung durch Erhöhung der Strompreise bzw. der Stromgebühren sowie der Steuern.
4. Der billige Strom wird zur Rationalisierung genutzt, Arbeiter und Angestellte werden auf die Straße gesetzt, um aus noch weniger Arbeitern noch mehr Gewinn herauszuholen. Atomenergieprogramm dient nicht der Stromversorgung der Bevölkerung, sondern hat den Zweck, den Bau-, Stahl-, Chemie- und Atomindustriekonzernen höhere Gewinne und bessere Exportchancen zu bringen, um damit andere Konkurrenten auf dem Weltmarkt ausschalten zu können.
5. Das Atomenergieprogramm kann zum Bau von Atombomben genutzt werden und der Kriegsvorbereitung dienen.
6. Unerträglich sind die Auswirkungen des Atomenergieprogramms für die Bevölkerung und die nachfolgenden Generationen. Wir halten das Atomprogramm für ein Verbrechen.
7. Aus den Punkten 1 bis 6 wird klar, daß folgende Forderungen die Grundlage unserer Tätigkeit bilden müssen:
  - Keine Atomkraftwerke
  - Keine Wiederaufbereitungsanlagen und Atommülldeponien
  - Weg mit dem Atomenergieprogramm
  - Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen
  - Einstellung aller Ermittlungsverfahren und Strafverfolgungen gegen AKW-Gegner
8. Mit Gewalt wollen und müssen die Konzerne und Banken mit dem Staat ihr Programm gegen die Bevölkerung durchsetzen. Jedoch nicht Gerichte, Polizei, Bundesgrenzschutz, nicht Stacheldraht entscheidet, ob das Kernprogramm zu Fall gebracht wird oder nicht. Dies vermag nur die Kraft der politischen Einheit von tausenden von Menschen, die das Ziel haben, den Bau von AKWs und Wiederaufbereitungsanlagen, ihre Inbetriebnahme und Weiterführung zu verhindern. Dieser Widerstand, der sich der Staatsgewalt entgegenstellt, ist gerecht, genießt deshalb große Unterstützung und wird das Kernenergieprogramm zu Fall bringen. Besetzungen halten wir weiterhin für ein legitimes Mittel. Durch Abendteuerertum aber holt man sich bloß blutige Köpfe.
9. Wir sind dafür, daß der politische Zusammenschluß auf Grundlage der o. g. Forderungen betrieben wird. Zahlreiche KKWs sollen gebaut werden. Notwendig ist es, den politischen Zusammenschluß in den entsprechenden Orten bzw. Regionen herzustellen. Von daher sind wir zur Zeit gegen "zentrale Aktionen" und gegen eine "bundesweite Zeitung". Über "zentrale Aktionen" muß von Fall zu Fall von den BI's entschieden werden. Wir arbeiten daraufhin, in Betrieben, unter der Bevölkerung, in den Gewerkschaften, Schulen, Hochschulen, Kasernen, Polizei Beschlüsse zu fassen und so die feste Einheit der Gegner des Energieprogramms herzustellen.



Bürgerinitiative Hameln - Basberg

2

Antrag über die Grundlagen der BI-Arbeit:

1. Die Anti-AKW-Bewegung umfasst alle Schichten der Bevölkerung in der BRD und anderswo. Daher ist uns klar, daß es auch die unterschiedlichsten Vorstellungen darüber gibt, wie der Kampf gegen das Atomprogramm zu führen ist.
2. Die Stärke und der Erfolg der Bewegung gegen die Atomanlagen ist nur dadurch möglich, daß trotz der unterschiedlichen Formen des Kampfes die Einheit in den wichtigsten Fragen besteht,.
- 2.1. Die Forderungen, die bisher die allgemeine Grundlage der Bewegung sind:

- Weg mit dem Atomprogramm
- Keine AKW's, WAA's und Atommülldeponien

Begründung: Wenn die Bewegung noch mehr an Stärke gewinnt und das Atomprogramm nicht mehr durchzuführen ist, wird uns die Bundesregierung ein eingeschränktes und oder vorläufig gestopptes Atomprogramm als "Kompromiß" anbieten und versuchen, dadurch die Bewegung zu spalten.

- Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner
- Schluss mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei

Begründung: Die Strafverfolgungen sind Teil des Versuchs, AKW-Gegner einzuschüchtern und die Spaltung der Bewegung in "Friedliche" und "Kriminelle" praktisch und propagandistisch zu betreiben. Das Gleiche gilt auch für die Bespitzelungs- und Abhörpraktiken etc. Der Abbau von Rechten wie dem Demonstationsrecht soll und die Grundlage für den praktischen Widerstand nehmen. DER KAMPF UM DIESE RECHTE WIRD ZU EINER DER EXISTENZFRAGEN DER BEWEGUNG WERDEN!

2.2. DAS praktische Eintreten für die Einheit:

Jeder Versuch, die Bewegung auf bestimmte Formen des Widerstandes festzulegen und andere Formen auszuschließen, unterstützt die Versuche der Regierungen, die Bewegung genau an dieser Frage zu spalten.

Die praktische und öffentliche Solidarität mit allen AKW-Gegnern, die kriminalisiert werden sollen, ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Bewegung.

3. Die Erfahrung hat gezeigt, daß selbsternannte Repräsentanten der Bewegung sich zum Instrument von AKW-Betreibern machen lassen, so geschehen in Wyhl, Itzehoe und Grohnde.
4. Die Auseinandersetzung über unser Vorgehen und über die unterschiedlichen Vorstellungen muß innerhalb der Bewegung geführt werden.

Wer sich der Unterstützung von Regierung und Medien bedient, um Teile der Bewegung zu diffamieren und sich abzugrenzen, wer ~~sich~~ in Verhandlungen mit AKW-Betreibern "Kompromisse" aushandelt, die unseren Grundlagen widersprechen, kann nicht Teil der Bewegung sein.

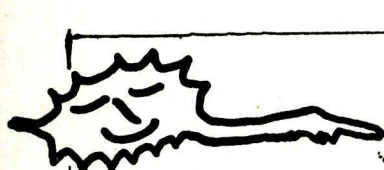
Die Diskussion setzen wir fort mit der Frage, wie wir auf dieser Grundlage den Widerstand im Weserbergland und anderswo praktisch entwickeln können.

- NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK!!! -

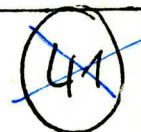


- ➔ Änderung der Strafbestimmungen über "kriminelle Vereinigungen".  
Nach Vorstellungen der CDU sollen auch Bürgerinitiativen zu "kriminellen Vereinigungen" gemacht werden können, wenn sie z.B. darüber diskutieren, ob Gewalt vertretbar sein könnte.

Insgesamt ergibt sich daraus, daß die Bundesrepublik Deutschland sich auf den Weg zu einem unheilvollen "Atomstaat" macht.



# Aufruf!



Die BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ WUNSTORF ruft  
alle Demokraten - ob AKW-Gegner oder nicht - auf,  
sich aktiv gegen die autoritären und freiheitsfeindlichen Tendenzen  
zu wehren.

— Inhaltliche Unterschiede in Fragen der Energiedeckung,  
— Gewinninteresse einzelner Industriekonzerne,  
— Profilierungsinteressen einzelner Politiker  
dürfen nicht dazu führen, die Ausübung demokratischer Grundrechte  
zu kriminalisieren und so die Grundlagen unserer demokratisch  
verfaßten Gesellschaft zu zerstören.

W E H R E T    D E N    A N F Ä N G E N !

W O   R E C H T    Z U   U N R E C H T    W I R D ,  
W I R D   W I D E R S T A N D    Z U R   P F L I C H T !

S E I D   S A N D ,   N I C H T   D A S   Ö L   I M  
G E T R I E B E   D E R   W E L T !

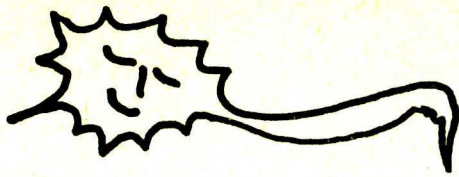
3050 Wunstorf, den 28. April 1977

BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ  
W u n s t o r f

V.i.S.d.P.: Claudia Kempf, Insel Sonneck 6, 3050 Wunstorf 2

Dieser Text wurde auf der Koordinierungskonferenz Lichtenhorst (KKL) als gemeinsamer Text aller in ihr zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen beschlossen. Er wird als Antrag zur Beschlußfassung auf der Bundeskonferenz vorgelegt.





# ERKLÄRUNG

zur Abwehr der politischen Versuche  
zur Einschränkung / Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Wunstorf steht aktiv in der Bewegung gegen die Durchführung der kernenergiepolitischen Vorstellungen der herrschenden politischen Kräfte und der Energieindustrie. Sie betont, daß sie dabei von ihrem demokratischen Recht, von den Grundrechten, Gebrauch macht.

Mit Sorge und Empörung nimmt die Bürgerinitiative Umweltschutz Wunstorf zur Kenntnis, daß die Wahrnehmung von Bürgerrechten - und damit unsere eigenen Rechte - von den Regierenden immer weiter eingeschränkt werden / werden sollen. Das Ziel ist durchsichtig: kritische, mündige Bürger sollen eingeschüchtert, zur Resignation getrieben oder gar kriminalisiert werden. Schwankende sollen von aktiven Handlungen abgehalten werden, bisher Nichtinformierte von der inhaltlichen Auseinandersetzung.

Als Beispiele für diese demokratiefeindliche Tendenz nennen wir im Einzelnen:

- ➔ Einführung des §88a in das StGB, wodurch u.a. der Aufruf zu Widerstandsaktionen, wie z.B. der Bahngleisbesetzung am 19.3.77 in Kirchhohnsen kriminalisiert ist.
- ➔ Öffentliches Nachdenken führender CDU-Politiker über ein Verbot kommunistischer Gruppen auf Grund ihrer Teilnahme an den Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde. Damit soll die Anti-AKW-Bewegung gespalten, diszipliniert und zur Untätigkeit verdammt werden. Was heute einen trifft - trifft morgen alle!
- ➔ Der Ausschlußantrag der IG-Metall gegen den Gewerkschafter Heinz Brandt wegen seiner Aussagen auf der Demonstration in Itzehoe. Hierdurch soll von der wachsenden Anti-AKW-Bewegung der größte Teil der Bevölkerung (die Arbeitnehmer) abgespalten werden.
- ➔ Der Versuch der CDU in Norddeutschland, den Journalisten des NDR einen Maulkorb umzulegen. Damit wird der Versuch gemacht, eine öffentliche Darstellung der Argumente und Aktionen der AKW-Gegner zu unterbinden. Die Medien sollen gleichgeschaltet werden. Nicht gewünschte Informationen sollen unterdrückt werden.
- ➔ Änderung des Demonstrationsrechtes. Nach Vorstellung der CDU soll die zuschauende Teilnahme an einer "gewalttätigen" Demonstration unter Strafe gestellt werden.
- ➔ Wiederholte Erhöhung des diesjährigen Polizeihaushaltes in Niedersachsen zur weiteren Aufrüstung der Polizei, u.a. zur Durchsetzung des Baues der Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen. "Wenn die Wiederaufbereitungsanlage und das Entsorgungszentrum nach Gorleben kommen, müssen wir dafür gerüstet sein" (Innenminister Gross, zitiert nach FRANKFURTER RUNDSCHAU v.6.5.77, Nr.105, S.5) Hierdurch wird die Absicht der Regierung, das Atomenergieprogramm gegen den erklärten Willen großer Teile der Bevölkerung mit Gewalt durchsetzen zu wollen, sichtbar.



**ANTRAG BÜRGERINITIATIVE "Kein KKW an der Eckernförder Bucht und anderswo" / Kiel**

**ERKLÄRUNG DER BUNDESKONFERENZ:**

Weil wir wissen,

- daß der Bau von KKW nur der Industrie nützt, indem die Industrie billigeren Strom erhält, die Haushalte aber über die Erhöhung des Strompreises, über Tarife und Steuern die hohen Investitionen für Forschung und Entsorgung bezahlen;
- daß die Kernkraftwerksindustrie riesige Profite durch den Bau und Export der KKW macht, für deren Entwicklung die Bevölkerung über 15 Milliarden DM Steuergelder aufbringen mußte;
- daß das Kernenergieprogramm nicht der Sicherung der Stromversorgung der Bevölkerung dient, sondern den Zweck hat, der Industrie höhere Gewinne und bessere Exportchancen zu bringen, um damit Konkurrenten auf dem Weltmarkt ausstechen zu können;
- daß das Kernenergieprogramm nur der Unabhängigkeit der BRD in der Energieversorgung dient und das anfallende Plutonium für Atombomben verwandt werden kann, und damit das ganze Programm der Kriegsvorbereitung dient.

Weil wir wissen,

- daß durch den Einsatz von Kernenergie in den Betrieben Arbeiter und Angestellte durch den Einsatz von mehr Maschinen, d.h. größeren Stromeinsatz auf die Straße gesetzt werden;
- daß trotz der Beteuerungen der Kernindustrie die heutigen KKW unsicher sind, speziell das Problem der Wiederaufbereitung und Endlagerung radioaktiven Mülls ungelöst ist;
- daß schon im Normalbetrieb radioaktive Substanzen freigesetzt werden und durch die radioaktive Verseuchung des Bodens und der Produkte die Ruinierung der Bauern beschleunigt wird;
- daß die gesamte Bevölkerung durch Krebs und Schäden im Erbgut im höchsten Maße gefährdet ist;

weil also der Bau von KKW sich gegen die Bevölkerung richtet, deshalb sind wir gegen Errichtung von Kernkraftwerken, Mülldeponien und Wiederaufbereitungsanlagen!

Wir stellen fest:

Die Industrie, die Banken, der Staat stehen auf der einen Seite - die Arbeiter, Bauern und Volksmassen auf der anderen!  
Den Kapitalisten bleibt nur die Gewalt, um ihr Programm durchzusetzen. Dem Volk bleibt auch nur die Gewalt, um dieses Programm zu verhindern. Diese Gewalt ist die Kraft der politischen Einheit der Tausenden von Menschen, die das Ziel haben, das Energieprogramm zu beseitigen und es tun werden.

**KEIN KERNKRAFTWERK IN BROADORF UND ANDERSWO !**

**SOFORTIGE RÄUMUNG DER BAUSTELLE !**

**KEINE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGEN UND ATOMMÜLLDEPONIE !**

**WEG MIT DEM ENERGIEPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG !**

**SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN !**



ARBEITSGEMEINSCHAFT  
UMWELTSCHUTZ NORDENHAM  
Mitglied der Bürgeraktion küste

2890 Nordenham, den 13.5.77  
Sandinger Weg 39  
Tel. 04731 - 3108

An das  
Atom- Info - Zentrum  
Kornstraße 28 - 30  
3000 Hannover

A N T R A G

Wir erwarten von einer EntschlieÙung zur Grundlage unserer Arbeit, daß sie der Verbreiterung unserer Bewegung nicht im Wege steht. Sie sollte auf Wortradikalität verzichten und stattdessen klare Forderungen formulieren, die auch verstanden und mitgetragen werden von Mitbürgern, die uns bisher noch skeptisch gegenüberstehen.

<sup>I</sup>nsbesondere sollte eine solche EntschlieÙung den Charakter unserer Bewegung als <sup>die</sup> einer demokratischen Bürgerrechtsbewegung deutlich machen, die Grundlagen unsrerer Gesellschaft schützt -- auch und gerade gegen solche Kräfte, die unter Verletzung ihres Amtseides die Interessen unseres Volkes zurückstellen hinter partikulare Profitinteressen.

...

42

Die Beschlüsse der Bundeskonferenz sind Empfehlungen. Sie müssen öffentlich bekannt gemacht werden. Es soll darauf geachtet werden, Beschlüsse mit einer möglichst breiten Mehrheit zu fassen. Veröffentlichungen im Namen der Bundeskonferenz sind nur auf der Grundlage von Mehrheitsbeschlüssen der BK möglich.

verabschiedet auf  
a.o. BIGAL Sitzung  
vom 10.5.1977

16:00:7

Bürgerinitiative gegen  
Atomkraftwerke  
Lübeck

Bürgerinitiative Umweltschutz an der Unterweser e.V.

An das  
Atom-Info-Zentrum  
Kornstr. 28 - 30

3 Hannover 1

Nordenham, den 13.5.77

Antrag: Die Bundeskonferenz möge beschließen:

Wir halten die Stellungnahme des DGB zur Frage des Atomprogramm s der Bundesregierung für falsch und verhängnisvoll. Insbesondere die Forderung nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der bereits im Bau befindlichen AKW wird vonu ns als kurzsichtig und verantwortungslos abgelehnt.

Wir wissen, daß diese Fehlentscheidung unter dem Druck langanhaltender Massenarbeitslosigkeit sowie gezielt einseitiger Beeinflussung durch die Atomlobby zustande gekommen ist.

Wir halten Fehlentscheidungen aber für korrigierbar und suchen das Gespräch mit dem DGB auf allen Ebenen. Wir begrüßen den begonnenen Austausch von Argumenten und wünschen, diesen Diskussionsprozeß verstärkt fortzusetzen.

Gleichzeitig weisen wir alle Formen pauschaler und persönlich herabsetzender Anwürfe - auch aus den eigenen Reihen - zurück..

Jolf Bielefeld  
Oldenburger Str. 34  
289 Nordenham



Grohnde, 8.5.77

Kein AKW in Grohnde und über der Erde anderswo; und nun wohin damit??

Natürlich in die Tiefe des Salzbergwerkes Asse II als AKW<sup>s</sup> -Minis, aber mehr als 3 Minis sind schon zuviel. Eine echte Forschungsaufgabe. BAUSTOP! BAUSTOP!

Baustop für das Kernkraftwerk in Grohnde und für alle anderen Atomkraftwerke. Umbau derselben.

-----  
Baustop für das Reaktorgebäude für alle Zeiten, für immer.

Gute Gegenvorschläge: Kombinierte Kraftwerke, aber keine AKWs über der Erde. Angewandte Verstromung von Wind-, Sonnen-, Gezeiten-, Abdampf-Energie, Oberweserkanalisierung, Staustufenkraftwerke, Verbrennungs-Heißluft aus Müllverbrennung.

Hochwertiger Verbrauchsstrom, zuverlässige und besonders preiswerte Gestellung des Stroms nur durch Rückkehr zur Heißdampfhochdruckturbine. Ein Mittel dazu ist die Erzeugung von preiswerter Elektro-Heißluft und deren Anwendung. Elektro-Heißluft braucht nur sehr bedingt einen Kamin. Nutzung des Arbeits~~xxxx~~dampfes 2-3 mal.

Das Dampferzeugersystem des Kombi-Kraftwerkes und viele andere beheizen mit Abdampf aus einer Maschine, z.B. mit Kondensator-Heißluft, beheiz. mit Elektro-Heißluft und nun verdichten, komprimieren im Sattdampfereich. Arbeitsdampf-Vornutzung. Schlußaufheizung mit Elektro-Hochtemperatur-Heißluft.

Hauptnutzung des Dampfes durch 2 oder 4 schnelllaufende Heißdampf-hochdruckturbinen, Teilkondensierung der Heißluftkondensatoren, dadurch preiswerte Heißluft für Fernwärme, Rückkehr des Kühlwassers. Zweite Nutzung durch eine Sattdampfturbine

bitte Ergänzungsvorschläge von allen Bi's

U. Lause, Grohnde

Skizze auf der Rückseite beachten!!



1.1. elektrisch erzeugte Heißluft

Heißdampf

elektrisch erzeugte Heißluft

Heißdampf

Dampf

E.-Heißluft

Hauptverdichter

E.-Heißluft

Verdichter

Heißluft

elektrisch erzeugte Heißluft

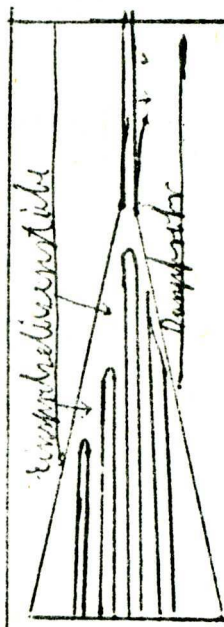
K Heißluft

Verdichter Heißluft

Dampfdruck

Verdichtungsarbeit Heißluft

Kondensationspumpe



Verdichtungsarbeit Heißluft

Verdichtungsarbeit Heißluft

Verdichtungsarbeit Heißluft

Verdichtungsarbeit Heißluft

Kondensat zur verbleibenden Satteldampfdruckstufe  
mit Hoch- Mittel- u. Niederdruckteil



Stellungnahme der "BI gegen Atomkraftwerke Kassel" zur EntschlieÙung der Landeskonferenz der BUU vom 16.4.1977.

---

Wir halten den Vorschlag in der "EntschlieÙung.." "noch in diesem Sommer eine bundesweite Aktion aller AKW-Gegner durchzuföhren" für nicht richtig. Wir sind nicht grundsätzlich gegen bundesweite Aktionen und zentrale Großkundgebungen, Aktionen oder Demonstrationen. Wir meinen, daß Brokdorf und Grohnde gezeigt haben, daß erst einmal die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, nämlich die Herstellung der politischen Einheit, um bundesweite und zentrale Aktionen erfolgreich durchzuföhren. Durch eine zentrale Aktion ist das gegenwärtig nicht zu leisten, sondern dort wo das Energieprogramm durch den Bau von Kernkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und Strompreiserhöhungen durchgesetzt werden soll, wogegen sich der Widerstand regt.



Vorschlag der "Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Kassel" zur Grundlage unseres Widerstandes gegen das Energieprogramm der Konzerne und der Bundesregierung.

Zu behandeln unter Tagesordnungspunkt 3

2

43a

An die "Bundeskonzferenz" der BI's in Hannover am 14.-und 15.5 :

Die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Kassel hatte einen Beschluß gefaßt, sich insbesondere unter der Forderungen "Kein Kernkraftwerk Borken, Brokdorf, Grohnde und anderswo" und "Das Energieprogramm der Konzerne und der Bundesregierung muß fallen" an der ;.Mai-Demonstration des DGB in Kassel zu beteiligen. Unseres Erachtens ist nur auf dieser Grundlage die politische Einheit von Tausenden von Menschen herzustellen, die das Ziel haben, den Bau einzelner KKW's zu verhindern und das Energieprogramm der Konzerne und ihrer Regierung zu Fall zu bringen. Darum machen wir folgenden Vorschlag zur Grundlage des Widerstandes :

"Weil wir wissen,

- daß durch das Energieprogramm keine Arbeitsplätze gesichert werden. Im Gegenteil, den billigen Strom nutzen die Konzerne zur besseren Rationalisierung in den Betrieben. Der größere Stromverbrauch wird hervorgerufen durch den Ersatz von Menschen durch Maschinen, wodurch Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt werden, und die Konzerne größere Gewinne machen ;
- daß trotz der Beteuerung der Kernindustrie die heutigen KKW's unsicher sind, speziell das Problem der Wiederaufbereitung und Entlagerung radioaktiven Mülls ungelöst ist ;
- daß den Bauern durch radioaktive Verseuchung des Landes und damit der Tiere und der Milch, Wein, Zuckerrüben usw., die Existenzgrundlage entzogen wird ;
- daß die Arbeiter, Bauern und die übrige Bevölkerung durch Krebs und Schäden am Erbgut im höchsten Maße gefährdet sind ;
- weil also der Bau von KKW's sich gegen die Bevölkerung richtet, deshalb sind wir gegen die Errichtung von KKW's, ihr Bau muß verhindert werden.

Weil wir wissen,

- daß die Grundlage für die Energieversorgung auch 1985 vorhanden ist und auch danach nicht die Lichter ausgehen werden ;
- der Bau von KKW's nur der Industrie nutzt, indem die Industrie billigen Strom erhält, die Haushalte aber über die Erhöhung des Strompreises die gewaltigen Investitionen zahlen ;
- daß die Industrie, die billigen Strom bezieht, ihre KKW's aus Steuergeldern finanziert bekommt ;
- daß das Energieprogramm nicht der Sicherung der Stromversorgung der Bevölkerung dient, sondern den Zweck hat, der Industrie höhere Profite und bessere Exportchancen zu bringen, um damit andere Konkurrenten ausstechen zu können ;
- daß das Plutonium, das in KKW's erzeugt wird, zum Bau von Atombomben und damit der Kriegsvorbereitung dienen kann, deshalb sind wir dafür, daß das Energieprogramm fallen muß.

Wir stellen fest:

Die Industrie, die Banken, der Staat stehen auf der einen Seite, die Arbeiter, Bauern und die übrige Bevölkerung auf der anderen. Die Konzerne und ihre Regierung wollen ihr Energieprogramm durchsetzen. Die Arbeiter, Bauern und die übrige Bevölkerung müssen von ihren eigenen Interessen ausgehen.

Wir unterstützen vollständig das Prinzip, daß die Frage der Kampfformen und der Gewalt nicht zur Trennungslinie innerhalb der Anti-KKW-Bewegung gemacht werden darf. Die Trennungslinie muß gezogen werden zwischen ehrlichen KKW-Gegnern einerseits, KKW-Befürwortern, egal in welchem Gewande auch immer sie auftreten, andererseits.

Kein KKW in Borken, Brokdorf, Grohnde oder anderswo!

Das Energieprogramm der Konzerne und der Bundesregierung muß fallen!

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht !



1. Positionspapier

2

45

Die Bürgerinitiative „Rund ums Lichtenmoor“ hat sich zum Ziel gesetzt, eine Volksvernichtung durch Atomenergie zu verhindern.  
Wir wollen alle leben, aber auch ein Leben in der Zukunft gewährleisten.  
Wir sind der Meinung, daß jede Bürgerinitiative an ihrem Standort eine gewisse Führungsposition in Anspruch nehmen sollte, da der Widerstand von der unmittelbar betroffene Bevölkerung werden muß.  
Wir halten es auch weiterhin erforderlich, daß alle BIS zusammen arbeiten und Ihre Aktionen gemeinsam absprechen. Bei Auseinandersetzungen sind alle Beteiligten für ihr Tun allein verantwortlich.  
Gewalt gegen Personen lehnen wir grundsätzlich ab.

2. Einschätzung der Lage.

Nach anfänglichen Erfolgen der Bürgerinitiativen ist es den Politikern und der Atomwirtschaft gelungen, einen Teil der Bevölkerung zu verunsichern. Das Schreckgespenst der Energielücke und der Arbeitslosigkeit wird von den abhängigen Befürwortern als Druckmittel benutzt.  
Wir meinen, daß alle Bürgerinitiativen sich zur Aufgabe machen sollten mehr an der Basis zu arbeiten, da Rundfunk und Presse schon einen Maulkorb bekommen haben.

3. Brockdorfberichterstattung.

Die BI wendet sich entschieden gegen den Versuch der Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten, eine Nachzensur ausgestrahlter Beiträge vorzunehmen. Es handelt sich hierbei eindeutig um einen Eingriff in die allgemeine Informationspflicht der Rundfunkanstalten.

Dieser Versuch einer Gängelung wird besonders deutlich am Beschluß des Verwaltungsrates des NDR von Ende April 77., indem unter anderem die Brockdorf-Berichterstattung des NDR scharf kritisiert wurde vom Nov. 76- und der Intendant des NDR aufgefordert wird, eine derartige Wiederholung zu verhindern. Dies ist der Versuch bestimmter politischer Kreise, ihre Interessen als „allgemeingültig“ durchzusetzen und eine entsprechende Berücksichtigung gegensätzlicher Meinungen zu verhindern.

Ausdrücklich begrüßen wir die Haltung des Intendanten des NDR Neufer, der sich dieser Anordnung nicht beugte und entsprechende juristische Schritte einleitete.



ANTRAG FÜR EIN ANTIATOMARES PFINGSTLAGER:

46

3c

Seit dem 19.3. in Grolshde wissen wir, daß eine immer größer werdende Zahl von AKW-Gegnern bereit ist, Bauplatzbestzungen auch unter schwierigsten Bedingungen, zu unterstützen.

Wir haben sogar erlebt, daß Teile der örtlichen Bevölkerung sich an militanten Aktionen beteiligten und den Verletzten ohne Diskuscion Hilfe leisteten.

Wir wollen aber weiter an dem wesentlichen Grundsatz unserer <sup>bisherigen</sup> Erfolge festhalten, nämlich an der Freiheit für alle Formen des Protestes, um hier neue Möglichkeiten zu gewinnen, die alle AKW-Gegner einbeziehen, haben wir die Idee eines Pfingstlagers entwickelt.

Hierbei besteht nicht nur die Möglichkeit, allen bisherigen AKW-Gegnern breiten Raum zu Aktionen und neuen Ideen zu geben, sondern gezielt, gerade im Jugendbereich neue Freunde zu gewinnen.

Wir stellen uns vor, gerade im Jugendbereich, in Schulen, JZs der Umgebung, unter der "Dorfjugend", usw. hierfür Interesse zu erhalten.

Das Programm sollte demnach auch sehr vielfältig sein:

Schwerpunkte sollten sein: Kultur, hier sollte ~~XXXXXXXXXXXX~~ von Rockgruppen über Sänger und Theatergruppen alles vertreten sein. Denn so ernst der Kampf gegen AKWs auch ist, wir wollen auch gemeinsam feiern können. Wir stellen uns vor, daß wir neben bekannten "Größen" auch versuchen, alle Gruppen, die im Umkreis aktiv geworden sind, auch etwas zum Pfingstlager beitragen zu lassen.

Sport, Spiel, evtl. auch Spannung, vom Fußball bis zum Frühport ums AKW-Gelände und evtl. Tauziehen (am Zaun) alles möglich. Und Agitation im Lager, in der Bevölkerung (in Kirchhohnsen ist gerade Pfingsten Schützenfest) und evtl. auch eine Abschlußkundgebung am Bauplatz..

Dafür muß noch viel getan werden! Wir sollten auf dieser Konferenz einen Ausschuß bilden, der für die Organisation verantwortlich ist. Es müßte gleich nach der Konferenz ein Aufruf veröffentlicht werden, der in alle BIs und an alle Interessierten Menschen herangetragen wird.

Initiative gegen AKWs Bad Pyrmont

verabschiedet auf der Landeskonzferenz am 23./24, April '77 in Göttingen



# GRUNDSATZPAPIER

der

Anti Atomenergiegruppe am Oberstufenkolleg  
Bielefeld AAG-OS

AAG-OS entstand aus einem freien Zusammenschluß von Mitgliedern des Oberstufenkollegs, die gegen jegliche Nutzung von Atomenergie in der ganzen Welt angehen.

Wir lehnen die Nutzung der friedlichen Atomenergie aus folgenden Gründen ab:

- Atomanlagen gefährden unsere Umwelt bei Normalbetrieb und durch das unlösbare Problem der technischen Sicherung vor Unfällen.
- Atomanlagen werden von ihren Eigentümern benutzt um ohne auf die Sicherheit der Menschen in der ganzen Welt zu achten rein materiellen Gewinn zu erzielen.
- Atomanlagen geben unter anderen auch der BRD über kurz oder lang die Berechtigung jeden Bundesbürger zu überwachen. Gesetze, die eine Überwachung legalisieren würden, vereinfachen den herrschenden Schichten den Weg zu einer Diktatur.

Wir lehnen die Kernwaffen grundsätzlich ab:

- weil sie gegen jedes Leben und somit gegen uns gerichtet sind.

Wir fordern somit den Abbau aller Kernwaffen und Atomanlagen.

Wir fordern die Einstellung der Verfolgung und Repressionen an allen AKW- Gegnern und ihre Kriminalisierung.

3c

48

- 0 BI s vor Ort von AKWs in Betrieb bzw. unmittelbar vor Inbetriebnahme fordern in einem ersten Schritt durch Anschreiben der zuständigen Stellen (Regierungspräsidenten, Landesinnenminister,...) die Veröffentlichung der Katastrophenschutzpläne.

Versuch die ganzen Vorgänge in die Presse, Medien zu bringen.

- 0 Weitere Schritte, da mit einer zufriedenstellenden Antwort nicht zu rechnen ist, zur Erzwingung der Herausgabe.

Sitzstreik im Regierungspräsidium

Mahnwachen vor Regierungspräsidium, Innenministerium

Hungerstreik

Sitzstreik auf Dorf- und Marktplätzen

jeweils Verbunden mit Aufklärung der Bevölkerung

Unterschriftensammlung für die Forderungen

- 0 Die Anti-AKW-Bewegung sollte eine bundesweite Anstrengung machen, um solche Aktionen durchzuziehen.

Vorbereitung und Organisation eines solchen Vorgehens sollten umgehend in Angriff genommen werden.

Konstituierung einer Arbeitsgruppe, um eine bundesweite Aktion durchführen zu können.



Betr.: "Bundesweite Aktion aller AKW-Gegner"

30

Die Landeskonzferenz der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU), vom 3.4.77 in Kiel, hat u.a. eine EntschlieÙung verabschiedet, in der behauptet wird, daÙ es "notwendig" sei, "noch in diesem Sommer (Juni, Juli, August) eine bundesweite Aktion aller AKW-Gegner durchzuführen". Dies sei notwendig, so wird behauptet, "um der Gefahr der Zersplitterung unserer Bewegung zu begegnen und einen neuen Höhepunkt zu setzen".

Bereits auf der Landeskonzferenz selbst wurden von verschiedenen BI-Vertretern Bedenken gegen diesen Vorschlag vorgebracht (siehe hierzu auch das Protokoll der Landeskonzferenz, vom 16.4.77).

Auch wir, die unterzeichnenden BUU-Gruppen aus dem Marschengebiet, halten die in der Resolution geforderte Festlegung von O r t und Z e i t p u n k t für auch von uns für notwendig gehaltene bundesweite Großkundgebung aller AKW-Gegner für falsch - und zwar aus folgenden Gründen :

1. Die "Gefahr der Zersplitterung unserer Bewegung" sehen wir vor allem dann, wenn wir - ohne die äußeren Bedingungen zu beachten, d.h. einzuschätzen, wann, wo und wie die Bundesregierung und die Atomindustrie die nächsten Schritte bei der Verwirklichung ihres Atomprogramms tun werden - Ort und Zeitpunkt für die nächste bundesweite Aktion h e u t e f e s t l e g e n. Bei einem solchen Herangehen an unsere Aufgaben besteht die konkrete Gefahr, daÙ unsere Anstrengungen ins Leere stoßen (falscher Ort und/oder falscher Zeitpunkt). - Und es kann schon heute mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden, daÙ wir bei einem solchen Herangehen n i c h t m e h r sondern w e n i g e r Menschen mobilisieren werden, weil der mobilisierende äußere Anlaß (z.B. die Aufhebung eines Estops, die Baugenehmigung für die Wiederaufbereitungsanlage etc.) fehlen wird.
2. Die "Gefahr der Zersplitterung unserer Bewegung" besteht u.E. vor allem dann, wenn wir h e u t e Ort und Zeitpunkt für die nächste nationale Großkundgebung f e s t l e g e n, ohne uns über den Zustand innerhalb der AntiAKW-Bewegung Rechenschaft zu geben und eine Auseinandersetzung mit denjenigen Kräften unter den AKW-Gegnern zu führen, die einer solchen Aktion skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Bei diesen Kräften handelt es sich u.E. keineswegs um eine bedeutungslose Minderheit, sondern um eine relativ starke Gruppe von AKW-Gegnern, die aus den unterschiedlichsten politischen und weltanschaulichen Richtungen besteht. Dazu gehören sowohl "Gewaltfreie", verschiedene Gruppen der "Sponti"-Szene (die sich an so einflußreichen Zeitungen wie INFORMATIONSDIENST, BLATT u.a.) orientieren - und dazu gerechnet werden müssen mit Sicherheit auch viele derjenigen, die am 19.2. in Itzehoe demonstriert haben. Bereits die Großkundgebung am 19.3.77 in Grohnde hat - trotz des unbestreitbaren Mobilisierungserfolgs und trotz der wichtigen Kampferfahrungen, die dort gesammelt werden konnten



ten - gezeigt, daß wir unsere Bewegung nach "Brokdorf/Itzehoe" n i c h t haben verbreitern können.

3. Die nächste nationale Großkundgebung, die auch von uns befürwortet und mit getragen werden wird, muß eine "neue Qualität" in unserem Kampf gegen die menschen - und umweltfeindlichen Atomanlagen erreichen. Wir müssen w e i t m e r sein als bei den vorausgegangenen Aktionen, wenn wir unsere gerechten Forderungen selbst, praktisch verwirklichen wollen.

Dieser Zielsetzung widerspricht eine Festsetzung von Ort und Zeitpunkt, wie sie in der eingangs zitierten Resolution empfohlen wird, weil sie praktisch die äußeren und inneren Bedingungen unseres Kampfes außer Acht läßt.

Wir schlagen stattdessen vor, daß auf dem bevorstehenden Bundeskongreß der AKW-Gegner am 13./14. Mai in Hannover für Anfang September bundesweite Aktionstage (über zwei Wochen) vereinbart werden, in deren Verlauf Aktivitäten verschiedenster Art stattfinden sollen (lokale und regionale Demonstrationen eingeschlossen) - und schlagen weiterhin vor, daß für Anfang September ein weiterer Bundeskongreß einberufen wird, auf dem über die nächsten Schritte unseres Kampfes beraten und entschieden wird.

Einstimmig auf der Sitzung am 11. Mai in Der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) Ortsgruppe Wedel - Mitglied der Marschenkonferenz - angenommen.

Auf Grund der Tatsache, daß diese Inhalte Einhellig auf der Sitzung der letzten Marschenkonferenz (6. Mai) diskutiert wurde, gehe ich davon aus, daß auch die anderen Delegierten der Marschenregion diesen Antrag unterstützen (er wird noch in den verschiedenen Gruppen diskutiert, Ergebnisse liegen mir noch nicht vor).

Andreas, Wedeler Delegierte

Andreas



## Vorschlag der BI Hoya für eine Vorlage zur Bundeskonferenz der BI's

### 1. Bestandsaufnahme nach Grohnde

Nach Grohnde zeigte sich, daß es eine relativ große Anzahl sehr unterschiedener AKW-Gegner gibt. Dies ist zunächst ein positives Resultat der Auseinandersetzungen im vergangenen Jahr. Gleichzeitig ist jedoch eine Gefahr darin zu sehen, daß diejenigen, die in der Besetzung des Bauplatzes den einzigen Weg sehen, sich von der Masse der gegenwärtigen wie zukünftigen AKW-Gegner entfernen könnten. Die Anti-AKW-Bewegung zeichnet sich gerade dadurch aus, daß sie alle Schichten der Bevölkerung umfaßt (natürlich mit Ausnahme derer, die direkt oder indirekt an der Atomenergie verdienen). Diese Breite der Bewegung muß erhalten bleiben. Sie bestimmt Arten und Vielfältigkeiten der Aktionen.

Man kann den Grad der Entschiedenheit nicht daran messen, ob jemand bereit ist, zu militanten Mitteln zu greifen!

### 2. Allgemeinere Überlegungen zum Stellenwert des Kampfes gegen AKW's

Ist die Atomenergie für eine hochentwickelte Industrienation wie die BRD unverzichtbarer Bestandteil?

Sollte dieses der Fall sein, dann bedeutet das, daß der Staat ~~gezwungen~~ ist, mit allen, auch mit militärischen Mitteln, das Atomenergieprogramm zu verteidigen. Für uns stellt sich hieraus die Frage, ob wir uns auf diese militärische Auseinandersetzung einlassen können.

Kommt man allerdings zu dem Ergebnis, daß innerhalb des bestehenden Systems ein Verzicht auf Atomenergie möglich ist, ohne daß an den Grundfesten gerührt wird, so ergibt sich daraus, daß der Staat diesen Kampf letztlich politisch führen wird. Für uns ergibt sich daraus, daß eine Bürgerbewegung (Bürgerlich hier verstanden im Sinne der Französischen Revolution), die <sup>sich</sup> innerhalb des bestehenden Systems bewegt, diesen Kampf führen kann.

### 3. Was tun ?

Wir befinden uns zur Zeit in einer Phase, in der keine Großkundgebungen zu planen sind. Das heißt jedoch nicht, daß wir uns zur Ruhe setzen dürfen. Zur Zeit ist sicherlich die Gefahr größer - da keine spektakulären Aktionen zu tragen sind - , daß bestimmte Leute versuchen, die Bewegung abzuwiegeln. Um so stärker sollten unsere Bemühungen sein, nicht nur das zu verhindern, sondern die Einheit zu stärken,

Wir sollten stets die Betonung auf die Vielschichtigkeit der Bewegung legen. (Also nicht auf dem Papier aufrechte AKW-Gegner von unaufrechten trennen, das kann man ohnehin nur konkret und nicht pauschal feststellen!!) Aktionen, die von uns geplant sind können durchaus regelverletzenden Charakter haben, sollten jedoch so beschaffen sein, daß sie möglichst vielen Leuten einsichtig sind und dadurch auf breite Zustimmung stoßen. Ein Schwergewicht muß liegen in der Zielsetzung, die Gewerkschaften in den Kampf mit einzubeziehen, d.h. den Druck von unten auf die Gewerkschaftsführung zu verstärken. Daher kommen der Information über Arbeitsplatzfragen gesteigerte Bedeutung zu. Insbesondere in ländlichen Gebieten muß hier viel getan werden, da die Bevölkerung hier den Gewerkschaften eher skeptisch gegenübersteht. Was Aktionen angeht, sollte folgendes unsere Argumentationslinie sein: Wir lassen uns von niemandem unser Recht auf Widerstand nehmen, wir werden uns auch von niemandem die Formen des Widerstandes vorschreiben lassen. Allerdings sind die Fragen des 'Wies' in erster Linie taktische Fragen. Wir werden je nach Situation stets alle Aktionsformen einsetzen, wie es ja auch dem Stand der Bewegung entspricht.

A l l e Aktionsformen von Bürgerinitiativen sind legitimer Ausdruck unseres Widerstandes!

Dieses Papier wurde auf dem KKLichtenhorst diskutiert und fand insgesamt Zustimmung. Die Delegierten stimmten jedoch nicht darüber ab, da diese Diskussion noch in den einzelnen BIs laufen sollte. Es ist also eine Vorlage von Hoya und nicht vom KKL!





**AUSTRALIAN SENATE**  
CANBERRA, A.C.T.

Den 2. April 1977

An den

Arbeitskreis Umweltschutz  
Universitaet Freiburg/Br.

78 FREIBURG/Br.

Wilhelmstrasse 15

FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY.

30

O F F E N E R   B R I E F

Viele Menschen in Australien sind zutiefst besorgt ueber die Zukunft der Welt, wenn der Uranerz-Abbau weiter fortschreitet. Daher erfuellte es uns zutiefst mit neuer Hoffnung, als uns die Nachricht erreichte, dass tausende von Menschen in Europa bereit waren, energisch gegen den Bau von Atomkraftwerken zu protestieren, weil sie unsere Befuerchtungen teilen.

Wir fuehlten uns hier weltvergessen und unbedeutend. Jetzt, da wir wissen, dass auch Menschen in anderen Laendern bereit sind, sich dafuer einzusetzen, dass dieser menscheitsbedrohenden, toedlichen Gefahr Einhalt geboten wird, koennen auch wir mit neuer Kraft den Kampf weiterfuehren.

Es gibt hier uebersaeische Gesellschaften, die unser Uranerz abbauen wollen, um es in Eure Laender zu verschiffen als Energie-rohstoff - und wir wissen: wenn es einmal soweit kommt, dann wird auch Plutonium erzeugt.

Wir wissen, wie auch Ihr, dass Plutonium die Grundlage allen Lebens bedroht, dass es praktisch unzerstoerbar ist mit einer Halbwertszeit von wenigstens 250,000 Jahren; und dass es keinen Flecken auf dieser Erde gibt, wo es ohne Umweltschadung gelagert werden koennte. Es gibt kein Antidotum, keine Pille, keine Injektionen, die unsere Kinder und Kindeskiner von den Strahlungsgefahren Plutoniums sichern koennten.

Wenn es jemals einen Zeitpunkt gegeben hat, wenn die Menschen dieser Welt zueinander finden muessen zu gegenseitiger Unterstuetzung, dann ist es jetzt, wenn wir der groessten Gefahr gegenueberstehen, die die Welt jemals kannte.





**AUSTRALIAN SENATE**  
CANBERRA, A.C.T.

- 2 -

Ich hoffe, dass wir von jetzt an zueinander finden koennen,  
dass wir miteinander reden und Informationen austauschen  
und - was das Wichtigste ist - uns gegenseitig unterstuetzen.

Ich biete Euch meine Freundschaft und Unterstuetzung.

A handwritten signature in cursive script, appearing to read "Jean I. Pelzer".

(Jean I. Pelzer)  
SENATOR FOR VICTORIA, A.L.P.



Bi "Kein KKW an der Eckernförder Bucht und anderswo" (Eckernförde)

Betr.: Antrag zum Verhalten zur Land - und Bundestagswahl

; 1. Die BI zieht ihren Antrag Nr.3 zurück, und ersetzt ihn durch folgenden:  
Die Bundeskonferenz empfiehlt allen BIs zu den kommenden Landtags- und Bundestagswahlen zu einem breiten aktiven Wahlboykott aufzurufen.

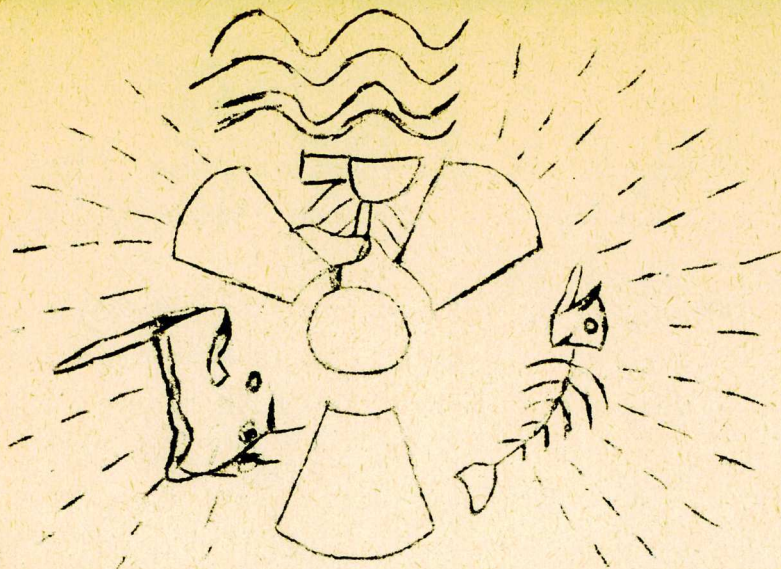
Begründung: Durch unsere Arbeit gegen das Kernenergieprogramm der BRD haben wir festgestellt, daß die Auswirkungen dieses Programmes auf alle Bereiche unseres Lebens übergreifen .

So z.B. - Umweltgefährdung (Strahlenschäden, Erbschäden, Krebsgefahr)  
- Ungelöste Probleme der Atommüllagerung  
- Wegrationalisierung der Arbeitsplätze, unmenschlichere Arbeitsbedingungen  
- Gefährdung der Existenzgrundlage von landwirtschaftlichen Betrieben  
- Entstehung eines Atomstaates  
- Atomare Aufrüstung  
- Außenpolitik (Brasilien)

Da die Politiker und Parteien versuchen, dieses unmenschliche Programm gegen die Interessen der Bevölkerung mit allen Mitteln durchzusetzen, haben sehr viele Bürger das Vertrauen in das Parteiensystem der BRD verloren, und versuchen jetzt ihre Interessen über BIs zu verwirklichen. Deshalb lehnen wir es ab, zu Bundes- und Landtagswahlen eigene Kandidaten aufzustellen. Vielmehr halten wir richtig, für einen aktiven Wahlboykott (Ungültigmachen des Stimmzettels) bei Landes- und Bundestagswahlen einzutreten, weil damit am besten unsere Unzufriedenheit mit dem parlamentarischen System zum Ausdruck gebracht werden kann!

Wir bitten die verspätete Eingabe zumindestens als diskussionsgrundlage zu behandeln; da wir die Unterlagen erst am 11.5. bekamen, war eine frühere Eingabe unmöglich. Der ursprüngliche Antrag wurde ohne Absprache mit der BI gefällt!





Antrag der BI Eckernförde "Kein KKW an der Eckernförder Bucht und anderswo"

Betrifft: Grundlagendiskussion.

Die BK stellt sich folgenden Auftrif, der in Schleswig-Holstein bereits weit verbreitet ist als Grundlage.

Wir wissen,

- daß durch den Einsatz von Kernenergie in den Betrieben Arbeiter und Angestellte durch den Einsatz von mehr Maschinen, d.h. größeren Strom-einsatz auf die Straße gesetzt werden;

- daß trotz der betreuungen der Kernindustrie die heutigen KKWs "unsicher sind, speziell das Problem der Wiederaufbereitung und Endlagerung des radioaktiven Mülls ungelöst ist;

- daß die Bauern durch die radioaktive Verseuchung des Landes und damit der Tiere und der Milch die Existenzgrundlage entzogen wird;

- daß die gesamte Bevölkerung durch Krebs und Erbgutschäden im höchsten Maße gefährdet ist;

Wir wissen also der Bau von KKW sich gegen die Bevölkerung richtet, deshalb sind wir gegen den Bau von Kernkraftwerken;

Wir wissen,

- daß die Grundlage für die Energieversorgung auch 1985 vorhanden ist, aber der Bau von KKW nur der Industrie nützt, indem die Industrie billigen Strom erhält, die Haushalte aber über die Erhöhung des Strompreises die gewaltigen Investitionen bezahlen;

- das Kernenergieprogramm nicht der Sicherung der Stromversorgung der Bevölkerung dient, sondern den Zweck hat, der Industrie höhere Gewinne und bessere Exportchancen zu bringen, um damit andere Konkurrenten ausstechen zu können;

Das Plutonium in KKWserzeugt wird, zum Bau von Atombomben und damit der Kriegsvorbereitung dienen kann;

deshalb fordern wir, kein KKW in Brokdorf und anderswo;

Wir erleben haben,

- daß die Landesregierungen in Brokdorf und Grohnde das KKW mit dem Polizei knüpfel und der chemischen keine Verweise gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen wollen, wobei Verletzte und Tote in Kauf genommen werden;

- das sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien am Kernenergieprogramm der Bundesregierung nachdrücklich festhalten

deshalb setzen wir auf unsere eigene Kraft;

Wir stellen fest,

die Industrie, die Banken, der Staat stehen auf der einen Seite der Bürger auf der anderen;

Wir sind jedoch sicher, daß wir gemeinsam das Kernenergieprogramm zu Fall bringen werden, denn wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht;

- Kein KKW in Brokdorf und anderswo;

- Sofortige Räumung des Bauplatzes;

- Weg mit dem Kernenergieprogramm;

- Keine Wiederaufbereitungsanlagen;

- Keine schnellen Reiter;

- Sofortige stilllegung aller in Betrieb befindlichen KKWs;

- Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen;

- Keine Strafverfolgung von KKW-Gegnern!



„INITIATIVE FÜR EINE  
MENSCHLICHE ZUKUNFT“

Unsere Gruppe wurde kurz nach der Demonstration in Grohnde gegründet und umfaßt jetzt ca. 25 Mitarbeiter. Unser Ziel ist es zunächst einmal, den Bau von Kernkraftwerken zu verhindern. Darüber hinaus wenden wir uns gegen weiteres quantitatives Wirtschaftswachstum und damit verbundener Umweltzerstörung. Zur Zeit arbeiten wir allerdings nur gegen Kernkraftwerke, da 1) dieses Problem noch dringlicher ist, und 2) weil es wesentlich schwieriger ist, der Bevölkerung klarzumachen, daß es notwendig ist, auf weiteres Wirtschaftswachstum zu verzichten, will man einen gigantischen Zusammenbruch vermeiden. Dieses Wirtschaftssystem in der BRD kann nur existieren, wenn die Wirtschaft wächst, da durch Maschinen wegrationalisierte Arbeitskräfte nur durch Erweiterung der Produktionskapazität wieder geschaffen werden können. Die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen kann man nur durch strenge Investitionskontrollen seitens des Staates stoppen. Diese Forderung ist aber zur Zeit so unpopulär, daß man sich dadurch zumindest in unserer Gegend schnell in die linke Ecke gedrängt sieht und damit bei der Bevölkerung eventuelles Vertrauen schnell verliert. Eine effektive Arbeit gegen Kernkraftwerke wäre damit ebenfalls nicht mehr möglich.

Gewaltsame Aktionen halten wir nicht für sinnvoll. Wie Brokdorf und Grohnde gezeigt haben, stellt der größte Teil der Massenmedien die tatsächlichen Geschehnisse (z.B. durch Gleichsetzung der gewaltsamen Demonstranten mit Anarchisten und Identifizierung der großen Zahl der friedlichen mit der kleinen Anzahl der gewaltsamen Demonstranten) derart einseitig dar, daß ein Großteil der Bevölkerung emotional gegen KKW-Gegner aufgeladen wird. Mit Gewaltmaßnahmen macht man es z. B. der Springerpresse nur unnötig leicht.

Um zu vermeiden, auf öffentlichen Diskussionsabenden von informationsmäßig überlegenen KKW-Befürwortern an die Wand geredet zu werden, hielten wir es für notwendig, uns über die gesamte Problematik so ausführlich wie möglich zu informieren.



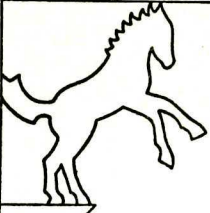
Auch wenn wir später nicht drumherumkommen werden, für einige Teilaspekte Arbeitsgruppen mit besonders hohem Informationsniveau zu bilden, so wollten wir doch die Grundinformation gemeinsam erarbeiten. Dieser Prozeß verläuft in Form von Referaten mit anschließender vertiefender Diskussion. Die gesamte Information haben wir in vier Punkte gegliedert.

- 1.) Bis 1985 benötigte Menge an Stromenergie  
(von wem und wann stammen welche Zahlen?)
- 2.) Gefahren der KKW, andere Nachteile  
(z.B. Radioaktivität, geringe Uranvorräte usw.)
- 3.) Alternative Formen der Stromgewinnung  
(technischer Ablauf, Kosten, mögliche Mengen)
- 4.) Finanzieller Hintergrund der Kernkraft, gesamtwirtschaftliche Aspekte  
(Förderung aus öffentlichen Mitteln, wirtschaftliche Verflechtungen, Zusammenhang Energie - Wirtschaftswachstum - Arbeitsplätze)

Schwierig wird es für uns sein, für die folgende Öffentlichkeitsarbeit effektive Formen zu finden. Wir wohnen in einer fast ausschließlich landwirtschaftlich strukturierten Gegend, und müssen davon ausgehen, daß die Bevölkerung aktiven KKW-Gegnern mit einer Art Mißtrauensbarriere begegnet, hervorgerufen durch die größtenteils einseitige Berichterstattung z.B. über Brokdorf und Grohnde in den Massenmedien. Außerdem sind die meisten Leute der Ansicht, die KKW-Problematik sei für sie überhaupt nicht relevant („das ist ja alles weit weg“).

Aus diesen Gründen werden wir zunächst kaum Flugblätter, speziell nicht mit politischen Parolen, einsetzen, da wir damit nur potentielle Vorurteile gegen uns und unsere Arbeit verstärken würden. Statt dessen planen wir, ein Theaterstück zu schreiben und einzuüben. Dieses Theaterstück soll keineswegs mit Informationen in unserem Sinne überladen werden, sondern lediglich bezwecken, die KKW-Frage in den Problemhorizont der Zuschauer zu bringen. Nachdem wir am Schluß des Stückes darauf hingewiesen haben, daß wir für Diskussionen jederzeit zur Verfügung stehen, spielt eine Musikgruppe. Durch dieses Vorgehen könnten wir die





An die  
B I Hannover  
Hornstraße 28 - 30  
3000 Hannover I

Postanschrift:  
O. W. G. Hof Springe  
2361 Geschendorf  
Telefon 04553/216

Bankkonto:  
Handelsbank in Lübeck, Kto. 81191

Betr.: Bundeskonferenz

DEN 12. Mai 77

Hallo, Leute vom Vorbereitungsausschuß.

Dank für Einladung und Konferenzmappe.

Aber eine Woche nur vorher, - das war ein Tieffschlag. Denn Ihr wißt doch, daß Aktivisten ihren Terminkalender auf Wochen hinaus voll haben. Warum werdet Ihr fairerweise, weil ich natürlich nicht kommen kann, diese Stellungnahme verlesen, die ich deswegen auf das Wichtigste beschränke:

1. Solidarität. Es ist Blödsinn, die unterschiedlichen Auffassungen in der Methodik vertuschen zu wollen. Noch schlimmer ist, wenn eine Gruppierung für sich in Anspruch nimmt, alleinseeligmachend zu sein. Solidarität darf nicht genannt werden, wenn einer alle anderen vereinnahmen will. Sie fängt erst da an, wo ich auch den, mit dem ich nicht auf ein Drett kommen kann, dennoch als Gefährten anerkenne. Es wäre gut, wenn Ihr in Hannover etwas in dieser Richtung bringt.

2. Militanz - Pazifismus. Selbst bitte den berufsmäßigen Bauplatzbesetzern ihre Scheuklappen abulegen. Platzbesetzung ist doch nur ein Mittel und Kampf gegen UNB nur eine Aufgabe (allerdings jetzt die dringendste) in unserer Arbeit, eine lebenswerte und lebensfähige Welt vor der Vernichtung durch den Industrieprofit zu retten. Wenn aber Ziel und Mittel sich nicht entsprechen, kann es keinen Erfolg geben. Die Militanten tun genau das, was die Stoltenbergs inbrünstig erhoffen. Außerdem gibt es in unserer Bewegung eine rasante Entwicklung. Wer noch nicht gemerkt hat, daß wir uns längst in der Phase des Durchsetzens positiver Alternativen befinden, - dem ein herzliches Gutenacht!

3. Parteipolitische "Neutralität". In der Bewegung habe ich viele Kommunisten als prima Kerle kennen gelernt und habe ich viele Konservative als prima Kerle kennen gelernt. In allen Gruppen, wo ich mitmache, ist es mir echt Wurst, ob einer von der G D U dabei ist oder von sonstwas. Aber wenn da Sprüche geklopft werden wie im Arbeiterkampf oder wie im B B R (Bereinigung verfassungstreuer



kräfte-Nationale Front), dann muß man dafür sorgen, daß das aufhört. Und wer das nicht einsehen kann, gehört nicht zu uns, weil er unserer Sache schadet.

4. Kommunikation: Die meisten Konferenzen, die ich kenne, repräsentieren längst nicht mehr die Vielfalt der B I - Mitglieder, sondern werden sehr einseitig von Schreihälsen majorisiert. Warum werde ich vom B G L aus, dessen Landesvorsitz in Schleswig-Holstein ich übernommen habe, zusammen mit dem Landesverband Umweltschutz Zusammenkünfte initiieren, wo auch die Gewaltfreien sich gegenseitig wahrnehmen und artikulieren können. Das hat mit Spaltung nichts zu tun, die hinsichtlich der Methodik längst da ist. Was ist eine unbedingt notwendige Ergänzung, und nicht Gegeneinander sondern Miteinander ist das Ziel.

~~XXXXX~~  
~~XXXXX~~

5. Sowohl für den "Arbeitskreis naturgemäßer Landbau" wie für den Landesverband des Weltbundes zum Schutze des Lebens erkläre ich, daß wir die Situation genau so beurteilen wie der Arbeitskreis Brokdorf der B U U, mit dem wir uns solidarisch erklären.

Gruß!



Baldur Springmann  
Bauer auf Hof Springe  
2361 Geschendorf



Vorstellungen zur weiteren Politik der BI - Köln AKW - NEIN

3c

49

1) Bis vor einem Monat noch hat die Arbeit der AKW ' NEIN Köln so ausgesehen, daß wir uns mit der Politik anderer BI.'s auseinandergesetzt hat und Grundsatzdiskussionen geführt hat über Fragen Besetzung ja oder nein unter gegebenen Umständen. Es hat Spaltungen an der Frage Brokdorf ( 19.2 ) gegeben und an der Frage "ist eine Aktion am 19.2 am Bauplatz sinnvoll oder nicht". Noch heute sind die Meinungen über Erfolg oder Nichterfolg geteilt. Auch nach Grohnde wurden diese Fragen erneut diskutiert. Fest steht die Aktionen Whyl, Brokdorf, Grohnde haben uns eine breite Öffentlichkeit geschaffen, die zum Teil allerdings gegen uns gewendet wurde. Die Gründe dafür waren nicht schwer zu finden:

Die Bevölkerung die nicht selbst an den Aktionen beteiligt war wurde einseitig von Atomindustrie und Regierung informiert. Wir in Köln waren noch nicht mal fähig nach den Demonstrationen Brokdorf, Grohnde vernünftige Erklärungen abzugeben.

Über den zwar notwendigen Diskussionen über den 19.2 in Brokdorf und 19.3 in Grohnde kam die Basisarbeit in der Stadt zu kurz, so daß wir die Bevölkerung dem Propagandafeldzug von Staat und Industrie überließen ohne dem etwas entgegenzusetzen.

Aufgrund dieser Tatsache und der Unmöglichkeit mit mehr als 100 Leuten im Plenum vernünftige Stadtarbeit zu machen, organisierten wir uns in den einzelnen Stadtteilen mit dem Ziel eine effektive Basisarbeit zu leisten. Unsere Aufgaben werden sein:

- : die Bevölkerung aufzuklären über gesundheitliche Gefahren der Akw's.
- : die pol. Bedeutung von AKW's aufzuzeigen
- : darüber zu informieren, daß ein AKW in Brokdorf oder in Kalkar genauso gefährlich ist wie ein akw in Köln.

Es geht darum unsere Basis so zu erweitern daß mehr Menschen ( auch außerhalb der Linken ) bereit sind gegen Akw's auch in anderen Städten zu kämpfen.

Schwerpunkte unserer Arbeit werden ~~XXX~~ dort sein von wo die größte Gefährdung ausgeht d.h. - Schneller Brüter in Kalkar - Wiederaufbereitungsanlagen in NRW - evt. Atommülldeponie Gorleben ( Sommerlager der Pfadfinder in Gorleben unterstützen )

Wir sehen es auch als unsere Aufgabe an die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle nationale Demo in Kalkar Mitte September zu schaffen. Da gerade von dem Schnellen Brüter in Kalkar eine besonders große Gefährdung ausgeht ( Schnelle Brüter erzeugen in großer



großer Menge Plutonium, SB können explodieren im Gegensatz zu LWR, der SB in Kalkar ist offensichtlich ein Versuch in Großem Rahmen, bei dem auch eine Gefährdung der Bevölkerung in Kauf genommen wird), stellen wir den Antrag an die Landeskonzferenz über eine Nationale Demo im Herbst in Kalkar zu beschließen.

Unabhängig von dieser Arbeitsgrundlage sind wir der Meinung, daß an Punkten, die für die Bewegung richtungsweisend waren, wie Whyl und Brokdorf je nach Bedingungen der Kampf weitergeführt werden muß, z.B wenn der Baustopp in Brokdorf aufgehoben wird oder das Gerichtsurteil in Whyl.

2) wir sehen die Notwendigkeit einen besseren Informationsfluß durch die bestehenden Initiativen zu schaffen und mit andren Initiativen zusammenzuarbeiten um den Widerstand konzentrieren zu können. Wir sind der Meinung daß über nationale Demonstrationen die Bundeskonferenz entscheidensoll.



## AN ALLE BÜRGERINITIATIVEN UND DEN BUNDESKONGRESS DER BÜRGERINITIATIVEN

### VORSCHLAG FÜR EINE BUNDESWEITE ZEITUNG DER BÜRGERINITIATIVEN

Wir müssen eine breite Gegenöffentlichkeit schaffen: Die Bürgerinitiativen haben gerade durch ihre Aufklärungsarbeit und ihren Widerstand gegen den Bau von Atomanlagen und gegen die immer stärker werdende Gefährdung von Bevölkerung und Umwelt einen Einfluß erreicht, der noch weit über den Mitgliederstamm der vielen Bürgerinitiativen hinausreicht. Sie sind zu einer "neuen Macht im Staat" geworden - wie der Spiegel schreibt - die als politischer Faktor und Gegner von den etablierten Parteien, Regierungen und Industriegrößen immer ernster genommen und gefürchtet wird. Darauf hat die Gegenseite aber nicht nur mit Zugeständnissen geantwortet, sondern sie versucht auch mit den verschiedensten Mitteln, unseren Einfluß wieder zurückzudrängen und uns ins politische Abseits zu schieben. Denn Bürger, die nicht mehr die einsamen Entscheidungen von Regierungen und Industrie als unabwendbare Schicksalsschläge hinnehmen, sondern ihr "Schicksal" in die eigene Hand zu nehmen beginnen, sind Sand im Getriebe von Obrigkeitsstaat und Atomindustrie.

Ein zentrales Mittel dazu ist der Masseneinfluß der etablierten Zeitungen, Funk und Fernsehen, die fast ausschließlich von Kräften kontrolliert werden, die unserer Sache ablehnend gegenüberstehen. Und jeder kann beobachten, je "aufmüpfiger und ungehorsamer" unser Protest wird, desto geschlossener schießen die etablierten Massenmedien gegen uns: entweder durch totales Schweigen oder Herunterspielen wichtiger Informationen auf die letzte Seite, durch Verdrehungen oder offene Lügen, die bis zur Verleumdung und Hetze gegen die Bürgerinitiativen reichen.

Diesem Angriff der Gegenseite stehen die Bürgerinitiativen noch ziemlich schwach und hilflos gegenüber. So gut die vielen verschiedenen Aktivitäten zur Öffentlichkeitsarbeit sind, bleiben sie doch oft provisorisch und nicht von Dauer, ist ihre Wirkung auf einzelne Orte beschränkt und nicht breiter. Flugblätter werden meist nur zu aktuellen Anlässen herausgegeben und ihr Informationswert ist beschränkt, Broschüren und Bücher informieren zwar zu einem Thema ausführlicher, bieten aber keine vielseitigen, aktuellen und laufenden Informationen. Deswegen halten wir den Aufbau einer bundesweiten Zeitung möglichst vieler Bürgerinitiativen für eine wichtige Sache, um regelmäßig und möglichst breit eine gemeinsame Gegenöffentlichkeit zu schaffen und den Zusammenhalt der BI zu verstärken. Dies wird unser erster Versuch sein, dem starken und gleichgeschalteten Öffentlichkeitsinfluß der Gegenseite in größerem Rahmen etwas langfristiger entgegenzusetzen. Der Versuch wird dann Erfolg haben, wenn er breite Grundlage hat und breit getragen wird, wenn der Inhalt verständlich, interessant und vielseitig und die Verbreitung möglichst groß ist.

Eine breite gemeinsame Grundlage für die Zeitung: Es mocht gerade die Stärke und Breite der Bürgerinitiativen aus, dass sich in ihr Menschen unabhängig von ihren sonstigen politischen Überzeugungen und unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Parteien zusammengetan haben, um ein Ziel gemeinsam durchzusetzen. Die Bürgerinitiativen sollen gegenüber Parteien unabhängig und überparteilich sein, sie müssen aber parteilich in der Sache selbst sein. Nach diesem Grundsatz muß auch die Zeitung ausgerichtet sein. Und unsere gemeinsame Sache besteht darin, dass wir das Atomprogramm, d.h. die Planung, den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und Atommülldeponien ablehnen und auf dieser Linie den Widerstand organisieren. In diesem Punkt können und dürfen wir nicht nach geben. Die Gefahren und Risiken der Atomenergie sind so offensichtlich, dass auch Gerichtsentscheide, Mitbestimmungsmöglichkeit, eventuelle "Verbesserungen" und Vorschläge über eine begrenzte Denkpause diese nicht beseitigen können. Darüberhinaus sollte aber die Zeitung allen Vorstellungen, über die verschiedenen Formen und Möglichkeiten des Protests und Widerstands Raum geben, solange sie sich mit anderen Auffassungen solidarisch und sachlich auseinandersetzen. Die Zeitung soll nicht Forum einer Richtung sein, es dürfen in ihr nicht bestimmte Formen des Widerstands diktiert und andere ausgeschlossen werden. D.h. auf der gemeinsamen Grundlage eine pluralistische Ausrichtung für die verschiedenen Vorstellungen innerhalb der beteiligten Bürgerinitiativen. Das soll sich auch in der Zusammensetzung der Zeitungsredaktion widerspiegeln.



Der Inhalt der Zeitung: Wir können letztlich das Atomprogramm nur dann verhindern, wenn wir der Atomindustrie und den Regierungen einen breiten, dauerhaften und entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Wenn wir unter großen Teilen der Bevölkerung ein Bewußtsein über die Gefahren der Atomenergie und die Berechtigung unseres Widerstands schaffen.

Deshalb ist erste und vorrangige Aufgabe der Zeitung die vielseitige und regelmäßige Information. Vor allem breite Information darüber, was in den offiziellen Massenmedien verschwiegen wird oder zu kurz kommt, wo verdreht wird oder verfälscht wird. Berichte über

--Gefahren und Risiken der Atomenergie, und wichtige andere Probleme des Umweltschutzes (wie z.B. Seveso), Veröffentlichung von aktuellen Vorkommnissen und Störfällen,

--Bericht über den Widerstand und Protest in der Bundesrepublik und dem Ausland, v.a. Berichte über beispielhafte Aktionen aus erster Hand

--Tatsachen zur Politik von Regierungen und Atomindustrie, Pläne, Taktik, Hintergründe

--Berichte über die Verfolgung und Kriminalisierung <sup>von</sup> Bürgerinitiativen und einzelnen Mitgliedern, über Gleichschaltung und Zensur in den Massenmedien, über die Entwicklung und Gefahren des "Atomstaats"

--Ankündigung von übergreifenden Veranstaltungen und Aktionen, Werbung für entsprechende Broschüren und Bücher

Zweitens sollte die Zeitung als Forum für die Diskussion und Auseinandersetzung zu wichtigen Fragen innerhalb der Bürgerinitiativen und der Öffentlichkeit dienen, z.B. zur Frage der Bauplatzbesetzung, zur Frage der Gewalt, Einschätzung von Gerichtsurteilen, Erfahrungsaustausch bei wichtigen Aktionen. Dabei müssen die verschiedenen Meinungen berücksichtigt werden.

Alle Artikel, soweit sie nicht von der Redaktion stammen, sollen entsprechend mit dem Autorennamentlich gekennzeichnet sein.

Bei einer vorerst vierwöchigen Erscheinungsweise können wir in der Aktualität mit einer Tageszeitung nicht mithalten. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir ausführlicher und vielseitiger berichten, lebendig und aus erster Hand, dass wir Informationen bringen, die sonst verschwiegen werden, damit die Zeitung trotzdem für viele Leute ein Anreiz darstellt. Genauso wird eine vielseitige und gute Information den aktiven Mitgliedern vieler Bürgerinitiativen helfen, ihre Öffentlichkeitsarbeit unterstützen und ihnen die Erfahrung geben, dass sie nicht auf einsamen Posten kämpfen sondern in einer großen Bewegung stehen. Der Stil der Zeitung muß so gehalten sein, dass wir keine Insidersprache verwenden, nicht mit unbewiesenen Behauptungen argumentieren, sondern für möglichst viele Leute verständlich berichten und sachlich unsere Standpunkte begründen.

#### Organisation der Zeitung:

--Wahl einer Redaktion von 10 Leuten auf dem kommenden Bundeskongreß. Sie soll die vertretenen BI möglichst gut repräsentieren und sich aus den wichtigsten Orten und Regionen zusammensetzen. Die Redaktion ist dem Bundeskongreß verantwortlich und kann von diesem wieder abgewählt werden. Ihre Aufgabe ist die Bewältigung der laufenden Redaktionsgeschäfte. Sie legt die grundsätzliche Linie und Schwerpunkte für die jeweilige Ausgabe fest. Sie organisiert den Druck und Vertrieb der Zeitung.

--Organisation von Korrespondenten aus den beteiligten BI bzw. Regionalgruppen. Ihre Aufgabe ist es, in ihrem Bereich für die Erstellung und Weitergabe von Berichten und Artikeln zu sorgen, eine breite Beteiligung zu organisieren und den Vertrieb in ihrem Bereich organisieren.

--Vor jeder Ausgabe findet eine Schlußredaktionssitzung der Redaktion mit den Korrespondenten statt, wo der Inhalt endgültig festgelegt wird

--Erscheinungsweise vorerst 4 wöchentlich. Die Zeitung muß sich selber finanzieren. Finanzen müssen in der Zeitung offen gelegt werden. Der Preis soll möglichst niedrig sein (abhängig, von Auflage, Papier und Aufmachung)

--Einrichtung eines zentralen Redaktionsbüros in einer Stadt (BUU)

--Vertrieb der Zeitung zunächst über die Bürgerinitiativen und über Abonnements, weiterhin über Buchgeschäfte und Zeitungskioske

--Vorfinanzierung des Anfangskapitals für 2 Ausgaben durch die beteiligten BI

verfasst von Mitgliedern der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe Hamburg

Anschrift: "BUU-Zeitung", Grindelallee 9, 2 Hamburg 13



## Antrag des AStA Göttingen an die Bundeskonferenz

Die BK möge dem AStA ihre Solidarität erklären.

Begründung: Der AStA der Uni Göttingen hat sich an der Vorbereitung und Durchführung der Demonstrationen II. und III. in Brokdorf und Grohnde am 19.3. beteiligt. Wie wir aus sicherer Quelle wissen, haben Verfassungsschutz und die Sonderkommission Grohnde der Staatsschutzabteilung des niedersächsischen Innenministeriums Ermittlungen gegen den AStA angestellt und in diesem Zusammenhang das Telefon des AStA abgehört. Es sollte in Erfahrung gebracht werden, ob der AStA die Vorbereitung der Brokdorf- und Grohndedemonstrationen koordiniert, Busse organisiert und "schweres Gerät" besorgt hat. Der AStA bedauert, zu diesen Vorwürfen nicht Stellung nehmen zu können. Die AKW-Gegner allerdings brauchen keine Ermittlungen anzustellen, um in Erfahrung zu bringen, daß der AStA in jeder erdenklichen Weise den Kampf gegen die AKW's unterstützt hat.

Auch von Seiten des Rektorats und der CDU-Studentenorganisation RCDS wird der AStA wegen der Beteiligung an den Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde unter Beschuß genommen. ("Begründung": Wahrnehmung des allgemeinenpolitischen Mandats und Mißbrauch von Geldern der Studentenschaft) Als Aufhänger der mittlerweile bundesweiten Kampagne gegen den AStA dient ein Artikel im AStA-Organ "Göttinger Nachrichten", der sich kritisch mit der Person des erschossenen Generalbundesanwalt, Buback und dem Attentat auf ihn auseinandersetzt.

Der AStA der Uni-Göttingen erklärt, daß er auch weiterhin fortschrittliche Bewegungen und Initiativen unterstützen wird. Um diese Aufgabe wahrnehmen und der bundesweiten Diffamierungskampagne begegnen zu können, benötigen wir auch die Solidarität der ANTI-AKW-Bewegung und ihres Bundeskongresses. Der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie hat bereits ~~mit~~ einem Beitrag auf der Universitätsvollversammlung am 11. 5. von 4000 Studenten zum Ausdruck gebracht, daß sich die Angriffe gegen den AStA auch gegen die Anti-AKW-Bewegung richten.

Die Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen AKWs erklärt sich mit dem AStA der Uni Göttingen solidarisch und fordert alle BIs auf, den AStA zu unterstützen.

AstA Uni Göttingen

R.



Antrag der Initiative Neustadt gegen Atomenergieanlagen (Mitglied der Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomenergieanlagen/BBA) an den Bundeskongreß

Der Bundeskongreß beschließt, die Forderung "Kein AKW in Ost und West" in die grundlegenden Losungen gegen Atomenergieanlagen aufzunehmen.

#### Begründung:

1. In der Auseinandersetzung mit solchen AKW-Befürwortern wie SPD, FDP- und DKP-Parteivorständen hat die Anti-AKW-Bewegung immer wieder ihre grundsätzliche Gegnerschaft gegenüber allen Atomanlagen, egal wo sie stehen, ob die Sicherheitsvorkehrungen verbessert werden oder ob sie "mitbestimmt" werden, betont. Diese grundsätzliche Gegnerschaft muß besonders denjenigen entgegengehalten werden, die hier scheinheilig gegen AKW's auftreten, sie aber in der DDR und anderen Ländern des Ostblocks befürworten.

2. Daß das Gesellschaftssystem der Comecon-Länder nicht sozialistisch ist, äußert sich auch darin, daß dort ohne Rücksicht auf die Gefährdung der Bevölkerung bereits mehrere Dutzend Atomkraftwerke gebaut worden sind oder aber im Bau oder der Planung sind.

Technisch sind diese Atomkraftwerke noch weitaus gefährlicher als die westdeutschen oder amerikanischen. Die Strahlenschutzwerte liegen in den USA bei 0,013, in der BRD bei 0,06 und in der DDR bei 0,5 rem pro Jahr (laut DDR-Angaben). Das ist das 40-fache der amerikanischen Werte. Wie die Haltung der DDR-Führung zu der Gefährlichkeit von Atomanlagen einzuschätzen ist, zeigt die Erklärung, daß die Gefahr von einem Meteoriten erschlagen zu werden, größer sind als die, bei einem Reaktorunfall umzukommen. Oder der Vergleich in der Zeitschrift "Sowjetunion heute" wo es in Bezug auf die Strahlengefahr heißt: Schließlich seien Zucker und Salz in großen Mengen genossen auch ein sehr gefährliches Gift. Insofern muß man feststellen, daß die 8 geplanten AKW's bei Magdeburg uns genauso bedrohen wie das AKW in Krümel. Abgesehen davon ist es der Elbe, den Elbefischern und uns egal, woher die Radioaktivität kommt. Genausowenig wie die Radioaktivität an Grenzen haltmacht, genausowenig kann sich unser Widerstand an Grenzen halten.

3. Der Kampf gegen Atomanlagen wird auch heute über Grenzen hinweg geführt wie es sich in Wyhl und Marckolsheim gezeigt hat. Niemand würde angesichts dieser Tatsache auf den Gedanken kommen, daß die Wyhler Bauern sich unzulässiger Weise in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einmischen. Angesichts der Tatsache, daß die Bevölkerung der DDR und der anderen Comecon-Staaten durch die Beraubung grundlegender demokratischer Freiheiten im Kampf gegen Atomanlagen stark behindert ist, ist die Forderung "Kein AKW in Ost und West" eine große Ermutigung für sie den Kampf selber aufzunehmen.

4. Ein Hauptargument solcher AKW-Betreiber wie Siemens ist u.a.: Erstens Bürgerinitiativen=Kommunisten, zweitens Kommunisten = DKP, drittens in der DDR werden selber AKW's gebaut also viertens, die Bürgerinitiativen sind Heuchler und Lügner und werden aus dem Osten gesteuert. Diese beliebte Masche scheint in der BRD noch besser zu ziehen als anderswo, weil das schlechte Beispiel direkt vor der Tür liegt. Dieser Setze müssen wir auch mit unseren Parolen entgegentreten.

Aus diesen Gründen schlagen wir vor, daß der Bundeskongreß folgende kurze Resolution verabschiedet:

WIR SIND PRINZIPIELL GEGEN ATOMANLAGEN EGAL WO SIE STEHEN! RADIOAKTIVITÄT HÄLT SICH NICHT AN STAATSGRENZEN! DER KAMPF GEGEN ATOMANLAGEN IST KEINE INNERE ANGELEGENHEIT DER JEWEILIGEN LÄNDER, SONDERN IST INTERNATIONAL. DIE ATOMKRAFTGEGNER BRAUCHEN DIE GEGENSEITIGE UNTERSTÜTZUNG UND HABEN SIE BISHER AUCH ERFOLGREICH PRAKTIZIERT! GENAUSO WIE WIR ERMUTIGT WURDEN ALS WIR SOGAR AUS AUSTRALIEN UNTERSTÜTZUNG BEKAMEN, SO ERMUTIGT ES DIE BEVÖLKERUNG DER DDR WENN WIR ÖFFENTLICH ERKLÄREN "KEIN AKW IN OST UND WEST" ! DIESE FORDERUNG LIEGT AUCH IN UNSEREM EIGENEM LEBENSINTERESSE WIE DIE BEDROHUNG DURCH DEN BAU VON ATOMKRAFTWERKEN IN MAGDEBURG ODER EINER ATOMMÜLLDEPONIE DER DDR AN DER GRENZE ZEIGT! MIT DER PAROLE "KEIN AKW IN OST UND WEST" TRETEN WIR DER



HETZE DER AKW-BETREIBER ENTGEGEN, DIE UNS ALS HANDLANGER DER DDR UND SOWJETUNION DIFFAMIEREN WOLLEN. ES KANN NUR VON NUTZEN SEIN, EINEN KLAREN TRENNUNGSSTREICH ZU DENJENIGEN ZU ZIEHEN, DIE SICH WIE DIE DKP IN DIE REIHEN DER ANTI-AKW-BEWEGUNG EINSCHLEICHEN, UM ZU SPALTEN UND DEN KAMPF GEGEN ATOMENERGIEANLAGEN ZU SABOTIEREN.

Antrag Nr. 2 (Axel, Delegierter Neustadt)

Die Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung zeigen, daß ein wesentliches Ziel der AKW-Betreiber zur Durchsetzung des Atomprogramms darin besteht zwischen Arbeitern, Bauern und AKW-Gegnern zu spalten. Dabei hat sich besonders auch die Gewerkschaftsführung verdient gemacht, die mit der Demagogie von der Arbeitsplatzsicherung die Arbeiter an das Atomprogramm fesseln will. Die Gewerkschaftsführer haben in den letzten Wochen mit an der Spitze der Hetzkampagne gegen AKW-Gegner gestanden. Die in den Randgebieten am Kampf gegen Atomanlagen teilnehmenden Bauern werden von ihnen als Fortschrittsfeinde diffamiert. Wir aber wissen, daß die Einheit zwischen Arbeitern, Bauern und AKW-Gegnern den Kampf gegen das atomarische Atomprogramm stärken wird. Deshalb verurteilen wir diese Spaltungsversuche nicht nur, sondern wir werden durch unsere Arbeit aktiv dafür eintreten, daß die Einheit zwischen Arbeitern, Bauern und AKW-Gegnern gefestigt wird. Diese Frage sollte deshalb auch in der Öffentlichkeitsarbeit der Bf's eine zentrale Rolle einnehmen.



Bürgerinitiative Chemiekollegen gegen AKW/Mitglied der BUU Hamburg  
c/o Rainer Trampert, Heinrichstr. 42 2000 Hamburg 50 Tel. 435643

Betr.: Bundeskonferenz 13./14.5.

~~der~~ Resolutionsantrag zum TOP "Bilanz der bisherigen Arbeit" bzw. "Bilanz  
der bisherigen zentralen Aktionen"

Die Großaktionen in Brokdorf am 30.10. und 13.11.76, in der Wilster Marsch am 19.2.77 und in Grohnde am 19.3.77 sind Meilensteine in der Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung in denen die tägliche Kleinarbeit der Bürgerinitiativen und weiterer AKW-Gegner und eine Vielzahl kleinerer Aktionen zu ihren politischen Höhepunkten zusammengefaßt worden sind.

Die beiden ersten Brokdorf-Demonstrationen haben Stoltenbergs Plan, durch eine Nacht- und Nebelaktion die AKW-Gegner vor vollendete Tatsachen zu stellen, zu nichte gemacht, und breite Teile der Bevölkerung damit überhaupt erst auf die Gefahren des Atomprogramms aufmerksam gemacht. Die AKW-Gegner haben in diesen Aktionen gezeigt, daß sie sich durch Festungsanlagen und Polizeibrutalität nicht einschüchtern lassen und zu militantem Vorgehen bereit sind.

Die dritte Brokdorf-Demonstration am 19.2. in der Wilster Marsch hat die politische Reife der Anti-AKW-Bewegung macht voll bewiesen. Trotz der Spaltungsmanöver der Itzehoe-Fraktion, der Marschen-Initiativen und der Parallelveranstaltung in Itzehoe, trotz Demonstrationsverbot und ungeheurer Hetze in Presse Funk und Fernsehen folgten 40 000 AKW-Gegner aus der gesamten BRD dem Aufruf der BUU. Die Taktik der Regierungen und der AKW-Betreiber, mittels des Gerichtsurteils über den vorläufigen Baustop die Anti-AKW-Bewegung zu spalten - "in friedliche Bürger" in Itzehoe und "gewalttätige Chaoten" in Brokdorf - erlitt eine empfindliche Niederlage.

Die militante Demonstration in Grohnde am 19.3. hat gezeigt, daß ein großer Teil der AKW-Gegner inzwischen bereit ist, gewaltsam gegen AKWs vorzugehen. Aber es ist auch vielen AKW-Gegnern deutlich geworden, daß die immer mehr ausgebauten Atomfestungen nicht leicht einzunehmen sind und der weitere Kampf dagegen einer noch breiteren Mobilisierung bedarf. Grohnde hat eine größere taktische Beweglichkeit der AKW-Gegner unter Beweis gestellt: Im strategisch wichtigen Niedersachsen, dem Bundesland, das als Standort der Atom Mülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage in Frage kommt, wurde dem Ministerpräsidenten Albrecht, der zuvor noch hoffte, durch "Bürgerdialoge" das Atomprogramm widerstandlos durchsetzen zu können, diese Maske vom Gesicht gereissen. Die Brutalität der Polizei Albrechts stand der Stoltenbergschen Polizei- und Bürgerkriegstruppen in nichts nach.

Seit diesen letzten beiden Großaktionen müssen Regierungen und AKW-Betreiber wieder zunehmend einen harten Kurs gegen die Anti-AKW-Bewegung durchsetzen bzw. vorbereiten. Damit ist der Spielraum für Spätzungsversuche (Bürgerdialoge, Gerichtsurteile etc.) wieder eingeengt worden.

Die auf dem Bundeskongreß in Hannover versammelten Initiativen erklären, daß sie auch weiterhin an Großkundgebungen mit Bundesweiter Mobilisierung unbedingt festhalten werden. Die politischen Positionen einer Reihe von Initiativen, die mit Argumentationen wie "Im Brokdorf war die 'Linke' bereits zu isoliert von der 'normalen' Bevölkerung, "in Grohnde wurde diese Fehlentwicklung deutlich sichtbar" oder anstelle von Großkundgebungen "neue phantasievolle Aktionsformen" (Informations-Dienst Nr. 175), zum Ausdruck kommen, zerren die Anti-AKW-Bewegung zurück. Im Gegenteil sind durch die zentralen Großaktionen in der Nachfolge die Bedingungen für die politische Kleinarbeit der örtlichen Initiativen verbessert bzw. überhaupt erst geschaffen worden. Durch die Großaktionen ist die Zusammenarbeit der AKW-Gegner entscheidend gestärkt worden.: ~~Durch die Großaktionen~~ Sowohl bundesweit als auch in einzelnen Regionen. In dieser Geschlossenheit liegt unsere Stärke.



## Anttrag der Bürgerinitiative gegen Atomanlagen am Berufsbildungs- Zentrum Bremen an den Bundeskongreß

Der Bundeskongreß beschließt folgende Resolution:

- Wir sind prinzipiell gegen Atomanlagen egal wo sie stehen.
- Radioaktivität hält sich nicht an Staatsgrenzen. Der Kampf gegen Atomanlagen ist keine innere Angelegenheit der jeweiligen Länder, sondern international. Die Atomkraftgegner brauchen die gegenseitige Unterstützung - und haben sie auch immer gehabt.
- Genauso, wie wir ermutigt wurden, als wir sogar aus Australien Unterstützung bekamen, genauso würde es die Opposition in der DDR ermutigen, wenn wir öffentlich sagen "Kein AKW in Ost und West". Das liegt in unserem Lebensinteresse.
- Die Parole "Kein AKW in Ost und West" würde in einem Satz die Hetze der Atomindustrie kontern, daß die BI's im Interesse der Sowjetunion oder DDR handeln würden.
- Es kann nur von Nutzen sein, einen klaren Trennungstrieb zu den falschen Freunden von der DKP zulesen, die sich nur einschuggeln, um zu spalten.

### Begründung:

1. Das das Gesellschaftssystem der Comecon-Länder nicht sozialistisch ist. Außerdem auch darin, daß dort in reihen Massen Kernkraftwerke gebaut werden, die technisch noch weitaus gefährlicher sind als die westdeutschen oder amerikanischen. Finnland mußte z.B. das Containment für seinen Reaktor sowjetischer Bauart in den USA kaufen. Die Strahlengrenzwerte für den Gesamtkörper liegen in den USA bei 0,013, in der BRD bei 0,06 und in der DDR bei 0,5 rem pro Jahr (laut DDR-Angaben). Das ist das 40-fache der amerikanischen Werte. Bekanntlich werden die Strahlenschutzbestimmungen den jeweiligen Gegebenheiten angepaßt... Wie dies Problem bis heute von den DDR-Oberern angegangen wird, zeigt die Erklärung, die Befürchtung von einem Meteoriten erschlagen zu werden sei größer als die bei einem Reaktorunfall unzu kommen. Oder die "wissenschaftliche Feststellung" über die allgemeine Strahlengefahr, schließlich seien Zucker und Salz in großen Mengen gegessen, auch ein sehr gefährliches Gift... (laut "Sowjetische heute").

Man muß also sagen: die 3 geplanten AKW's bei Magdeburg sind u.U. sogar noch bedrohlicher für uns als das AKW in Krümel. Abgesehen davon ist der Elbe, den Elbefischern und uns völlig egal, woher die Exakt Radioaktivität kommt. Genausowenig wie die Radioaktivität an Grenzen halt macht, genausowenig kann sich unser Widerstand an Grenzen halten.

2. Der Kampf gegen Atomanlagen ist international. Das hat sich in Wyhl und Marxlohheim gezeigt. Niemand wird angesichts dieser Tatsache behaupten, daß die Wyhler Bauern sich in die inneren Angelegenheiten Frankreichs eingemischt haben.

3. Ein Hauptargument von Siemens u.a. ist: Erstens BI's Kommunisten, zweitens Kommunisten-DKP, drittens in der DDR werden AKW's gebaut, folglich viertens, die BI's sind Heuchler und Lügner - was ja auch zu "beweisen" war. Diese Beliebte Masche scheint in Westdeutschland noch besser zu ziehen als andernwo, weil das schlechte Beispiel direkt vor der Nase liegt! Dieser Hetze müssen wir aber unbedingt auch mit unseren Parolen entgegen treten. Wenn nun jemand sagt, daß Ex. blex sei mit der Parole: Kein AKW in Brckdorf oder anderswo schon gelöst, dann weiß man wirklich nicht, ob man lachen oder weinen soll.



## R e s o l u t i o n

Betr.: "Bundesweite Aktion aller AKW-Gegner"

Die Landeskonzferenz der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU), vom 3.4.77 in Kiel, hat u.a. eine EntschlieÙung verabschiedet, in der behauptet wird, daÙ es "notwendig" sei, "noch in diesem Sommer (Juni, Juli, August) eine bundesweite Aktion aller AKW-Gegner durchzuführen". Dies sei notwendig, so wird behauptet, "um der Gefahr der Zersplitterung unserer Bewegung zu begegnen und einen neuen Höhepunkt zu setzen".

Bereits auf der Landeskonzferenz selbst wurden von verschiedenen BI-Vertretern Bedenken gegen diesen Vorschlag vorgebracht (siehe hierzu auch das Protokoll der Landeskonzferenz, vom 16.4.77).

Auch wir, die unterzeichnenden BUU-Gruppen aus dem Marschengebiet, halten die in der Resolution geforderte Festlegung von O r t und Z e i t p u n k t für • auch von uns für notwendig gehaltene bundesweite Großkundgebung aller AKW-Gegner für falsch - und zwar aus folgenden Gründen :

1. Die "Gefahr der Zersplitterung unserer Bewegung" sehen wir vor allem dann, wenn wir - ohne die äußeren Bedingungen zu beachten, d.h. einzuschätzen, wann, wo und wie die Bundesregierung und die Atomindustrie die nächsten Schritte bei der Verwirklichung ihres Atomprogramms tun werden - Ort und Zeitpunkt für die nächste bundesweite Aktion h e u t e f e s t l e g e n. Bei einem solchen Herangehen an unsere Aufgaben besteht die konkrete Gefahr, daÙ unsere Anstrengungen ins Leere stoßen (falscher Ort und/oder falscher Zeitpunkt). - Und es kann schon heute mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden, daÙ wir bei einem solchen Herangehen n i c h t m e h r sondern w e n i g e r Menschen mobilisieren werden, weil der mobilisierende äußere Anlaß (z.B. die Aufhebung eines • B a t o p s, die Baugenehmigung für die Wiederaufbereitungsanlage etc.) fehlen wird.

2. Die "Gefahr der Zersplitterung unserer Bewegung" besteht u.E. vor allem dann, wenn wir h e u t e Ort und Zeitpunkt für die nächste nationale Großkundgebung f e s t l e g e n, ohne uns über den Zustand innerhalb der AntiAKW-Bewegung Rechenschaft zu geben und eine Auseinandersetzung mit denjenigen Kräften unter den AKW-Gegnern zu führen, die einer solchen Aktion skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Bei diesen Kräften handelt es sich u.E. keineswegs um eine bedeutungslose Minderheit, sondern um eine relativ starke Gruppe von AKW-Gegnern, die aus den unterschiedlichsten politischen und weltanschaulichen Richtungen besteht. D a z u gehören sowohl "Gewaltfreie", verschiedene Gruppen der "Spoti"-Szene (die sich an so einflußreichen Zeitungen wie INFORMATIONS-DIENST, BLATT u.a.) orientieren - und dazu gerechnet werden müssen mit Sicherheit auch viele derjenigen, die am 19.2. in Itzehoe demonstriert haben. Bereits die Großkundgebung am 19.3.77 in Grohnde hat - trotz des unbestreitbaren Mobilisierungserfolgs und trotz der wichtigen Kampferfahrungen, die dort gesammelt werden konnten



ten - gezeigt, daß wir unsere Bewegung nach "Brokdorf/Itzehoe" n i c h t haben verbreitern können.

3. Die nächste nationale Großkundgebung, die auch von uns befürwortet und mit getragen werden wird, muß eine "neue Qualität" in unserem Kampf gegen die menschen - und umweltfeindlichen Atomanlagen erreichen. Wir müssen w e i t m e r sein als bei den vorausgegangenen Aktionen, wenn wir unsere gerechten Forderungen selbst, praktisch verwirklichen wollen.

Dieser Zielsetzung widerspricht eine Festsetzung von Ort und Zeitpunkt, wie sie in der eingangs zitierten Resolution empfohlen wird, weil sie praktisch die äußeren und inneren Bedingungen unseres Kampfes außer Acht läßt.

Wir schlagen stattdessen vor, daß auf dem bevorstehenden Bundeskongreß der AKW-Gegner am 13./14. Mai in Hannover für Anfang September bundesweite Aktionstage (über zwei Wochen) vereinbart werden, in deren Verlauf Aktivitäten verschiedenster Art stattfinden sollen (lokale und regionale Demonstrationen einschließen) - und schlagen weiterhin vor, daß für Anfang September ein weiterer Bundeskongreß einberufen wird, auf dem über die nächsten Schritte unseres Kampfes beraten und entschieden wird.

Einstimmig auf der Sitzung am 11. Mai in Der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) Ortsgruppe Wedel - Mitglied der Marschenkonferenz - angenommen.

Auf Grund der Tatsache, daß diese Inhalte Einhellig auf der Sitzung der letzten Marschenkonferenz (6. Mai) diskutiert wurde, gehe ich davon aus, daß auch die anderen Delegierten der Marschenregion diesen Antrag unterstützen (er wird noch in den verschiedenen Gruppen diskutiert, Ergebnisse liegen mir noch nicht vor).

Andreas, Wedeler Delegierte

Andreas



Wir, die autonomen Gruppen in der BUU, wollen nicht, daß auf dem Bundeskongress eine zentrale Organisationsstruktur geschaffen wird, die den Widerstand bloß verwaltet; wir sind für eine Verbesserung unserer schon bestehenden Selbstorganisation. Dazu folgende Thesen mit ausführlicher Begründung:

### Was wollen wir auf der Bundeskonferenz (BK)

Bilanz ziehen und Perspektiven für die Weiterarbeit gewinnen (s. Tagesordnungsvorschlag für die BK)

Durch Gespräche, Diskussionen und Meinungsbilder herausfinden, in welchen Punkten und mit wem Einigkeit besteht und wo Differenzen liegen.

Die Punkte öffentlich zum Ausdruck bringen, in denen wir uns einig sind (z.B. Gegen Kriminalisierung; Gewerkschaftsarbeit).

In Punkten, wo Differenzen liegen, eine gemeinsame Basis für gleichberechtigte Zusammenarbeit finden, die die Meinung und Vorstellungen anderer BI's und autonomer Gruppen nicht unterdrückt.

Kontakte herstellen, uns gegenseitig besser kennen und einschätzen lernen, und ein Informationsnetz aufbauen (m.a.W. unsere Selbstorganisation verbessern).

Koordinierung der Arbeit der Ermittlungsausschüsse, Saniausschüsse, der Prozeßführung, Aktionen

Mehr Leute für die praktische Mitarbeit gewinnen.

### Was wollen wir nicht

Einen zweiten bürokratischen Verwaltungsapparat a la Wüstenhagen aufbauen

Ein Zentralkomitee bzw. einen Vorstand wählen

Dauernd auf Kongressen um Mehrheiten kämpfen, damit unsere politischen Vorstellungen auch repräsentiert sind (m.a.W. Machtpolitik und Majorisierung betreiben)

Andere überstimmen und damit-langfristig gesehen-von der praktischen Mitarbeit ausschließen

### Was schlagen wir zur praktischen Koordinierung vor?

Aufbau eines Infonetzes von allen Initiativen für alle Initiativen (Telefon und Kontaktadressen, die allen bekanntgemacht werden)

Informationsaustausch und Absprachen zur praktischen Zusammenarbeit der einzelnen Ausschüsse (z.B. Ermittlungsausschuß gegen Kriminalisierung, Sani-Ausschuß gegen Chemical Mace, Zusammenarbeit der Prozeßgruppen); Bildung solcher Ausschüsse.

Konkrete Schritte inhaltlich klären und die praktische Durchführung absprechen (z.B. Demo gegen Strafverfolgungen, Sommerlager, Prozeßvorbereitung, Großkundgebung, Aktionen wie 1. Mai, Gewerkschaftsarbeit).

### Vorschlag zum Vorgehen auf der BK

Wir sind dafür, daß gemeinsame Erklärungen abgefaßt oder Meinungsbilder auf der BK erstellt werden

Wir lehnen jedoch Kampfabstimmungen und Beschlüsse oder Wahlen ab, die zu einer Einschränkung der Autonomie der einzelnen Gruppen führen; wir werden uns daran nicht beteiligen.

Formal: Abstimmungsberechtigt sind alle auf der BK anwesenden Vertreter von soundsoviel hundert BI's der BRD. Keine Abstimmungen über Aktionen, sondern alle Gruppen, die die entsprechende Aktion praktisch unterstützen wollen, tragen sich in eine Liste ein, die später veröffentlicht wird.

Hrsg.: Hamburger autonome Gruppen gegen AKW und Unorganisierte in der BUU



sie arbeiten, welche erfahrungen und eindrücke sie im zusammenhang mit den großveranstaltungen gemacht haben, und zu welchen schlußfolgerungen diese erfahrungen geführt haben. es ist wichtig für die arbeit der bi's, die verschiedenen einschätzungen zu hören und unter den eigenen mitgliedern dann wieder zu diskutieren.

ebenfalls wichtig ist es zu erfahren, wie andere bi's in ihrem bereich öffentlichkeitsarbeit leisten, um neue ideen und ansätze kennenzulernen, auszuprobieren und damit erfahrungen zu sammeln. gerade im bereich der öffentlichkeitsarbeit ist das wichtig, da sich aktionsformen, wenn sie von einer bi ausgeübt werden, mit der zeit "abnützen" und sie dann bei den angesprochenen weniger aufmerksamkeit erregen und die bi-mitglieder auf die dauer langweilen.

eine weitere wichtige aufgabe kommt dem bk im bereich der kommunikation unter den bi's zu. in der diskussion stellt sich für die einzelnen vertreter heraus, in welcher bi ähnliche ansätze wie in der eigenen bestehen, und es können so die kontakte intensiviert werden. auf diese weise kann bundesweit die infrastruktur der anti-akw-bewegung wesentlich verbessert werden.

aus der tatsache der oben beschriebenen vielfalt der vorstellungen der anti-akw-bewegung folgen auch die konsequenzen, die wir in bezug auf organisationsstrukturen und kompetenz des bk ziehen müssen. es gibt kein gremium (auch wenn es auf dem bk gewählt werden sollte!), das bundesweit für die gesamte bewegung sprechen kann. ein vorstand, ein ständiges koordinierungsbüro, eine zentrale redaktion o.ä. kann immer nur die meinung und das interesse einer politischen gruppierung in den bi's verkörpern, aber nicht mehr! da ein derartiges gremium auch den charakter eines sprecherorgans gegenüber der öffentlichkeit erhalten wird, werden erklärungen und politik dieses präsidiums immer nur ausdruck einer politischen strömung der bi's sein. die anderen könnten dieses vorgehen nicht mittragen und müßten sich u.U. davon distanzieren o.ä.. jedem ist klar, daß sich eine derartige entwicklung irgendwann auch mal institutionell, d.h. dann wirklich in einer fraktionierung und spaltung, auswirkt.

die kräfte, die versuchen, eine derartige struktur auf dem bk durchzusetzen, (kb, kpd), vergessen dabei, daß unsere bewegung einen ganz anderen charakter als ihre organisationen hat. eine vereinheitlichung ist aufgrund der heterogenität nicht möglich.

das soll nicht bedeuten, daß wir eine stärkere organisierung der bi's prinzipiell ablehnen. derartige schritte müssen aber von der jeweiligen konkreten situation abhängig gemacht werden, nämlich wenn solchen repräsentationsorganen bestimmte aufgaben zufallen, z.b. im zusammenhang mit großveranstaltungen (demoleitung), oder für bestimmte aufgaben, die ständig wahrgenommen werden müssen (z.b. ermittlungs- und saniausschüsse). für diesen zweck muß dann ein koordinierungsausschuß gebildet werden, der aber wieder aufgelöst wird, nachdem er seine aufgaben erfüllt hat!

was oben über ein allgemeines zentrales gremium der bewegung gesagt wurde, gilt auch für den aussagewert und die wirkung von durchgesetzten knappen mehrheitsbeschlüssen, die durch delegierte abgesegnet werden:

es gibt keine einheitliche zentrale politische linie der bi's. dies kann auch nicht durch mehrheitsbeschlüsse verändert oder überdeckt werden. entweder es herrscht größtmögliche einigkeit zu bestimmten positionen, - und dann werden sie ohnehin schon von allen bi's in ihren bereichen vertreten (wie z.b. zur frage der verfolgung und kriminalisierung von akw-gegnern). - anderenfalls, wenn die positionen weniger einheitlich sind, wird durch eine abstimmung zwangsläufig eine minderheit unterdrückt. welchen wert hat dann diese abstimmung? wenn eine diskussion keine vereinheitlichung zu einem problem gebracht hat, kann dies auch durch eine abstimmung bestimmt nicht erreicht werden. die minderheit kann



sie arbeiten, welche erfahrungen und eindrücke sie im zusammenhang mit den großveranstaltungen gemacht haben, und zu welchen schlußfolgerungen diese erfahrungen geführt haben. es ist wichtig für die arbeit der bi's, die verschiedenen einschätzungen zu hören und unter den eigenen mitgliedern dann wieder zu diskutieren.

ebenfalls wichtig ist es zu erfahren, wie andere bi's in ihrem bereich öffentlichkeitsarbeit leisten, um neue ideen und ansätze kennenzulernen, auszuprobieren und damit erfahrungen zu sammeln. gerade im bereich der öffentlichkeitsarbeit ist das wichtig, da sich aktionsformen, wenn sie von einer bi ausgeübt werden, mit der zeit "abnützen" und sie dann bei den angesprochenen weniger aufmerksamkeit erregen und die bi-mitglieder auf die dauer langweilen.

eine weitere wichtige aufgabe kommt dem bk im bereich der kommunikation unter den bi's zu. in der diskussion stellt sich für die einzelnen vertreter heraus, in welcher bi ähnliche ansätze wie in der eigenen bestehen, und es können so die kontakte intensiviert werden. auf diese weise kann bundesweit die infrastruktur der anti-akw-bewegung wesentlich verbessert werden.

aus der tatsache der oben beschriebenen vielfalt der vorstellungen der anti-akw-bewegung folgen auch die konsequenzen, die wir in bezug auf organisationsstrukturen und kompetenz des bk ziehen müssen. es gibt kein gremium (auch wenn es auf dem bk gewählt werden sollte!), das bundesweit für die gesamte bewegung sprechen kann. ein vorstand, ein ständiges koordinierungsbüro, eine zentrale redaktion o.ä. kann immer nur die meinung und das interesse einer politischen gruppierung in den bi's verkörpern, aber nicht mehr! da ein derartiges gremium auch den charakter eines sprecherorgans gegenüber der öffentlichkeit erhalten wird, werden erklärungen und politik dieses präsidiums immer nur ausdruck einer politischen strömung der bi's sein. die anderen könnten dieses vorgehen nicht mittragen und müßten sich u.U. davon distanzieren o.ä.. jedem ist klar, daß sich eine derartige entwicklung irgendwann auch mal institutionell, d.h. dann wirklich in einer fraktionierung und spaltung, auswirkt.

die kräfte, die versuchen, eine derartige struktur auf dem bk durchzusetzen, (kb, kpd), vergessen dabei, daß unsere bewegung einen ganz anderen charakter als ihre organisationen hat. eine vereinheitlichung ist aufgrund der heterogenität nicht möglich.

das soll nicht bedeuten, daß wir eine stärkere organisierung der bi's prinzipiell ablehnen. derartige schritte müssen aber von der jeweiligen konkreten situation abhängig gemacht werden, nämlich wenn solchen repräsentationsorganen bestimmte aufgaben zufallen, z.b. im zusammenhang mit großveranstaltungen (demoleitung), oder für bestimmte aufgaben, die ständig wahrgenommen werden müssen (z.b. ermittlungs- und saniausschüsse). für diesen zweck muß dann ein koordinierungsausschuß gebildet werden, der aber wieder aufgelöst wird, nachdem er seine aufgaben erfüllt hat!

was oben über ein allgemeines zentrales gremium der bewegung gesagt wurde, gilt auch für den aussagewert und die wirkung von durchgesetzten knappen mehrheitsbeschlüssen, die durch delegierte abgesegnet werden:

es gibt keine einheitliche zentrale politische linie der bi's. dies kann auch nicht durch mehrheitsbeschlüsse verändert oder überdeckt werden. entweder es herrscht größtmögliche einigkeit zu bestimmten positionen, - und dann werden sie ohnehin schon von allen bi's in ihren bereichen vertreten (wie z.b. zur frage der verfolgung und kriminalisierung von akw-gegnern).- anderenfalls, wenn die positionen weniger einheitlich sind, wird durch eine abstimmung zwangsläufig eine minderheit unterdrückt. welchen wert hat dann diese abstimmung? wenn eine diskussion keine vereinheitlichung zu einem problem gebracht hat, kann dies auch durch eine abstimmung bestimmt nicht erreicht werden. die minderheit kann



auch nicht dazu gezwungen werden, die beschlüsse mitzuvertreten. derartige beschlüsse haben also überhaupt keine positive wirkung! andersherum sollen beschlüsse aber im namen der bewegung veröffentlicht werden, was die gleiche wirkung haben kann wie oben bei "vorstands"-wahl schon einmal erwähnt.

zusammengefaßt bedeutet das: stellvertreter- und delegiertenmodelle, die die bewegung gegen atomkraftwerke zentralisieren sollen, sind kein stück demokratischer als bürgerliche repräsentativorgane, wie parlamente oder parteiapparate. sie bewirken, daß wir in den bundes- und regional-konferenzen ständig um mehrheiten (also um formale dinge) kämpfen müssen. das schafft keine einheit, sondern spaltung! der nächste schritt in dieser richtung sieht dann so aus, daß bi's und einzelne leute, die die durchgesetzten beschlüsse nicht mittragen, aus diesem gremium ausgeschlossen werden - drohungen, die z.b. der kb in hamburg in seiner "erklärung an die mitglieder der hamburger bi's" zum 1.mai auch schon ausgesprochen hat.

wir wollen keine hierarchisierung und bürokratisierung der anti-akw-bewegung.

wir wollen: daß sich urteilsfähigkeit und autonomie der menschen und gruppen in der bewegung entwickeln,

selbstorganisierung statt verwaltung;

die alternative zu wüstenhagen ist für uns  
kein neues gremium!

auf dieser basis uns mit den anderen gruppen zu neuen  
aktionen zusammenschließen.

Herausgegeben von den Hamburger Autonomen Gruppen und Unorganisierten in der

BUU